D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/Main Nr. 95
Januar '78 DM 2,–

Autoritärer Staat oder gewöhnlicher Faschismus?

Es läßt sich nicht übersehen: Im Windschatten der bundesrepublikanischen Entwicklung zum autoritären Staat vermehren sich Anzeichen faschistischer Provenienz. Vom infamen Verhalten der Verteidiger von KZ-Henkern im Majdanek-Prozeß, als einem Historiker als Sachverständigen die jüdische Herkunft seines Lehrers Ernst Fraenkel als Befangenheitsgrund angelastet wurde bis hin zu den tagtäglichen öffentlichen Auftritten von Neonazis häufen sich die Ereignisse in der Weise, daß ihnen der spektakuläre Charakter bereits abgeht.

Daß in diesem Land rechtsradikale und neonazistische Gruppen, Verbände und Organisationen in stets wachsender Zahl ihr gefährliches Unwesen treiben, daß die Bundeswehr und ihre Traditionspflege qua Natur eine institutionelle Anziehung auf die Rechte ausübt, war auch in der Vergangenheit bekannt, wenn auch von den Herrschenden verschämt verdeckt worden. Heute wachsen sie in den Himmel der Legitimität. Es gäbe also Gründe genug, um dieser Republik noch auf Basis ihres verborgenen demokratischen Selbstverständnisses (FdGO) den Prozeß zu machen. In der BRD also nichts neues? Von der bloßen Faktizität der Ereignisse wohl nichts; von der politisch-gesellschaftlich aktuellen Einbindung vermutlich alles. Ein Unterschied also ums Ganze.

Vorweg: Hier wird nicht die hysterische Auffas-

FORTSETZUNG SEITE 10

IN DIESER AUSGABE: Kommentare Wolf-Dieter Narr: Maihofer und Russell-Tribunal 3 • Jutta Rücker: Aus der pädagogischen Provinz 3 • SZ-Tübingen: Hartmut Gründlers Selbstverbrennung 4 • Bernd Schleich: Strauß und Chile 5 • Milan Horàcek: Menschenrechte in der CSSR 7 • Claus Leggewie: Zum Sahara-Konflikt 8 • **Repression** Dany Diner: Autoritärer Staat 1/10 • **Hochschule** Joachim Hirsch: Krise der Universität 12 • **Diskussion** Detlev Claussen: Zur Alternative von Rudolf Bahro 15 • **International** Internationalismusgruppe im SZ-München: Portugal – Landreform mit menschlichem Gesicht? 17 • **Knast** Helmut Ortner: Zur Kritik der selektiven Solidarität mit Gefangenen 18 • **Informationen Berichte Initiativen Aktionen** Bericht über die SB-Tagung 21 • Kriterien zum Untersuchungsmaterial des Russell-Tribunals 23 • Hochschullehrer solidarisch mit Studentenstreik 25 • Hochschullehrer-Sternfahrt zur Verteidigung der Lehrfreiheit 25 • Gewerkschafter fordern: Boykott gegen Springer 23 • Lip lebt 26 • Venedig '77: Vom Dissens zur sozialen Opposition 27 • Repression wegen "politischer Kekse" 28

links

Sozialistische Zeitung

Die sozialistische Bewegung wird heute und hier nur dann reale gesellschaftliche Bedeutung gewinnen, wenn sie

- aus dem Dilemma unbrauchbarer traditionell-bürokratischer Organisationsvorstellungen hier, ebenso unbrauchbarer „reiner" und teils blinder Spontaneität dort herausfindet;
- die chinesische Mauer zwischen isolierten Tageskämpfen einerseits, weitgespannten sozialistischen Zukunftsvorstellungen andererseits durchbricht;
- Handlungsmöglichkeiten entwirft, die in hochentwickelten Gesellschaften unter Umständen jene Funktion übernehmen können, die unter anderen historischen und gesellschaftlichen Bedingungen „direkte" Gewalt und „einmalige" Revolutionsakte ausübten oder noch ausüben;
- eine neue, nicht autoritäre Antwort auf die Frage nach der internationalen Kooperation der Linken findet.

●

„links" ist das Organ des Sozialistischen Büros. Durch Information und Diskussion will diese Zeitung politische Praxis und theoretische Verständigung der im SB organisierten oder an ihm orientierten Linken unterstützen. „links" will – über diese Funktion für den Organisierungsprozeß des SB hinausgehend – Erfahrungen aus der politischen Arbeit, Beiträge zur Analyse der Klassenauseinandersetzungen und Berichte aus der internationalen Linken vermitteln und damit zur Erneuerung der Arbeiterbewegung und zum Ausbau der sozialistischen Ansätze in der Bundesrepublik beitragen. „links" geht davon aus, daß die im Organisierungsprozeß der Linken allseits als notwendig anerkannte Verbindlichkeit nur aus der auch kontrovers geführten Diskussion verschiedener Erfahrungen und Einschätzungen entwickelt werden kann. „links" dient nicht der Propagierung andernorts bereits vorgefertigter politischer Linien, sondern will im Rahmen des SB die erforderliche, das Spektrum der verschiedenen Erfahrungen aufhebende Diskussion ermöglichen. Die Zeitung steht deshalb offen für solidarisch geführte Kontroversen zu wichtigen Fragestellungen. „links" berichtet auch über Erfahrungen und Aktionen von Sozialisten, die nicht im SB organisiert sind und steht deren Kritik offen. „links" wird nicht von hauptamtlichen Redakteuren gemacht. Die Zeitung erhält keine Unterstützung durch finanzkräftige Institutionen. Sie ist deshalb auf die publizistische Aktivität und materielle Förderung der Leser angewiesen. Das Sozialistische Büro fordert zur Mitarbeit und Hilfe bei dem weiteren Ausbau und der Gestaltung der sozialistischen Zeitung „links" auf.

Sozialistisches Büro
605 Offenbach 4, Postfach 591

NEUES VOM RECHTSSTAAT

Im Zuge der Sympathisantenjagd gerät auch der Kulturbetrieb immer mehr unter die Räder der Zensur. Die Frankfurter Rundschau lehnte – nach "konkret" 12/77 – ein publizistisches Engagement im Fall einer Zensurmaßnahme beim WDR mit der denkwürdigen Begründung ab, es gäbe zur Zeit derartig viele Zensurfälle, daß eine Tageszeitung nicht mehr imstande sei, sie alle zu dokumentieren. Wir haben, auch aus unserer Erfahrung, keinen Zweifel daran. So sind die nachstehend aufgeführten Beispiele sicher nur der Gipfel der Spitze des Eisbergs. Sie vermitteln aber eine Ahnung von dem, was in der hehren Region des Kulturbetriebs ganz alltäglich geschieht und weiter geschehen kann, wenn wir den Versuchen, die "geistige Sicherheit" zu totalisieren, nicht massiv widerstehen. Diese Zusammenstellung hat uns eine Leserin zugeschickt. Danke! "links"-Redaktion

Das Stadttheater Würzburg setzte Bölls "Die verlorene Ehre der Katherina Blum" ab. Begründung des Intendanten Gröling: "Die Aufführung soll in einer ruhigeren Atmosphäre nachgeholt werden" weil "in der aktuellen politischen Situation Fehlinterpretationen drohen".
(Quelle: Hamb. Morgenpost v. 16.10. 1977 und konkret 12/77).

★

Am 20. Oktober verschwand die Oper "Moses und Aaron" von A. Schönberg sang- und klanglos aus dem ARD-Programm; wahrscheinlich weil Regisseur Straub seine Inszenierung Holger Meins gewidmet hat.

★

In Saarbrücken und Oldenburg wurde Camus' "Die Gerechten" vom Spielplan abgesetzt. Begründung für die Einstellung bereits im Mai bei den Probearbeiten: Das Stück sei zu aktuell. In Oldenburg wurde es nach drei nahezu ausverkauften Vorstellungen nach einer Diffamierungskampagne der Nordwestzeitung und lokaler CDU-Politiker "vorläufig" abgesetzt. Das Stück selbst erzählt die Geschichte von fünf Anarchisten, die 1905 in Rußland ein Bombenattentat auf den Großfürsten Sergej planten und ausführten. (Quelle: FR. v. 20.9.77).

★

Eine Folge der Sendung "Notizen aus der Provinz", die sich mit der Hitler-Nostalgie befassen wollte und wegen einer Erkrankung des Notizen-Moderators Hildebrandt verschoben werden sollte, wurde von der ZDF-Redaktion abgesetzt. Stattdessen gab es die "Volkstanzgruppe Jaka Haffner" und "Musik und Wein aus Oberkrain". Begründung: die "ausgearbeiteten Themen sind nicht mehr geeignet, aktuelles Geschehen satirisch zu reflektieren."
(Quelle: Spiegel v. 31.10.1977).

★

Die Operette "Giroflé-Girofla", eines der Hauptwerke des nach J. Offenbach als Hauptmeister der französischen Operette geltenden Ch. Lecocq (1832-1918), wurde vom Spielplan des Theaters der Stadt Bonn abgesetzt. In der Operette wird auf komische Weise eine Entführung mit anschließender Erpressung dargestellt.
(Quelle: Arbeiterkampf v. 15.11.77).

★

Ohne Begründung verfügte der WDR-Hauptabteilungsleiter Katz die Zensur des Spielfilms von Y. Karsunke und H. Brühl: "Neue Töne. Die Entwicklung des Komponisten Ludwig H. in den Jahren 1966-1977." Geplanter Sendetermin war der 29.10.1977. Fernsehdirektor Hübner wollte eine Dialogstelle gestrichen sehen, in der es nach dem Attentat auf R. Dutschke heißt: "Wer hat denn angefangen mit der Gewalt? Hat Ohnesorg einen Polizisten erschossen voriges Jahr – oder hat ihn die Polizei erschossen?"
Die Autoren lehnten den Schnitt ab, der Film wurde nicht gesendet. Die Frankfurter Rundschau lehnte ein Engagement mit der eingangs angeführten Begründung ab.
(Quelle: konkret 12/77).

Der Pressesprecher der Deutschen Grammophon GmbH richtete folgende Worte an F.J. Degenhardt: "Es stimmt, daß wir von nun an kritischer zuhören werden, wenn unsere Liedermacher neue Songs vorstellen. Es ist möglich, daß wir Produzenten bei bestimmten Liedern sagen: Es lohnt sich nicht."
(Quelle: UZ v. 11.11.1977).

★

Der Verband deutscher Schriftsteller (VS), Landesbezirk Niedersachsen, beabsichtige bei einer Tagung in Braunschweig mehrere Veranstaltungen abzuhalten, u.a. ein Forum, auf dem verschiedene Schriftsteller lesen und diskutieren sollten. Dieses Forum wurde auf einem Plakat angezeigt, auf dem unter der Leitzeile "Geräusche beim Entsichern der Pistolen. Literatur im Herbst '77" die Namen der teilnehmenden Schriftsteller aufgeführt waren. Von den zur Verteilung gegebenen 70 Plakaten war in den Buchhandlungen der Stadt Braunschweig lediglich ein einziges deutlich sichtbar ausgehängt; (ein weiteres versteckt hinter einer Säule). Begründung des Boykotts: Die Titelzeile "Geräusche beim Entsichern der Pistolen" sei eine Provokation; und außerdem wolle man die Kundschaft nicht vergraulen. Die inkriminierte Titelzeile ist eine Formulierung L. Aragons aus seinem vor dem II. Weltkrieg geschriebenen Romanzyklus "Die wirkliche Welt". Das solchermaßen bereits totgeschwiegene Forum mußte dann auch noch "auf Wunsch der Stadt Braunschweig" etliche Kilometer stadtab in einer Schlafsiedlung an einem Freitagnachmittag stattfinden. Es kamen sechs Besucher.
(Quelle: FR v. 18.11.1977).

★

Die Hamburger Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung untersagte den Druck des Novemberheftes des tp-reports. Der tp-report ist eine Mitgliederzeitschrift des Kulturringes der Jugend, der den etwa 20.000 Hamburger Jugendliche verbilligte Karten für kulturelle Veranstaltungen anbietet. Die Zeitschrift wird von einer unabhängigen Redaktion geschrieben, aber von der Behörde herausgegeben. Das verbotene Heft hatte das Thema "Künstler und Kernkraftwerke" und behandelte Bilder, Filme, Fotos und literarische Texte, mit denen Künstler in die Auseinandersetzung um Kernkraftwerke eingreifen.
(Quelle: Hamburger Lehrerzeitung v. 19.11.1977)

★

Die Musikabteilung des Hess. Rundfunks veranstaltete in Verbindung mit der Frankfurter Musikhochschule ein Konzert zum "Jahr des Politischen Gefangenen" für Amnesty International. Die Interpreten der Hochschule stellten im Einvernehmen mit dem HR eine Auswahl aus der Liedersammlung "Voices" des Komponisten Henze zusammen. Darin war auch ein Stück enthalten, das in Anlehnung an ein von H.M. Enzenberger frei übersetztes Gedicht des Griechen M. Katsaros utopisch-revolutionäre Gedanken tagträumend besingt. Auf Anordnung der Musikabteilung des HR mußte von der Aufführung dieses Stückes "im Zeichen der angespannten politischen Lage" Abstand genommen werden.
(Quelle: FR v. 29.10.1977)

★

Zu schlechter Letzt: Reinhard Meys Fernweh-Schlager "Über den Wolken muß die Freiheit wohl grenzenlos sein" wird von bundesdeutschen Funkanstalten nicht mehr gespielt, weil sie Assoziationen zu Flugzeug-Entführungen wecken könnte.
(Quelle: konkret 12/77).

★

Das gestörte Verhältnis des Herrn Maihofer zur Verfassung

Der Trick ist alt. Indem einer "Haltet den Dieb" ruft, lenkt er die Aufmerksamkeit von sich selber ab und kann – fallen die Umstehenden auf den Trick herein – in Gemütsruhe abräumen – dies oder das.

So geschehen erneut in der Antwort des Bundesministers des Innern Prof. Dr. jur. Maihofer, der eine Kleine Anfrage der CDU/CSU in bezug auf das Russell-Tribunal "über die Repression in der Bundesrepublik Deutschland" am 21. 11.1977 (Drucksache 8/1205) beantwortete. Es handelte sich aber nicht um eine Antwort in dem Sinne, daß da über Sachverhalte und gegebenenfalls Tatbestände Auskunft gegeben worden wäre. Vielmehr wird hier von Maihofer gemäß der oben bezeichneten Figur, auf einen Dieb zu zeigen, während man selbst abräumt und einsteckt, über das geplante Russell-Tribunal und die es unterstützenden Gruppen und Personen geredet, als handele es sich da um eine Institution und Leute, die nichts anderes im Sinn hätten als zu diffamieren und "die freiheitlichste Verfassung der deutschen Geschichte" in ihren Freiheitsrechten zu untergraben. Gestützt auf den Verfassungsschutzbericht von 1977 und auf nachfolgende Recherchen des Verfassungsschutzes vermag der Minister des Innern, der sogenannte Verfassungsminister, im Russell-Tribunal nichts anderes zu sehen als eine "offenkundig angestrebte Diffamierung der Bundesrepublik Deutschland".

Dieser Verfassungsminister Maihofer hält im Namen der Bundesregierung "die Veranstaltung eines solchen Scheinverfahrens gegen unser Land ausgerechnet durch Kräfte, die seine Grundordnung ablehnen, für eine Verhöhnung unseres freiheitlichen Rechtsstaates und des politischen Willens der ganz überwiegenden Mehrheit unserer Bevölkerung, wie er in den Wahlen immer wieder zum Ausdruck kommt." Was wunder, daß gemäß der von einem Professor und Minister zugleich gezeigten Interpretationskünste nur noch gefolgert werden kann: "Das gestörte Verhältnis der das Tribunal tragenden Personen zur politischen Wirklichkeit zeigt sich in dem eklatanten Widerspruch, daß hier einerseits die angebliche politische Unterdrükkung und Unfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland angeprangert, andererseits aber die in unserem Land bestehende Freiheit selbst für extremistische Aktivitäten benutzt wird, ein solches Tribunal hier durchzuführen."

Was aber kommt in dieser Antwort zum Ausdruck, die, indem sie das Tribunal der Diffamierung zeiht, zunächst ihrerseits kräftig diffamiert, die versucht, diejenigen, die am Tribunal in dieser oder jener Form teilnehmen, zu uniformierten Toren zu stilisieren, die die "bekannte und leicht durchschaubare Strategie" immer noch nicht begriffen haben? Eine Strategie der "unterstützenden Gruppen" nämlich, "das Tribunal ... um ihre kriminellen Ziele zu fördern" zu nutzen.

Zunächst: die Arbeit des Verfassungsschutzes. Der Verfassungsschutz recherchiert in der Tat fleißig und ist in diesem Sinne auch informiert. Doch dieser Verfassungsschutz sammelt ohne zu verstehen oder richtiger ausgedrückt: dieser Verfassungsschutz versteht immer nur "freiheitlichste" Verfassungswirklichkeit hier (nämlich die seiner Auftraggeber und seines eigenen Amtes) und "extremistische", potentiell oder aktuell kriminell-terroristische Gruppen dort. Die Welt teilt sich in "Freunde" der Verfassung und ihre "Feinde". Feind wird jeder, der den Tatbestand der "freiheitlichsten Verfassung" anzweifelt.

dpa

Zum zweiten: die Rolle des Ministers (des Politikers allgemein). Dieser Minister weiß nichts außerhalb der Informationen, die ihm "sein" Verfassungsschutz vermittelt. Was er hinzutut, besteht aus dem staatstragenden Pathos, besteht aus der indezenten Verwechslung mancher Positionsinhaber. Sie vermögen oft zwischen der Verfassung, dem Staat und ihrer Art zu regieren nicht mehr zu unterscheiden. Deswegen kommt ihnen der undifferenzierte Feindbegriff des Verfassungsschutzes zupaß.

Wie die Methode der Diffamierung und Denunzierung funktioniert, läßt sich aus der Antwort Maihofers auch in bezug auf das SB entnehmen. Im Verfassungsschutzbericht von 1977, in den das SB erstmalig aufgenommen worden ist (Seite 106), wird das SB schon als verfassungsbedenkliche, ja, als verfassungsgefährdende Organisation, die es zu observieren gilt, bezeichnet. In der nun vorliegenden Antwort Maihofers auf die Anfrage der CDU/CSU zum Russell-Tribunal wird das SB schon, indem auf den Verfassungsschutzbericht Bezug genommen wird, faktisch mit einer Organisation gleichgesetzt, die diffamatorisch gar mit gewaltsamen Mitteln gegen die Verfassung selbst vorgeht.

Doch die Antwort des Ministers zeigt mehr als diese relativ allgemeinen Kennzeichen; sie zeigt die offizielle Strategie, das Russell-Tribunal als eine Instanz öffentlicher Kritik, bevor es überhaupt zur Funktion gekommen ist, zu vernichten; sie zeigt außerdem den Lebenslauf eines "Liberalen" in dieser Republik, der ausging, ein Stück Macht in dieser Gesellschaft zu verwalten.

Der Versuch, dem Tribunal von vornherein den Boden zu entziehen und alle, die sich irgendwie daran beteiligen wollen, abzuschrecken, geschieht mit dem Mittel haltloser, aber für den einzelnen in der Regel nicht nachprüfbarer Unterstellungen. Zum Zwecke dieser Strategie der Unterstellungen, in der der strikte Bezug des Tribunals auf die Menschenrechte und ihre Verteidigung in die Verletzung und Bekämpfung der Menschenrechte uminterpretiert wird, scheut der Minister auch nicht davor zurück, das Russell-Tribunal vorweg als Instrument der Gewalt zu denunzieren und so zu tun, als befände sich das Tribunal im Sog antidemokratischer Kräfte. Die Bodenlosigkeit der Auskünfte des Ministers zeigt nicht nur ein "gebrochenes Verhältnis" zur Wahrheit, sondern das Versäumnis einer Sorgfaltspflicht, der ein offizielles Staatsorgan – hier ist der Begriff einmal richtig –, soll Bonn nicht Sonthofen gleich werden, zu obliegen hat.

Wer erstaunt noch über solche Praktiken der Vorwegverurteilung, insbesondere durch den Innenminister, wenn man sich auch nur des so schnell verdrängten "Falles" Traube erinnert. Der gleiche Innenminister hatte da einen unbescholtenen Mann fortlaufend observieren lassen, schließlich mit Hilfe eines Lauschangriffs, weil angeblich Gefahr im Verzuge war, und mußte dann – freilich ohne jede Konsequenzen – den Zusammenbruch all seiner sicherheitspolitischen Hirngespinste erleben. Doch warum sollten eine staatliche Institution und ihre jeweiligen Rolleninhaber nicht diffamieren dürfen, wenn man doch alles unter den Teppich der herrschenden doppelten Moral kehren kann. Außerdem: wer wie der seinerzeitige Werner Maihofer noch gegen die Notstandsgesetze zu Felde zog, wer die Laudatio auf Ernst Bloch hielt ..., der muß als Amtsinhaber und Amtskleber nicht nur den "Verstand" des Amtes, für den bekanntlich Gott sorgt, übernehmen, der muß auch zu seiner früheren politischen Identität die Brücken abreißen. Demgemäß wird er umso schärfer auftreten gegenüber all denjenigen, die ihn noch an sein früheres Gesicht erinnern könnten. Diese Karriere ist – wer wollte es leugnen – prächtig. Ein schöner, ein echt bundesrepublikanischer Lebenslauf.

Das Russell-Tribunal wird sich aber in seiner politisch-moralischen Integrität, die es durch sein Verfahren beweisen und bewähren wird, nicht verdächtigen und beschmutzen lassen. Daß solche Verdächtigungen laut, solcher Schmutz geworfen wird – was bewiese mehr das schlechte Gewissen der "Inhaber" dieser Republik und die Notwendigkeit eben dieses Tribunals? In Sachen Grund- und Menschenrechte aber gilt und gibt es kein Bangemachen, sondern nur Vorwärtsverteidigung.

WOLF-DIETER NARR

Nachrichten aus der pädagogischen Provinz

Jetzt ist es wieder soweit, daß die "Rechten" allerorts Oberwasser kriegen. Dies bestätigt sich einmal mehr in dem Auftreten des Fuldaer Schulleiters Theodor Fruhmann, dessen pädagogischer Provinzialismus hemmungslos Blüten treibt.

"Es lebe der Untertanengeist" ist die Devise, mit der er in die Offensive geht. Mit dem Selbstverständnis eines alten Veteranen – er hat nach dem Krieg die ersten Rahmenrichtlinien für die Politische Bildung mitentworfen – hetzt er nicht nur gegen Gesamtschulen und Rahmenrichtlinien, sondern drangsaliert Schüler und Eltern.

Aber lassen wir ihn selbst zu Wort kommen!

In einer Rede zur Abiturientenentlassungsfeier im Juni 1977 läßt sich der Schulleiter über das verpfuschte Bildungssystem der Gegenwart aus und stellt die These

auf, daß "Intelligenzhöhe und Intelligenzgrad genetisch festgelegt, d.h. angeboren sind ... gleichermaßen angeboren wie die Fähigkeit von Rennpferden und Ackergäulen". Empörte Eltern verließen protestierend den Saal. In der darauffolgenden Auseinandersetzung in der Fuldaer Lokalpresse konkretisierte Fruhmann seine Vorstellungen: "Nur fünf Prozent der deutschen Jugend haben eine theoretische Begabung und sind für den Besuch des Gymnasiums geeignet". Fruhmann weiß auch Rat, wie dem Übel eines übervölkerten Gymnasiums abzuhelfen sei: "Mit Hilfe psychologischer Prüfverfahren können mit fast hundertprozentiger Sicherheit bereits nach dem vierten Grundschuljahr die Ungeeigneten vom Gymnasium ferngehalten werden." Die Unterrepräsentierung von Kindern aus unteren sozialen Schichten im Gymnasium ist für ihn ein Vorwurf aus der "Mottenkiste des Marxismus": "Wenn immer noch zuwenig Arbeiter- und Bauernkinder zum Gymnasium kommen, dann liegen die Gründe nicht am Gymnasium, sondern in der Mentalität der Bauern- und Arbeiterfamilien".

Besonderer Stein des Anstoßes ist für Fruhmann die integrierte Gesamtschule; sie untergrabe nicht nur den Leistungswillen (Zitat: "Leistung macht die Menschen ungleich und sichert unseren Wohlstand"), sondern entspricht darüber hinaus einem totalitären System, ist "ein Apparat, aus dem es kein Entrinnen gibt".

Der Gedanke der Emanzipation ist für ihn an sich zersetzend, familienfeindlich und verfassungswidrig, zudem erinnert ihn die Einführung dieses grundsätzlichen Lern-

„... stecknadelgroßer Kopf, kräftige Muskulatur über dem deutsch-nazionalen Herz, Maulwurfhände und Asexualität.... Selbstbestimmung vom Knie abwärts..."

ziels in den Rahmenrichtlinien an die "Hitlerzeit".

Gehorsam sei das Gebot Gottes und der politischen Stunde, Emanzipation mache orientierungslos. "Kein Wunder, daß es in unseren Tagen soviel Verrückte und Spinner gibt, orientierungslos gewordene Menschen, Utopisten, radikale Weltverbesserer ... Sie leben an der Wirklichkeit vorbei, sie haben die Richtung verloren. Sie irren durch die Straßen dieser Welt, tragen Transparente, brüllen durch Megaphone und verlieren ihre Tage in unproduktiver Betriebsamkeit und Geschwätzigkeit, die sie Diskussion nennen." Dies ist alles kein Wunder, ist doch die Jugend durch das permanente Geschwätz von "Demokratisierung der Gesellschaft" verhetzt. Fruhmann orientiert sich da anscheinend lieber am Modell Chile: "Von einer Übertragung demokratischer Prinzipien und Verfahrensweisen auf den Bereich der Gesellschaft ist im Grundgesetz nicht die Rede ... Die Begriffe ... "demokratische Gesellschaft" und "Demokratisierung der Gesellschaft" ... entstammen der kommunistischen Ideologie."

Natürlich ist dies für Fruhmann nicht alles nur Theorie, sondern als "aufrechter Demokrat" kämpft Fruhmann auch im Schulalltag. Schülerrechte sind ihm ein Dorn im Auge. Während der Schülervertreterwahl fühlte er sich bemüßigt, seine Einschätzung auf einer ausgehängten Kandidatenliste zu verewigen: "Wählbar sind nur Kandidaten, die keinen Gruppen, Organisationen oder Parteien mit verfassungsfeindlichen Zielen angehören oder für sie oder in ihrem Sinne tätig sind. Sollten trotzdem solche Kandidaten gewählt werden, ist die Wahl ungültig". Freie Wahlen scheinen für ihn auch solch ein Mißverständnis des demokratischen Prinzips.

Noch dicker kommt es in seinen Reaktionen auf die Schülerzeitung 'Zündschnur': "Ich halte den Namen 'Zündschnur' nicht für angebracht, weil er auf eine revolutionäre, nicht verfassungskonforme Tendenz hindeutet ... Der Inhalt entspricht nicht dem geistigen Niveau der Oberstufe eines Gymnasiums." Wer Kritik übt ist Analphabet, wie? Um das Ansehen der Schule vor den Pamphletisten zu schützen, sieht er sich gezwungen, den Eltern der an der Zeitung mitarbeitenden Schüler offene Drohbriefe ins Haus zu schicken: "Ich erwarte, daß ihr Sohn ... keinen Versuch macht, seine Mitschülerinnen und Mitschüler durch das Mittel einer Schülerzeitung parteipolitisch oder ideologisch im verfassungsfeindlichen Sinne zu beeinflussen. Bis auf eine einzige Ausnahme hat unsere Schule mit Schülerzeitungen nur negative Erfahrungen gemacht. Eine Notwendigkeit zur Herausgabe einer Schülerzeitung besteht nicht."

In seinem letzten Coup versucht Fruhmann, im Alleingang mit der Krise im Ausbildungsbereich fertig zu werden: Im Zeichen unvollständiger Unterrichtsabdeckung und Stundenausfall läßt der Schulleiter seine Schüler die Grünanlagen pflegen. Verordnete Gartenarbeit nach der Devise 'In einem gesunden Körper wohnt auch ein gesunder Geist'. Diese Aktivität hat dem Herrn Schulleiter allerdings ein Untersuchungsverfahren beim Regierungspräsidenten in Kassel eingebracht.

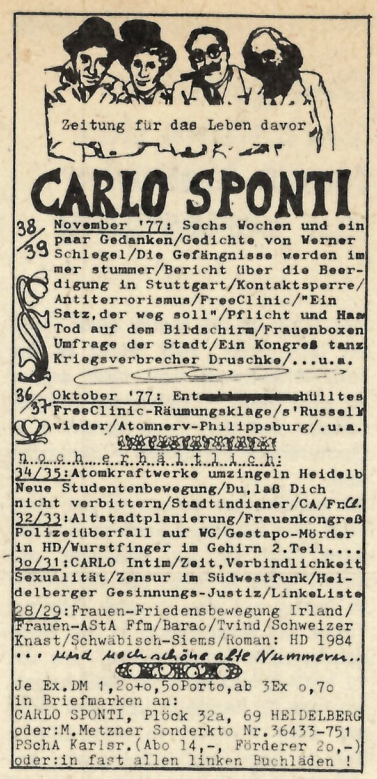
Nicht nur mit dem Dienstherrn kommt Dr. Fruhmann in Schwierigkeiten, auch in Fulda regt sich einiger Widerstand gegen sein autoritäres Treiben. Die Schülervertretung wehrt sich gegen die permanenten Angriffe durch Flugblätter, die Schüler und Eltern über die Äußerungen und Aktivitäten aufklären. In Zusammenarbeit mit den Jungsozialisten in Fulda wurde eine Dokumentation über die politische und pädagogische Biographie von Fruhmann zusammengestellt. Diese Dokumentation dient außerdem als Grundlage für eine von den Jungsozialisten initiierte Anfrage von zwei SPD-Abgeordneten im Hessischen Landtag, die die Verstöße von Fruhmann gegen seinen Erziehungsauftrag beinhaltet und seine Verfassungstreue in Frage stellt.

Die Dokumentation „Fall Fruhmann" kann bezogen werden bei: Lothar Baumgärtel, Polarsternstr. 6, 6400 Fulda. JUTTA RÜCKER

Lehrer-Personalratswahlen in Berlin

Am 1. Dezember 1977 fand in Berlin die Wahl zum Personalrat der Lehrer statt. Dabei konnte die GEW Berlin 45, die GEW im DGB 36 und der Beamtenbund 68 Mandate erringen.

Nach den Kontroversen in der und um die GEW-Organisation in Berlin bezeichnete die GEW Berlin in einer Erklärung direkt nach der Wahl das Wahlergebnis als ein "für die GEW Berlin ermutigendes Zeichen. Unser Erfolg bestätigt, wie richtig es ist, allen Versuchen der Beschneidung demokratischer Rechte sowohl im Arbeits- wie im Gewerkschaftsbereich entschieden entgegenzutreten. Nur kampfstarke, unabhängige Gewerkschaften sind ein Garant für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Lehrer und der Lernbedingungen der Schüler. Die GEW Berlin wird weiterhin alle Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der GEW im DGB im Sinne der Kollegen ausschöpfen. Sie geht gestärkt aus den Wahlen hervor. Wieder einmal hat sich gezeigt, daß alle Versuche, die GEW Berlin zu diskriminieren und zu diffamieren, scheitern, weil eine hohe Zahl von Lehrern und Erziehern durch die Politik der GEW Berlin ihre Interessen wirksam vertreten sieht."



Hartmut Gründlers Selbstverbrennung: Ein deutscher Tod!

Hartmut Gründler ist tot. Der Tübinger Lehrer ist seinen schweren Verletzungen erlegen, die er sich bei seiner Hamburger Selbstverbrennung aus Protest gegen die Kernkraftpolitik in der Bundesrepublik zugezogen hatte. Wer hat davon Kenntnis genommen?

Wir sind freie Menschen in unserem Land. Und wir haben eine freie Presse. Wie alle anderen Warenverkäufer ist auch unsere Presse so frei, Informationen und Meinungen nach Marktgesetzen zu verkaufen – nicht etwa auf Geheiß des Zensors! Bei uns wird über alles berichtet, wenn es nur Marktwert hat. Wenn sich in der Bundesrepublik ein Mensch verbrennt, um gegen etwas zu protestieren, dann hat das keinen Marktwert. Hingegen hat es in der Bundesrepublik hohen Marktwert und schlägt sich in Schlagzeilen und Titelspalten nieder, wenn sich in der CSSR oder in der DDR ein Mensch verbrennt, um gegen die Unfreiheit dort zu protestieren. Der Unterschied im Marktwert liegt darin, daß dort Unfreiheit und Unterdrückung herrscht, der Selbstverbrenner ist also ein Freiheitskämpfer, ein Held. Hier dagegen herrscht Freiheit. Der Selbstverbrenner Gründler kann daher entweder nur ein Irrer sein, dem man allenfalls ein Randnotiz widmet oder er muß eines unauffälligen, weil typisch deutschen Todes gestorben sein. Sonst hätte sein Tod ja mehr Marktwert für die Presse haben müssen.

Viele von uns Tübingern haben Hartmut Gründler seit Jahren gekannt. Keiner hat an der Lauterkeit seines selbstlosen Engagements gegen die Gefahren der Kernenergie gezweifelt. Wer jahrelang die Petitionen, offenen Briefe, Manifeste und Denkschriften in der „Neuen Mensa" oder auf der Nekkarbrücke gelesen hat, die er an alle herrschenden Parteien, an die Landtage, den Bundestag und an die führenden Politiker geschrieben hat, der wird den infamen Verdacht, Gründler sei wohl ein wenig spinnert gewesen, entschieden zurückweisen.

Gründler wußte genau, was er wollte: er wollte mit strikt gewaltfreien Mitteln der Aufklärung und des Protestes die zubetonierten Ohren der Öffentlichkeit freihämmern und die verdorrten Gewissen der Politiker wachrütteln. Und er wollte das sozusagen 'wertneutral': ideologiefrei und interesselos, wie er immer sagte. Seine Tragik ist, daß er den von ihm bekämpften linken Gruppen, die seinen Mitteln aus gutem Grund skeptisch gegenüber standen, den besten Beweis für die Richtigkeit ihrer Position geliefert hat.

Wie ist es zu erklären, daß niemand

auf ihn hörte, der doch in seinem Kampf gegen den programmierten Atomtod zu den Mitteln eines Mahatma Gandhi griff (Hungerstreik) und bei seiner Selbstankettung an den Kölner Dom zu den Protestformen Günter Wallraffs gegriffen hatte? Wenn es nur daran läge, daß die Mittel das eine Mal von einem berühmten, das andere Mal von einem unberühmten Menschen angewandt wurden, dann wäre auch das bereits Grund genug, an unserer Demokratie zu zweifeln. Es liegt aber an mehr!

... Die Argumente der Umweltschützer, auch Hartmut Gründlers Argumente, der immer wieder auf die Gefahr radioaktiver Grundwasserverseuchung, auf die Veränderung der Biosphäre und des Kleinklimas, auf die hohe Berstgefahr, namentlich beim Schnellen Brüter, und auf die Bedrohung des Lebens unserer Nachkommen, angesichts völlig ungesicherter Endlagerung der Brennelemente hingewiesen hat, diese Argumente prallen an

den Profitinteressen der Atomkonzerne und damit an der "hehren" gesamtkapitalistischen Zielsetzung ab. Zur Sicherung seiner Verwertungsbedingungen geht das Kapital über Leichen, ob es sich nun um US-Multis in Chile handelt oder um Kernkraftkapital in der Bundesrepublik. Die Brutalität, mit der Polizei und Bundesgrenzschutz gegen Kernkraftgegner vorgehen, die Unverschämtheit, mit der Demonstranten unter Hinweis auf Cola-Flaschen und Wagenheber in ihren Autos als Politschläger und Terroristen denunziert wurden, hat ihre Ursache in diesem ökonomischen Hintergrund.

Die im bürgerlichen Gemeinschaftskundeunterricht hochgepriesenen Mittel des friedlichen Widerstands, Bauplatzbesetzungen, sit-ins, überhaupt passiver Widerstand sind bei uns längst kriminalisiert. Welche Kampfmittel bleiben dann noch, wenn wir nicht – was wir immer kritisiert haben – zur offenen oder konspirativen militärischen Schlacht aufrufen wollen? Auch wer anderer Meinung ist, muß es ernst nehmen, daß Gründler in dieser Situation sich geklammert hat an die Möglichkeit eines einsamen Rufers in der Wüste, der mit Zivilcourage an seinem Programm der Aufklärung und Anklage festhielt.

Aber auch diese Menschen werden kriminalisiert. Laut STERN Nr. 30, v. 14. Juli 1977, S. 106, wurde der Hamburger Atomkritiker und Sachverständige in Hearings des Bundestags und verschiedenen UNO-Gremien, Holger Strohm, bereits zweimal von Leuten besucht, die sich als Polizisten bezeichneten, ihre Dienstnummern aber nicht angeben wollten. Das erste Mal drohten sie ihm, wenn er an der Demonstration in Brokdorf teilnehme, werde er von ziviler Polizei "im Gewühl unauffällig krankenhausreif geschlagen". Das zweite Mal rieten sie ihm, er solle sich zurückhalten, sonst würden sie "wiederkommen und eine Maschinenpistole oder ein Kilo Rauschgift unter dem Bett hervorziehen", oder man werde ihn "auf dem Weg ins Präsidium ein wenig unsanft behandeln" und ihm eine Reihe von "Anzeigen wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt, Beamtenbeleidigung, Körperverletzung, Sachbeschädigung und Landfriedensbruch anhängen" (wörtlich aus dem STERN) ...

In diesem historisch so bekannten deutschen Klima der staatlichen Überreaktion und Kriminalisierung einerseits, mangelnden demokratischen Selbstbewußtseins der Bürger andererseits, ist Hartmut Gründler einen spezifisch deutschen Tod gestorben.

Die Tragik liegt darin, daß Hartmut Gründler mit unbeirrbarem Mut die liberalen Versprechungen der großen Parteien in der Bundesrepublik ernst genommen hat. Er ist ihnen gefolgt, wenn sie dazu aufgerufen haben, nur – von ihnen selbst definierte – friedliche Mittel anzuwenden und in konstruktivem Dialog mit den verantwortlichen Politikern für eine gesunde Umwelt einzutreten. Er hat diese Unkenrufer so ernst genommen und ist an ihrer Unansprechbarkeit so verzweifelt, daß er die Flucht nach vorwärts angetreten hat und mit seinem politischen Freitod alle liberalen Versprechen einklagen wollte.

Selbst die SPD, auf die er viele Hoffnungen gesetzt hatte, hat ihn auf ihrem Hamburger Parteitag tief enttäuscht, nachdem eine Woche zuvor auch der DGB auf der Dortmunder Jubel-Großkundgebung mehrheitlich für den weiteren Ausbau der Kernkraftwerke eingetreten ist.

In unserer Trauer hoffen wir, daß Hartmut Gründlers letzter – tödlicher – Aufruf endlich gehört wird, daß wir mit unserer Skepsis gegenüber den bürgerlichen Waffen couragierter Aufklärung einsamer Rufer nicht ganz recht behalten werden. Wir hoffen vor allem, daß sich in den Gewerkschaften ein breites Potential an Kernkraftgegnern herausbildet, das die pro-KKW-Beschlüsse revidieren kann ...

SZ-TÜBINGEN

(Den vorstehenden Text haben wir – aus Platzgründen gekürzt – einem Flugblatt des Sozialistischen Zentrums Tübingen im SB entnommen. Das Flugblatt wurde nach Hartmut Gründlers Selbstverbrennung von der SZ-Gruppe hergestellt und in Tübingen verteilt. Kontaktadresse: A. Walter, Münzgasse 13, 7400 Tübingen.)

Zur Reise von F.J. Strauß nach Chile

125. Wiederkehr der Einwanderung von Deutschen in Chile. Das Datum muß die Linke in der BRD zunächst an ihre demokratische Tradition erinnern. Diejenigen, die um 1850 begannen, ihrer deutschen Heimat den Rücken zu kehren, hatten zuvor versucht, den ersten demokratischen deutschen Staat zu schaffen. Die Mitkämpfer von Robert Blum, Friedrich Engels, Ludwig Uhland, Wilhelm Wolff, Johann Jacobi u.a. sind es, die nach dem Zusammenbruch der 48er Revolution in den Zeiten blutigster Repression gegen Intellektuelle und Radikaldemokraten nach Nord- und Südamerika auswandern. Nicht kolonialistische Ideologie trieb sie in die "Neue Welt", sondern Resignation und Verzweiflung über die "Alte". An diese Tradition wollte Strauß sicher nicht erinnern, als er im November den Deutsch-Chilenen zurief: "Sorgen Sie dafür, daß die Freiheit in Chile erhalten bleibt, damit jeder sagen kann: ich bin ein freier Chilene."

Kaum ein europäischer Politiker könnte auf die Idee kommen, aus propagandistischen Zwecken ausgerechnet nach Chile zu fahren und dort auch noch klar und eindeutig gegen die demokratischen Kräfte und rechtfertigend für Pino-

edition suhrkamp

Textsemiotik als Ideologiekritik
Beiträge von Peter V. Zima, Julia Kristeva, Umberto Eco, Algirdas J. Greimas, Hans Günther, Jurij M. Lotman, Jan Mukařovský, Michail Bachtin. Herausgegeben von Peter V. Zima
es 796. DM 10,–

Michael Müller
Die Verdrängung des Ornaments
Zum Verhältnis von Architektur und Lebenspraxis
es 829. DM 10,–

Ernst Kris
Die ästhetische Illusion
Phänomene der Kunst in der Sicht der Psychoanalyse
es 867. DM 9,–

Umwälzung einer Gesellschaft
Zur Sozialgeschichte der chinesischen Revolution (1911–1949) Herausgegeben von Richard Lorenz
es 870. DM 14,–

Politik der Subjektivität
Texte der italienischen Frauenbewegung
Herausgegeben und übersetzt von Michaela Wunderle
es 884. DM 9,–

Stanley Cohen, Laurie Taylor, Ausbruchsversuche
Identität und Widerstand in der modernen Lebenswelt
es 898. DM 8,–

Alfred Sohn-Rethel, Warenform und Denkform
Mit zwei Anhängen
es 904. DM 8,–

Marlis Dürkop, Gertrud Hardtmann (Hrsg.)
Frauen im Gefängnis
es 916. DM 8,–

In allen Buchhandlungen. Prospekte durch Suhrkamp Verlag, Postfach 4229, 6 Frankfurt 1

chet Stellung zu nehmen. Strauß tut nicht nur das, er tut dies in einem Moment, in dem er die Frage des zukünftigen Kanzlerkandidaten der CDU/CSU erneut stellt.
Es wäre sehr kurzsichtig, würde man seinen Anspruch auf die bayerische Ministerpräsidentenschaft und seine Forderung, "aus einer Reihe geeigneter Kandidaten" den nächsten CDU/CSU-Kanzlerkandidaten zu bestimmen, als Ablenkungsmanöver von seinen Chile-Äußerungen betrachten. Strauß betrieb in Chile und Argentinien (ebenso wie Dregger in Südafrika) gezielt Innenpolitik! Es ist eine Tatsache, daß der Sockel, auf dem Helmut Kohl steht, wurmstichig ist. Auch wenn Kohl behauptet, die verfrühte Diskussion um die Kanzlerkandidatur sei "so unsinnig wie ein Kropf" – der innerparteiliche Kampf hat längst begonnen. Sowohl auf dem Deutschlandtag der Jungen Union, auf dem Strauß den Bundestagswahlkampf 1980 mit Kohl als Unionskandidat als "russisches Roulett" bezeichnete, als auch auf dem Landesparteitag der hessischen CDU in Friedberg, bei dem Alfred Dregger den Delegierten als "der geeignete Mann" präsentiert wurde, sind die Zeichen gesetzt worden. Dabei können sich Dregger und Strauß auf große Teile der JU (die seit einigen Jahren durch die Schüler-Union-Bewegung stark nach rechts abgedriftet ist), aber auch auf starke Kräfte in der CDU beziehen, die von Kohl abgerückt sind. Politisch getragen wird diese Anti-Kohl-Bewegung
– von den Teilen der Bevölkerung, die nach den Ereignissen in Mogadischu und der Schleyer-Ermordung verängstigt sind und nach Ruhe und Ordnung rufen,
– von einer starken Fraktion innerhalb der westdeutschen Bourgeoisie, die den Schlachtruf "Freiheit oder Sozialismus" endlich durch die politische Kaltstellung

Strauß: "Sorgen Sie dafür, daß die Freiheit in Chile erhalten bleibt, damit jeder sagen kann: ich bin ein freier Chilene"

der Sozialdemokraten und Vernichtung der radikalen Linken verifiziert sehen will ("man muß die Ratten in ihre Löcher treiben"),
– von einflußreichen Teilen des westdeutschen Offizierkorps, das nach der Entlassung einiger Generäle und der Münchner "Juden-Verbrenner-Leutnants" nach Genugtuung schreit und seine Interessen in der gegenwärtigen CDU nicht mehr repräsentiert sieht.
Es ist kaum zu vermuten, daß Strauß erneut versucht, sich in der gemeinsamen Strategiekommission von CDU und CSU als Kanzlerkandidat durchzusetzen. Zu sehr hat er in der Vergangenheit (nicht zuletzt durch Kreuth) einen Keil zwischen sich und die CDU getrieben. Weniger spricht jedoch dagegen, daß Strauß mithilft, einen Mann aufzubauen, der die "Führungsqualitäten" besitzt, die man H. Kohl abspricht; dem man zutrauen kann, den schleichenden Polarisierungsprozeß zwischen CDU und CSU aufzuhalten; der bei alledem noch Straußsche Politik machen würde und mithin (so das Kalkül) die nächste Bundestagswahl für die Unionsparteien gewinnen könnte: Alfred Dregger.
Nicht zufällig fallen die Chile/Argentinien-Reise von Strauß und die Südafrika-Reise von Dregger zeitlich zusammen. Nicht zufällig ergänzen sich die Äußerungen von Dregger und Strauß auf ihren Reisen zu einem geschlossenen Bild einer alternativen CDU-Außenpolitik.
"Tiefes Bedauern" (Wolfgang Mischnick) über die "haarsträubenden Äußerungen" (Brandt), die keine "einmalige politische Entgleisung" (SPD-MdB Uwe Holtz) seien, so könnte man collagenhaft die Kommentare der Koalition zusammenfügen.
Selbst der smarte RCDS-Vorsitzende Pflüger sprach von einem "harten Schlag ins Gesicht aller von der Junta verfolgten Christdemokraten und aller anderen Demokraten" Chiles.
An den Reden von Strauß wurde schlaglichtartig deutlich, wie falsch und verhängnisvoll es gerade von der SPD war, einen "Grundkonsensus" zu vergegenständlichen, der niemals real existierte.
In Chile hat Strauß klammheimlich den Boden erweitert, auf dem sich angeblich alle Demokraten befinden. Er gibt Arm in Arm mit Massenmördern vor, „mit beiden Füßen fest" auf diesem Boden zu stehen.
"Jetzt jammern sie wieder, die linken Heuchler; die Krokodilstränen fließen; der sozialistische Einheitschor stimmt, freilich in seiner bekannten falschen und verfälschten Tonart, sein Klagelied an", schmierte der rechtsradikale Chefschreiber des "Bayernkurier", Wilfried Scharnagel. (26.11.77). Wenn er damit meint, daß es beim Jammer der Koalition über Strauß bleiben wird, so ist zu befürchten, daß er damit Recht hat.
Für die SPD selbst wird der zu verteilende Platz auf dem "gemeinsamen Boden" zunehmend knapp (Sympathisantendiskussion, Berufsverbot für das SPD-Mitglied Charlotte Nieß in Bayern usw.). Die offene Sympathie von Strauß, Dregger und einer nicht zu unterschätzenden "Sympathisantenszene" gegenüber faschistischen Regimen muß uns daran erinnern, daß diese Leute nicht in Johannesburg oder Santiago de Chile leben – sondern in Fulda, München und anderswo hier bei uns in der BRD! Es ist sicherlich im Interesse der Sozialdemokraten, den "Barbaren" Strauß zu benutzen, um alle Strauß-Gegner hinter ihren Fahnen zu versammeln. Sie konnte dies bisher immer tun, weil sie gleichsam automatisch im Kampf gegen die Barbarei für sich beanspruchen konnte, die „Demokratie" zu vertreten. Die sozialistische Bewegung wird sich diesem Dilemma nur dann entziehen, wenn sie ein politisches Konzept für den Aufbau einer sozialistischen Bewegung und gegen die Ausbreitung reaktionärer und faschistischer Ideologien vorweist.

BERND SCHLEICH

Aus Liebe zu ~~Deutschland~~ Chile ~~Freiheit~~ Terror statt Sozialismus!

„Sozialismus bedeutet Hunger und Unterdrückung. Sozialismus ist Chaos. Sozialismus bedeutet den Tod der Freiheit."
Mit solchen lügenhaften Behauptungen stimmt ein Teil der BRD-Öffentlichkeit mit den Kräften in Chile überein, die den Putsch vorbereitet bzw. durchgeführt haben. Wir versuchen, mit einer Tonbildschau eben diese Übereinstimmung zu zeigen und eine Verbindung herzustellen zur politischen Situation in der BRD, wo mit derselben Argumentation, mit der der gewaltsame Putsch in Chile gerechtfertigt wurde, auf innerpolitische Geschehnisse reagiert wird. Die Auswirkungen in beiden Ländern sind selbstverständlich nicht vergleichbar, aber die Wurzeln dieses zutiefst undemokratischen Denkens und Handelns sind die gleichen. Das Kernstück der Serie bilden ein schlaglichtartiger Rückblick auf die Zeit der Unidad Popular und Beschreibungen der heutigen chilenischen Realität aus der Sicht derer, die diese Realität erfahren und erleiden. Ihre Aussagen sind Antworten auf zynische Regierungs- und Unternehmersprüche.
Technik: 106 Dias, 25 Min., Chromdioxidcassette, Textheft, Materialien und ein paar Tips zum Vorführen.
Leihgebühr: DM 36,-- (incl. Versand).
Bestellungen an: Mediengruppe c/o FDCL, Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12, Tel.: 030/3135065. ★

Chile-Solidarität

Die Sozialistische Partei (PS-cnr) in Chile ist an das Chile-Komitee in Westberlin und an das Sozialistische Büro mit der Aufforderung herangetreten, drei konkrete Projekte zur Verbesserung der Infrastruktur im Widerstand zu unterstützen. Bei zwei Projekten ging es nur noch um eine Rest-Finanzierung, die das Chile-Komitee Westberlin übernehmen konnte. Das dritte Projekt ist das finanziell größte und zugleich das einzige, dessen Gegenstand öffentlich genannt werden kann. Es handelt sich um die Anschaffung eines Pkw für die Verbesserung der (schnellen) Kommunikation zwischen verschiedenen regionalen Widerstandsgruppen. Die PS verfügt über keinen einzigen Wagen in ganz Chile.
Das SB hat von seinem Lateinamerika-Solidaritätskonto der PS DM 8.000 für die Anschaffung des Autos zur Verfügung gestellt. Das Geld wurde bereits nach Chile transferiert. Da unser Lateinamerika-Solidaritätskonto mit dieser Überweisung von DM 8.000 überzogen ist und da weitere wichtige Projekte der Widerstandsbewegung unserer finanziellen Unterstützung bedürfen, bitten wir hiermit erneut um Spenden. Diese sind zu überweisen unter Kennwort "Lateinamerika-Solidarität" entweder auf Sonderkonto Dr. Andreas Buro, Postscheckamt Hannover Nr. 239848-309 oder auf Sonderkonto Hannelore Vack, Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach, Nr. 17439961.

Menschenrechte in der CSSR und Charta '77

Die Frage nach der Bedeutung der Bürger- und Menschenrechtsbewegungen in Osteuropa für die Entwicklung der osteuropäischen, ja sogar auch der Weiterentwicklung der westeuropäischen Gesellschaftssysteme läßt sich in einem Artikel nur andeutungsweise beantworten.

Es ist in diesem Jahrhundert in der Tschechoslowakei nicht der erste Kampf um ein menschenwürdiges, national und individuell unabhängiges Dasein in einer freiheitlich demokratischen und sozialistischen Gesellschaft.

Nach 300 Jahren österreichisch-ungarischer Fremdherrschaft wurde 1918 die erste Tschechoslowakische Republik erkämpft und gegründet. Ihre parlamentarische Demokratie kapitalistischen Typus bestand nur bis 1938 (Münchner Diktat). 1939 war es die faschistische deutsche Fremdherrschaft mit den bekannten KZ-Methoden, die die Tschechoslowakei okkupierte.

Nach dem zweiten Weltkrieg schien für kurze Zeit eine selbständige Entwicklung zur Demokratie und zum Sozialismus möglich. 1948 aber wurde die Hoffnung durch die Installierung einer "Diktatur des Proletariats" mit den bekannten Methoden und Folgen der Stalin-Ära brutal enttäuscht.

Als sich nach und nach unter Einwirkung oppositioneller Aufstände wie 1953 in Ostberlin, 1956 in Polen und Ungarn, des eigenen jugoslawischen und später chinesischen Weges zum Sozialismus eine Reformbewegung im "Prager Frühling" entwickelte, wurde am 21.8. 1968 die Tschechoslowakische (jetzt) sozialistische Republik erneut okkupiert! Diesmal unter der Regie der Sowjetunion. Das Moskauer Diktat sah die Besetzung der CSSR bis zu einer sog. "Normalisierung" vor. Heute – im 10. Jahr nach der "Intervention" der Warschauer Pakt-Staaten – scheint die Situation den Besatzern immer noch nicht normalisiert genug.

In jeder Epoche der Unterdrükkung (während des 1. Weltkrieges, vor und während der Naziokkupation usw.) gab es immer wieder mutige Schriftsteller, Philosophen und Intellektuelle, denen sich fortschrittliche Kräfte des Volkes angeschlossen hatten, die sich für die nationale Unabhängigkeit und die bürgerlichen Rechte und Freiheiten in Manifesten an das tschechoslowakische Volk wandten.

Die Okkupation von 1968 hat nur scheinbar eine Friedhofsruhe erzeugt. Schon bald sind auch jetzt wieder Menschen und Gruppen mit Briefen und Manifesten an die Staatsorgane, an die östliche und auch westliche Öffentlichkeit getreten, in denen sie den leidenschaftlichen Versuch wagten, die kulturelle, soziale und politische Unterdrückung anzuprangern. Diese Leute wurden immer wieder verhaftet und erneuten Repressionen ausgesetzt, aber die tschechoslowakischen Staatsorgane wagten es nicht, Schauprozesse, die an die 50er Jahre erinnern könnten, gegen sie durchzuführen. Hinter verschlossenen Türen wurden sie aber mit hohen Strafen belegt.

Als im Jahr 1976 viele Oppositionelle, bekannte Persönlichkeiten des "Prager Frühlings" wie Jiri Müller, Milan Hübl, Jaroslav Sabata u.a. noch im Gefängnis saßen, in den westlichen Ländern Solidaritätsaktionen fortschrittlicher Organisationen (KPI, KPS, Sozialistische Internationale, Amnesty International usw.) zu deren Freilassung liefen, wurde in Prag eine junge unkonventionelle Musikgruppe, die "Plastic People of the Universe", wegen "Ausschreitungen" (die darin bestanden, daß sie in Liedertexten vulgäre Ausdrücke gebraucht haben sollten – neben "Scheiße" auch "Freiheit"!) vor Gericht gestellt.

Zu ihrer Verteidigung haben sich in Briefen Schriftsteller und Philosophen wie Jaroslav Seifert, K. Kosik, J. Patocka, V. Havel, P. Kohout u.a.) an H. Böll u.a. mit der Bitte gewandt, daß er sich bei den tschechoslowakischen Behörden für die jungen Musiker verwendet. Auch Z. Mlynars Brief an die Prager Justizorgane in der Sache der "Plastic People" und die Gespräche zwischen den in Opposition zu dem Besatzungsregime stehenden Personen und Gruppen, führten zu intensiven Reflexionen über die bestehende Situation. Diese Kontakte führten schließlich zur Formulierung des Manifesttextes der "Charta '77", der am 1. Januar 1977 in Prag veröffentlicht wurde. Mit diesem Dokument bekam die Bürgerrechtsbewegung ein umfassendes Aktionsprogramm: Im Rahmen der Gesetze der CSSR, die 1976 den "Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte" sowie den "Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte" ratifiziert hatte, (1975 in Helsinki bestätigt) die Einhaltung und Durchsetzung der darin verbrieften Menschenrechte zu fördern und zu überwachen.

Wie zur Bestätigung der Situationsanalyse in der "Charta '77" begann sofort eine Hetzkampagne gegen die Erstunterzeichner des Manifestes. Arbeitsentlassungen, Verhöre, Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und verschiedene andere Repressionen.

Besondere Aufmerksamkeit wurde den drei Sprechern der Chartisten gewidmet. Prof. Dr. Jiri Hajek – 1968 Außenminister – wurde isoliert und bewacht, der Schriftsteller Vaclav Havel verhaftet und der Philosoph Prof. Dr. Jan Patocka nach mehrwöchigem polizeilichem Psychoterror (bis zu 11stündige Verhöre) so zermürbt, daß er am 13.3.77 an einem Herzversagen starb.

Je schärfer aber die Diffamierungen der Chartaunterzeichner in den Massenmedien wurden, umso mehr interessierten sich die Bürger der CSSR für den Inhalt dieses Dokumentes. Trotz unerhörten Repressionen gelang es dem Polizeiapparat nicht, die Bewegung zu zerschlagen. Im Gegenteil, immer mehr Menschen, aus allen Bevölkerungsschichten, (inzwischen über 800 Bürger der CSSR) unterzeichneten die "Charta '77".

Die Chartistenbewegung berichtet in ihren inzwischen zwölf veröffentlichten Dokumenten und mehreren Erklärungen z.B. über die Verfolgungen der Unterzeichner, die Diskriminierung bei der Arbeitssuche, Benachteiligung der Christen im öffentlichen Leben usw., kurz über die kulturelle, soziale und politische Wirklichkeit der CSSR.

Nach Jan Patockas Tod und der Verurteilung Vaclav Havels (trotz Belgrad und internationaler Proteste) sind zwei neue Sprecher, die ehemalige Sängerin Marta Kubisova und der Philosoph Dr. Ladislav Hejdanek, an ihre Stelle getreten. Ihre Hauptaufgabe wird, wie sie selbst sagen, die Weiterführung der Bemühungen um einen konstruktiven Dialog mit der Staatsmacht sein. Die "Charta '77", einerseits eine politische Botschaft, andererseits eine Art Bürgerinitiative für die Menschenrechte, stellt in jedem Fall aber eine Bewegung dar, die sich um eine konsequente Erfüllung der gültigen tschechoslowakischen Gesetze bemüht und daher eine starke moralisch-ethische und somit politische Kraft entwickelt.

Teile der westlichen Linken, in eigenen Problemen verstrickt, übersehen, daß die chartistische Bewegung gerade ihre Solidarität braucht. Sie verkennen die Wichtigkeit und Bedeutung der Einhaltung von internationalen Pakten und Verträgen über die bürgerlichen Rechte und Freiheiten, die auch zunehmend hier im Westen (Arbeitslosigkeit, Berufsverbote usw.) an Wichtigkeit gewinnen, was auch Petr Uhl in seinem Brief an die westliche Linke im März (Listy-Blätter Nr. 14 u.a.) wie auch in einem gemeinsamen offenen Brief im September 1977 mit J. Sabata, J. Pallas und anderen Unterzeichnern der "Charta '77" (FR 25.10.77) an die Bürger der BRD, die auch von Berufsverboten betroffen sind, nochmals besonders betont wird.

Solidarität mit der Charta '77

Unter den vielen Unterschriften derer, die sich mit den Unterzeichnern der Charta '77 und der Forderung "Freiheit für alle politischen Gefangenen in der Tschechoslowakei" solidarisiert haben, sind vor allem die Namen von Künstlern, Schriftstellern und Politikern wie C. Amery, J. Beuys, W. Biermann, H. Böll, H. Brandt, R. Dutschke, F. Duve, H. Ehmke, B. Engelmann, H.L. Gremliza, G. Grass, R. Jungk, L. Lombardo-Radice (PCI), C. Martelli (PSI), J. Moneta, W. Roth, O. Schreiner, K. Staeck, J. Steffen, C. Stern, M. Theodorakis, K. Traube, K. Wagenbach, H. Wieczorek-Zeul, G. Zwerenz zu nennen. Die kommunistischen Parteien Italiens, Frankreichs, Spaniens, Großbritanniens, Schwedens, Dänemarks, Belgiens u.a., die Sozialistische Internationale, der Internationale Bund Freier Gewerkschaften und zahlreiche weitere Persönlichkeiten dieser Länder unterstützten die Forderungen der Unterzeichner der Charta '77. Die Organisationen Amnesty International, Jungsozialisten, Jungdemokraten und Sozialistisches Büro schlossen sich dem Protest gegen die jüngsten Verurteilungen an. Aus allen osteuropäischen Ländern kamen Solidaritätsbekundungen von Bürgerrechtsgruppen.

Die Unterschriftensammlung zur Solidarität mit den Unterzeichnern der Charta '77 wird weiterhin von der Zeitschrift der tschechoslowakischen sozialistischen Opposition "Listy-Blätter" durchgeführt, die besonders durch die Verurteilungen von A. Brezina, V. Havel, L. Lastuvka, J. Lederer, A. Machacek, O. Ornest und F. Pavlicek eine aktuelle Bedeutung erhält.

Solidaritätsspenden zugunsten des Fonds für politische Gefangene bitte auf das Konto "Gruppe Listy-Blätter", Postscheckamt Köln Nr. 294704-505, Kennwort: Charta '77. Alle bisher erschienenen Dokumente der Charta '77 sind in den 'Listy-Blättern' Nr. 12-17 abgedruckt (Postfach 3602, 6000 Frankfurt 1). ★

SOZIALISTISCHES OSTEUROPAKOMITEE

Wir haben uns zur Aufgabe gestellt, Berichte und Dokumente von und über die linke Opposition in den osteuropäischen Ländern und Analysen der gesellschaftlichen Entwicklung dieser Länder abzudrucken, zu diskutieren und zu kommentieren.

INFO 22: Zum Treffen der Gruppen des Sozialistischen Osteuropakomitees aus Berlin, Gießen, Kassel und Hamburg – „Charta 77": Dokumente, Chronik, Kommentar – P. Uhl (CSSR): Brief an die Linke im Westen – „Rude Bravo" antwortet den italienischen „Eurokommunisten". *Juni 77 ..... 26 Seiten ..... 2,- DM*

INFO 23/24: Bulletin Nr. 8 (Sondernummer) des „Komitees zur Verteidigung der Arbeiter" in Polen mit Berichten über die Prozesse in Radom – „Rumänischer Nationalismus" – PRAXIS-Gruppe: „Zu den Bürger- und Menschenrechten" – Charta 77: Dokument Nr. 11 – Interviews mit Rudolf Bahro – „Nonkonformistische" Kunst in der Sowjetunion. *September 1977 ..... 44 Seiten 3,-DM*

Von den früher erschienenen Infos sind noch die Nummern 7 - 20/21 erhältlich Bitte genaues Verzeichnis der Hefte beim Verlag oder beim Soz. Osteuropakomitee, Postfach 2648, 2000 Hamburg 13 *anfordern. Bei Bestellung von Einzelexemplaren zur Bestellsumme bitte 1,- Versandkostenanteil überweisen. Bestellungen von Einzelexemplaren und Abonnements nur an den SOAK-Verlag richten.*

Abonnement: Das Abo für 6 Nummern kostet 12,- DM, zahlbar auf das PSchKto Hannover, Nr. 394 95 - 300, SOAK Verlag, Am Taubenfelde 30, 3000 Hannover.

Berufsverbote in der CSSR

In den folgenden Auszügen aus einem Offenen Brief von Unterzeichnern der Charta '77 "an die Bürger der BRD, die von Berufsverboten betroffen sind", werden die besonderen Repressalien deutlich, die die Unterzeichner täglich erfahren; insbesondere wird noch einmal deutlich, – nicht nur in der Bundesrepublik – welche fatalen Konsequenzen die verhängten Berufsverbote haben. Die Briefunterzeichner sind, wie viele Unterstützer der Charta '77, nahezu gänzlich isoliert; deshalb haben sie auch mit voller Adresse gezeichnet und bitten um jeglichen Kontakt, sei's in Form von Briefen, sei's als Besuch. Hier der Auszug:

"In keinem Fall hat die (tschechoslowakische) Presse irgendwie über die tschechoslowakischen Bürger berichtet, die vom Berufsverbot betroffen waren. In den tschechoslowakischen Massenmedien wimmelt es von Nachrichten über Berufsverbote in der BRD, leider allerdings ohne konkrete Erläuterungen, worum es hier geht und um welche Personen es sich hier handelt ... Informationen aus anderen Quellen sind in der CSSR nicht zugänglich. Deshalb bitten wir Sie um ausführliche Informationen über Ihre Lage. Sie haben sicher auf Grund dieses Briefes begriffen, daß die tschechoslowakischen Massenmedien Ihre Fälle der Berufsverbote mißbrauchen, um die einheimischen Mißstände zu vertuschen, jedoch keinesfalls, um irgendwelche Solidaritätskundgebungen oder gar Hilfeleistungen zu initiieren ..."

Ivan Medek, Janackovo nabr. 49, Praha 5; Doc. Dr. Jaroslav Sabata, Krizkovskeho 43, Brno; Jiri Pallas, Mikulase z Husi 16/341, Praha 4; Jan Lopatka, Vlasska 10, Praha 1; Jiri Nemec, Jecna 7, Praha 2; Anna Sabatova/Petr Uhl, Angelicka 8, Praha 2." ★

Wenn Freiheit, Demokratie und Sozialismus unteilbar sind, was W. Biermann, R. Dutschke und J. Moneta in ihrem gemeinsamen Antwortbrief an Petr Uhl zu Recht hervorgehoben haben (FR 18.10.77; L.-B. Nr. 17), dann müssen auch die Menschenrechte in ihren ökonomischen, ökologischen, politischen, kulturellen und sozialpsychologischen Dimensionen unteilbar sein. Deshalb muß der Kampf um die Verwirklichung der Menschenrechte in Ost und West gemeinsam geführt werden!

MILAN HORÁCEK

Zum Sahara-Konflikt

Als am 25. Oktober eine Einheit der Sahauri-Befreiungsbewegung zwei französische Staatsbürger auf mauretanischem Boden entführte und verschleppte, hat der jahrelange Konflikt um die ehemalige spanische Kolonie Westsahara neue Dimensionen in Richtung auf eine Internationalisierung und Verschärfung angenommen. Hatten die großen Kolonialmächte dieses für sie uninteressante und unzugängliche Gebiet an der Atlantikküste ihrem "armen Verwandten" Spanien, sozusagen zur Erinnerung an vergangenen Kolonialimperien, zugeschoben, so begann das eigentliche koloniale Wettrennen nach Entdeckung eines wahrscheinlich immensen unterirdischen Reichtums an Phosphaten, Eisenerzen und Erdöl erst in einem welthistorisch verspäteten Moment, als nämlich die politische Dekolonisation regional wie global längst unwiderruflich in Gang gekommen war. An den Interessen der in den 50er und 60er Jahren "selbständig" gewordenen Nationalstaaten Nordwestafrikas konnte auch Spanien und schon gar nicht mehr das spät- und postfranquistische Spanien vorübergehen. Bislang konnte der Dekolonisationsvorgang aber weder im Sinne von Teilungsplänen (1970 zwischen Marokko, Mauretanien und Algerien, 1974 zwischen Spanien, Marokko und Mauretanien) noch völkerrechtlich (Urteilssprüche des Haager Gerichtshofes von 1975) noch militärisch mit den Auseinandersetzungen zwischen der Polisario-Befreiungsfront und den marokkanischen und mauretanischen Armeeverbänden) zu einem Abschluß gebracht werden.

Die derzeitige Lage sieht so aus, daß sich Marokko und Mauretanien zwar die Westsahara untereinander aufgeteilt haben, wobei sich Hassan II. die nördliche Phosphat- und Erzregion nebst umfangreichen Fischgründen im Atlantik nach dem Theatercoup des "Grünen Marsches" einiger Zigtausend begeisterter marokkanischer Nationalisten angeeignet hat; aber die Polisario ist militärisch innerhalb der Westsahara im Vorteil (gestützt durch gezielte Ausfälle nach Südmarokko und Mauretanien) und hat sich dort auch politisch fest etabliert (Ausrufung der Republik, Exilregierung, Verabschiedung einer Verfassung und Parteikongresse). Die Basis der Sahauris liegt in Tindouf, also auf algerischem Grenzboden, wo auch einige tausend Menschen in Flüchtlingslagern unter zum Teil katastrophalen Bedingungen leben. Was zunächst ein innersaharischer Konflikt zwischen Polisario und Mauretanien/Marokko war, hat sich allmählich zu einem innermaghrebinischen und innerarabischen Konflikt zwischen Marokko und Algerien nebst zum Teil absonderlichen Bündniskonstellationen (so sind z.B. Saudi-Arabien und der Irak auf Seiten Marokkos) sowie zu einem in seinen Dimensionen noch gar nicht abzusehenden Nord-Süd-Konflikt zwischen Frankreich und Algerien fortentwickelt, nachdem die Option der französischen Rechten für Hassan II. und ihr militärisches Engagement im Vorfeld direkter Attacken auf Algerien offensichtlich geworden ist. Hier wie auch in anderen Regionen des Kontinents (Horn von Afrika, Zaire, südliches Afrika), wo gegenwärtig das bisherige (prekäre) territoriale Gleichgewicht folgenschwer verloren geht, geht die Saat der kolonialen Balkanisierung auf und schreitet die Vietnamisierung Afrikas voran.

Folgende Tendenzen erscheinen mir dabei besonders wichtig:

1. Die (wie schwach auch immer entwickelte) Solidarität afrikanischer Staaten zerbricht weiter. Jeglicher Panafrikanismus, auch der des "kleinsten Nenners" im Sinne der OAU, verfliegt mit dem zunehmenden Ethnozentrismus und Nationalismus einzelner afrikanischer Bourgeoisien und ihrer teilweise subimperialistischen Funktion.

2. Die Präsenz der westeuropäischen Staaten nimmt wieder politisch-militärische Dimensionen an und geht damit weit über die Anonymität multilateraler Wirtschaftsabkommen zur Absicherung von Rohstoffversorgung und Branchenauslagerung hinaus. Das bedeutet nichts anderes als eine Tendenz zur Rekolonisierung.

3. Auch die USA und die UdSSR intensivieren ihre "Afrikapolitik", zum Teil bis hin zur direkten Intervention. Das bedeutet weder im strikten Sinne eine Verstärkung alter Systemkonkurrenz noch ein besonders raffiniertes Komplott der "Supermächte". Vielmehr kann sich in der Form der Systemkonkurrenz gleichzeitig ein gewisses Maß an inhaltlicher Gemeinsamkeit hinsichtlich Veränderung/Bewahrung des territorialen Status quo entfalten. (Bezogen auf den Sahara-Konflikt liegen jedenfalls alle Kommentatoren rechter wie linker Schreiber falsch, wenn sie in der Auseinandersetzung Marokko-Algerien die lange Hand jeweiliger "Freunde" USA-UdSSR erblicken wollen: die Sowjetunion spielt in Algerien entgegen allen landläufigen Meinungen ökonomisch und politisch eine sekundäre Rolle, des weiteren hat sie eben ein Phosphatabkommen mit Marokko unter Dach und Fach gebracht, das stillschweigend die "marokkanischen" Fördergebiete im nördlichen Teil der Westsahara umfaßt – genau jene, die Zielscheibe der Polisario-Angriffe sind. Die USA haben zwar eindeutige Präferenzen für Marokko, schon wegen ihrer dortigen Militärstützpunkte; aber darüber hinaus gibt es, wie sich jüngst in den Erdgaskontrakten zeigte, ein starkes Interesse an Algerien, dessen Industrialisierungsstrategie im Rahmen einer neuen Weltwirtschaftsordnung sehr viel lukrativer als die des Nachbarstaates sein muß.)

4. Dieser "Überhang" an Internationalisierung schwächt – trotz aller scheinbaren Erfolge, die die Polisario immer wieder melden kann – den Aktionsspielraum der kämpfenden Sahauris.

Zunächst noch einmal zurück zu den Oktober-Ereignissen. Die meisten westlichen Zeitungen sprechen von einer gezielten Geiselnahme französischer Zivilisten durch die Polisario, was im gegenwärtigen Klima sofort zum Terrorismus-Verdacht führt (die algerische Regierung, die sich dem Anti-Terror-Konzept der BRD nicht beugen will, gleich als Sympathisant eingeschlossen). Vertreter der Polisario stellten dagegen fest, daß es sich bei den Gefangenen um "Personal, das auf dem militärischen Sektor arbeitet" (FR 14.11.) handelt. Wie auch immer es sich bei den Betroffenen, zwei Eisen-

Argentinien 1978 – Fußball und Folter

Im Juni '78 wird in 5 Städten Argentiniens die Fußballweltmeisterschaft ausgetragen. Informationen über das Land, in dem die WM stattfindet, werden über alle Medien an die Bundesbürger herangetragen. Aber diese Informationen sind meist lückenhaft und kommen selten über Folkloristisches hinaus. Da Fußball apolitisch sein soll, sind Informationen über die wirkliche Situation in Argentinien eher hinderlich: über 25.000 politische Gefangene, Tausende von Menschen, die in geheimen Konzentrationslagern verschwunden sind, 1.300 vom Regime Ermordete.

Ziel einer Ausstellung – zunächst vom 7.12.77 bis 14.1.78 in Berlin – soll es sein, die "vergessenen" und zurückgehaltenen Informationen zu geben. Zudem soll die Ausstellung Hintergrundberichte über Argentiniens wirtschaftliche und politische Verhältnisse liefern. Hierzu erscheint ein Katalog, in dem schwerpunktmäßig drei Informationsbereiche vorgestellt werden:

- die gesellschaftliche Funktion des Sports, insbesondere des Fußballs, hier und in Argentinien;
- neben konkreten Daten über das Land soll die politische und wirtschaftliche Realität der letzten Monate des Peronismus und der Zeit der Militärdiktatur anschaulich dargestellt werden;
- im dritten Abschnitt werden die deutsch-argentinischen Beziehungen, verbunden mit einem Einblick in die argentinische Geschichte verständlich gemacht.

Die gesamte Ausstellung ist als Wanderausstellung konzipiert, d.h. Informationsmaterial und eventuelle Terminwünsche sollten so schnell wie möglich uns mitgeteilt werden.

Die Ausstellung findet statt in der Galerie 70, Schillerstr. 79, Berlin 12. Den Katalog kann man auch für 5.--DM plus Porto beziehen über: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. (FDCL), Savignyplatz 5, 1 Berlin 12 (Kennwort: Fußball und Folter).

Das Sahauriflüchtlingslager Smara

bahntechnikern, verhält, an der militärischen Präsenz Frankreichs in der Sahara-Region gibt es überhaupt keinen Zweifel, ebensowenig an der der USA und der BRD (für Kontakte der Bundeswehr, insbesondere im Ausbildungsbereich der marokkanischen Anti-Guerilla-Truppen, bestehen deutliche Anzeichen). Mauretaniens Staatsapparat funktioniert bis hinauf zum Präsidenten im wesentlichen durch den Einsatz französischer Entwicklungshelfer (die im übrigen keineswegs alle als finstere Söldner einzuordnen sind); die Armee steht unter dem faktischen Kommando französischer Offiziere (die schon eher unter diese Kategorie fallen). Das Land ist knapp zwei Jahrzehnte nach Erlangung seiner "Unabhängigkeit" ein Vasallenstaat Frankreichs; über den Stand seiner Kassen verfügt im wesentlichen die EG. Daß die Erzgesellschaft MIFERMA, Symbol eines multinationalen kolonialen Ausbeutungsbetriebs, 1975/76 verstaatlicht wurde, ändert daran nichts, lassen sich dort im Eisenerzgeschäft (u.a. von Krupp) auch weiterhin gute Geschäfte machen. Die Eisenbahnlinie von den Bergwerken in Zouérate in die Hafenstadt Nouadhibou sowie das 90 km lange Phosphatförderband von Bou-Craa nach El-Aioun (Westsahara) sind die Gründe für den Sahara-Konflikt.

Derzeit liegen beide Nabelschnuren peripherer Kleinstaaten zum internationalen Rohstoffgeschäft durch die Aktivitäten der Polisario still, deren Landoperationen zu unterbinden bisher der marokkanischen und mauretanischen Armee nicht gelungen ist. Die französische Armee hat deswegen in den letzten Monaten alle Vorkehrungen getroffen, von Luftstützpunkten im Senegal aus (einem Land, in dem sie ähnlich frei walten kann wie in Mauretanien) den Widerstand der Polisario zu brechen und die Guerillatruppen bis nach Tindouf zu verfolgen. Weit über das Engagement in Zaire hinaus, wäre dies eine ungeheuerliche Zuspitzung an imperialistischer Intervention und zugleich der absolute Tiefpunkt in den sich seit 1971 dauernd verschlechternden Beziehungen zwischen Frankreich und seiner Ex-Kolonie. In Algerien hat es eine breite antifranzösische Mobilisierung gegeben; Boumedienne setzt auf einen Wahlsieg der Linken, deren proalgerische Position bekannt ist und die während der letzten Geiselaffäre ihre Unterhändler nach Algier schickte – notabene auf den Wahlsieg Mitterrands also, der heute in den Bahnen einer gaullistischen Außenpolitik fährt und damit einigermaßen vergessen machen kann, daß er als Innenminister der IV. Republik einige Verantwortung für Greueltaten des Algerienkriegs trägt.

Während Algerien auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker pocht und dies an die territoriale Grenzziehung der Kolonialmächte bindet (Freiheit des Sahauri-Volkes in den damals wie mit dem Lineal gezogenen Grenzen), pochen Marokko und Mauretanien (von zunächst völlig unvereinbaren Ausgangspunkten aus) auf vorkoloniale Rechte und historische Gebietsansprüche. Während also die beiden letzten eher antikoloniale Reden führen, um die faktische Kolonisierung der Region zu betreiben, appelliert Algerien an den kolonial gesetzten Status quo, um eine wirkliche Befreiung der Region möglich zu machen. Algerien selbst ist in diesem Streit aber keineswegs selbstloser Vertreter der Sahauris, da es selbst an einem Zugang zum Atlantik durch die Westsahara interessiert ist und überdies eine Berufung als regionale Führungsmacht im nordwestlichen Teil des Kontinents durchscheinen läßt. Gerade am mauretanischen Beispiel, aber auch anhand der südlichen Anrainerstaaten Mali, Niger und Obervolta läßt sich zeigen, daß deren Staatsapparate und Ökonomien starker Impulse aus Algerien bedürfen. Erst Algerien hat Mauretanien die formale Anerkennung durch Hassan II. gesichert; es ist damit eine Art Garantiemacht für die mauretanische Souveränität, die durch die imperialen Pläne Marokkos (die Westalgerien, Westsahara, Mauretanien, Teile des Senegals und Malis einschließen!) angefochten ist. Zahlreiche entwicklungspolitische Kontrakte binden die südlichen Nachbarn an Algerien. Völlig verfehlt wäre es, dies als "algerischen Subimperialismus" zu bezeichnen, wie es manchen "linken" Kritikern unterläuft. Aber das Körnchen Wahrheit an einer solchen Konstruktion liegt in der Tatsache, daß auch "antiimperialistische" Formen der Penetration und Kontrolle möglich sind und darüber hinaus außenpolitische Legitimationen notwendig werden, weil das algerische Industrialisierungsmodell wegen zunehmender Reproduktionsprobleme und sozialer Klassenbildung an einem Scheideweg angelangt ist. Mehr noch gilt dies für Hassan II., der über seine Sahara-Politik die ohnehin profilschwache und ultranationalistische Opposition mehr als zuvor unter Kontrolle hat. Damit aber verschafft er seiner Armee Funktions- und Machtzuwächse, die ihn vor gar nicht langer Zeit um ein Haar vom Himmel geschossen hätte ... Mauretanien ist das schwächste Glied; es ist sicher, daß in der mauretanischen Opposition zahlreiche Anhänger der Polisario zu finden sind. Ein wichtiger Gesichtspunkt bei der Analyse des Sahara-Konflikts ist damit die innere Stabilität der beteiligten Regime, deren Legitimität durch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise und mehr oder weniger rigide Unterdrückungsmaßnahmen gegenüber wirklichen Oppositionsbewegungen stark angenagt ist.

Die Polisario bleibt für den Augenblick angewiesen auf die logistische und propagandistische Unterstützung Algeriens. Welches aber sind ihre langfristigen Perspektiven? Wo bleibt bei den aufgezeigten Kalkulationen schließlich das reale Selbstbestimmungsrecht des saharaouischen Volkes?

Die Bevölkerung Westsaharas (zuletzt auf 75.000 geschätzt), wahrscheinlich aber höher) hat überwiegend nomadischen Charakter. Ihre ökonomischen Aktivitäten (sofern davon heute noch die Rede sein kann) und ihre Stammesloyalitäten sind prinzipiell grenzüberschreitend. Man kann davon ausgehen, daß die marokkanische Furcht vor dem von den Spaniern vorgeschlagenen Referendum berechtigt war, da außer in einigen nördlichen Stammesfraktionen (den Teknas) und außer den Anhängern der Strohmänner-Befreiungsbewegung FLU niemand für einen Anschluß votiert hätte. Der Politisierungsgrad der Polisario ist bestimmt durch die antikolonial-nationalistische Sozialisation ihrer meist intellektuellen Führer. Gegenwärtig ist die Polisario – schon aufgrund der schlechten Lebensbedingungen der Sahauris in den Flüchtlingslagern – an einer raschen Deeskalation des Konflikts interessiert, die sie sich als Folge der aufgezeigten Instabilität der gegnerischen Regime erhofft. Ziel bleibt die Selbstbestimmung der Republik Westsahara, das delikate Folgeproblem indessen, wer diese Selbstbestimmung garantiert und insbesondere ökonomisch alimentiert, bleibt damit bestehen. Langfristig wird eine Anbindung an alle maghrebinischen Staaten und sogar an Frankreich und die EG kaum zu vermeiden sein. CLAUS LEGGEWIE

alternative

114 **Alternative Medienpraktiken:**
115 **Wer spricht zu wem?**
Massenmedien: neue Technologien und ihr politischer Gebrauch — Chancen und Grenzen alternativer Medienpraxis — Die ‹Freien Sender› in Italien. Erfahrungsberichte, Analysen, Dokumente — BRD: Konsequenzen von Kabelfernsehen und Breitbandkommunikation für das öffentlichrechtliche Rundfunkmonopol. Stellungnahmen von Arbeitern, Gewerkschaftsvertretern, Parteien, Rundfunkjournalisten und linken Medienzentren — Arbeiter-Radiobewegung in der Weimarer Republik

116 **Die Intellektuellen und die Macht**
Die Austreibung des Marxismus aus den Köpfen — Die sogenannten Neuen Philosophen in Frankreich
Mit kritischen Beiträgen von Etienne Balibar, Régis Debray, Oskar Negt u. a.

117 **Filmtheorie: Brecht/Eisenstein**
Gegen die Metaphysik des Sichtbaren
Auseinandersetzung mit avantgardistischen Filmtheorien — Zum Verhältnis von Verfremdungseffekt und Montage — Ist Eisenstein Stalinist? — Klassischer Realismus und empirischer Wahrheitsbegriff — Beiträge von Klaus-Michael Bogdal, Collin McCabe, Hans-Joachim Schlegel u. a. — Unveröffentlichte Texte von Sergej Eisenstein.

Abonnement (6 Nummern) 22,— DM: nur über den Alternative Verlag, 1 Berlin 15, Postfach 150 230. Einzelnummer 5,— DM, Doppelnummer 7,— DM: über jede Buchhandlung.

Autoritärer Staat oder gewöhnlicher Faschismus?

Dany Diner

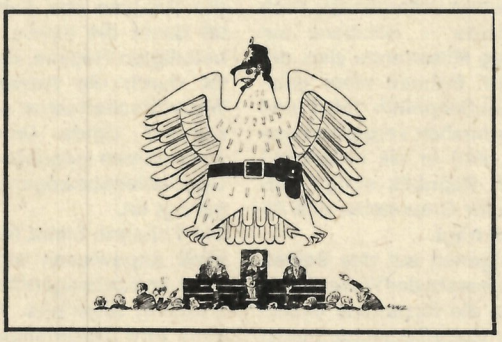
FORTSETZUNG VON SEITE 1

sung vertreten, daß wir einem neuen und/oder alten Faschismus entgegentaumeln. Nicht etwa, weil die Verhältnisse in diesem Land dem, was im Jargon des Bundespresseamtes als "Zerrbild des Auslandes" karikiert wird, der Realität so total entgegengesetzt wäre; was empirisch falsch, kann auf eine vertrackte Art historisch durchaus wahr werden. Nicht, weil im Vergleich zu Auschwitz – wahrlich – jedes Regime in historischer Absetzung sich als "besser" darzustellen vermag, sondern weil eine Hypnotisierung durch die zweifellos bedrohlichen, heute sich revitalisierenden Formen aus der faschistischen Vergangenheit, den Blick für die neuen Formen und Mittel nicht zu unterschätzender autoritärer Herrschaft verstellt, deren man sich hier wie im europäischen Maßstab erwehren muß. Der Vergleich mit der Vergangenheit nützt allerdings nur, wenn er den Blick für die Differenz der Gegenwart schärfen, ihre Muttermale verstehen und jenen Unterschied politisch für Widerstandsformen praktisch machen will, ohne der Geschichte den Charakter eines mit Naturnotwendigkeit wiederkehrenden zyklischen Prozesses zuzuordnen und so in alter Verkleidung sich eine wie auch immer aktiv sich gebende Maske politischer Passivität aufzusetzen. Der Grund, warum das Bewußtsein um Geschichte und Faschismus in Deutschland – von der Selbstverständlichkeit für linke Identität abgesehen – wach bleiben muß, findet sich in der gegenwärtig vollziehenden Rekonstruktion der ideologisch-historischen Rechtfertigung der sich in Vorbereitung befindlichen autoritären "neuen Ordnung".

Sicherlich, der autoritäre Staat, der vor unseren Augen inauguriert wird, macht sich am Abbau der ohnehin impotenten bürgerlichen Freiheiten, dem Ausbau des Polizei- und Gewaltapparates, der Herstellung von Gesetzen mit eindeutigem Maßnahmecharakter (Kontaktsperregesetz) und der psychischen und technokratischen Perfektionierung obrigkeitsstaatlicher Anpassung im Sinne einer im Selbstverständnis der Herrschenden konfliktfreien und harmoniebesessenen (Staats-)Gemeinschaft fest. Aber Perfektion und Technik staatlicher Gewalt reichen zur gesellschaftlichen Integration allein nicht aus. Diese "formierte Gesellschaft" bedarf auch Inhalte, einer ideologischen Substanz, einer Identität, deretwegen auch Opfer gerechtfertigt sein sollen, die im Rahmen einer höhnisch als "Schönwetterdemokratie" verunglimpften Verfassung für den einzelnen auf der Basis persönlicher Kosten-Nutzen-Überlegungen nicht mehr einleuchten könnten. Daß diese Identitätssuche dadurch begonnen hat, indem die bisher verschämt gehandelte deutsche Herrschaftsgeschichte wieder in aller Öffentlichkeit und auf breiter Basis salonfähig wird, ist von vielen als eine bloße, wenn auch nicht weniger gefährliche nostalgische Besinnung auf die Vergangenheit verkannt worden.

Sicher, neonazistische Umtriebe, das staatliche Tolerieren rechtsradikaler Organisationen und Verbände, die offene oder zumindest nicht mehr heimliche Hinwendung zu faschistischem "Gedankengut" tragen dazu bei, daß liberale und sozialdemokratische Organe auf eine in aller Öffentlichkeit sich vollziehende Renazifizierung hinweisen. Es fällt schwer, die dabei kundgetane antifaschistische Absicht dieser Stimmen zu relativieren. Nicht etwa, um in ultrapositivistischer und damit verfälschender Weise sie einer Verzerrung der Wirklichkeit zu zeihen, sondern den Blick darauf zu lenken, daß es sich hierbei um weniger und weil wirklich um viel mehr als nur um Nostalgie handelt: nämlich einen von neokonservativen Kräften eingeleiteten Rückzug aus der Geschichte in den autoritären Staat. Weil die liberale und sozialdemokratische veröffentlichte Meinung die tägliche Repression verschweigt, weil sie von ihr mitgetragen wird, betont sie verstärkt den im Windschatten dieser Entwicklung zunehmenden Rechtsradikalismus.

Der aufstrebende Neokonservativismus hingegen muß jegliche Verwandtschaft zum Faschismus leugnen. Im Gegenteil: um die Gegenwart erfolgreich in die deutsche Herrschaftsgeschichte real einzugliedern ("Tradition"), muß gerade der bie-



deren Reaktion der Versuch gelingen, die faschistischen Formen der gemeinsam getragenen historischen Hypothek, in die völkische, nationalistische und autoritäre Elemente eine zwölf Jahre währende ewige Einheit eingegangen waren, von letzteren zu trennen, um sie wieder herrschaftslegitim zu machen. Eine solche Entwicklung ist tatsächlich in vollem Gange.

Die Erfolge, die dabei errungen werden, sind nicht zu unterschätzen, obwohl der volle "Anschluß" der BRD an die ganze deutsche Herrschaftsgeschichte, die Neubewältigung der ohnehin halbherzigen "Vergangenheitsbewältigung", immer und immer wieder die alte Gemeinsamkeit mit dem Faschismus heraufbeschwört. Freilich, vor diesem Dilemma stand dieser Staat seit seiner Gründung; ein Dilemma, das in seine Sozial- und Herrschaftsstruktur einzementiert wurde: einerseits antikommunistisches Bollwerk zu sein, d.h. "Wiederaufbau" der alten Klassenstruktur, Aufpäppelung einer durch den antifaschistischen Krieg schwer lädierten Bourgeoisie; andererseits dem mit militärischer Gewalt erzwungenen Auftrag der siegreichen Anti-Hitler-Koalition zu genügen, endgültig von den faschistischen Formen bürgerlicher Herrschaft zu lassen, deren man sich des Klasseninteresses wegen doch bedient hatte. Dieser Widerspruch findet seine Versinnbildlichung in der ideologischen Geburtsurkunde dieser Republik, die in ihrer ganzen schwankenden Erbärmlichkeit nur die Anfälligkeit der Bourgeoisie dieses Landes für autoritäre Herrschaft zum Ausdruck bringt: der 20. Juli 1944.

Der Mythos des 20. Juli als doppelte Legitimation:

Tatsächlich verdichtet sich gegenwärtig der über drei Jahrzehnte empfundene Eindruck zur Gewißheit, daß bei den alljährlich begangenen Feierlichkeiten zum 20. Juli nicht etwa ernsthaft der Möglichkeit des Umsturzes positiv gedacht, sondern vielmehr der unbewußten Freude über seinen Mißerfolg Ausdruck verliehen wird. Im Mißerfolg steckt freilich eine doppelte Legitimation, die das ganze historische Dilemma dieses Staates aufdeckt: Einmal symbolisiert sich darin die Rechtfertigung der herrschenden Klasse, die nach 1945 endlich – mit fremder imperialistischer Hilfe – auch endgültig zur regierenden wurde, gegen den Faschismus, wenn auch in der Phase seines mit Sicherheit absehbaren Niederganges, aufbegehrt zu haben. Damit hatte eine im wesentlichen erhaltene Gesellschaftsstruktur einen Persilschein für einen kapitalistischen Postfaschismus erwerben können. Zum anderen hatte der fehlgeschlagene Versuch des Attentates auf Hitler, der nur das Ziel verfolgte, die "irrationalen Auswüchse" der faschistischen Kriegsführung zu beheben und den antikommunistischen Kreuzzug mit neuen Verbündeten fortzusetzen, die Bonner Republik um den Makel gebracht, Ergebnis der "Sünde des Umsturzes" einer moralisch wohl beseitigungswerten, politisch aber dennoch legitimen Autorität zu sein. Es lag im Sinne der historischen Kontinuität einer obrigkeitsverhafteten Bourgeoisie näher, die militärische Zertrümmerung hinzunehmen ("Niederlage"), als die obrigkeitlich verachtete Sünde des Umsturzes zum Geburtsmal der neuen Republik werden zu lassen, die dann zweifellos eine andere als die heute existierende gewesen wäre. So ist der Attentatsversuch auf Hitler als Maß der Distanzierung vom Faschismus gerade noch angemessen – ein Gelingen in Form eines tatsächlich bürgerlichen antifaschistischen Widerstandes jedoch der Legitimationsproblematik zukünftiger Herrschaft wegen nicht hinnehmbar. Planung und Durchführung der "Verschwörung" sprechen für sich. Dabei soll es genügen, darauf hinzuweisen, wie stark das wohl Unbewußte darauf hinwirkte, daß der Militär Stauffenberg den Sprengsatz so gelegt hatte, daß die Explosion vom schweren Eichentisch gedämpft wurde. Die Handlungsweise der Mörder von Luxemburg und Liebknecht kontrastiert in trauriger Eindeutigkeit. Von der Gründung der Bundesrepublik an war die deutsche Bourgeoisie angehalten, zumindest die ideologischen Tapeten zu wechseln. Finanzielle "Wiedergutmachung" für Naziverbrechen (nicht für diejenigen, die an Kommunisten begangen wurden) als kosmetisches Vehikel der Westintegration verhalfen ihr zur internationalen Salonfähigkeit. Der zionistische Staat Israel, die jüdischen Opfer des Faschismus für sich instrumentalisierend, legitimierte die postfaschistische Reputation des Adenauerregimes, tolerierte Globke u.a. und erstickte somit jegliche ausländische und inländische bürgerliche Kritik. Wie sollte es um das von oben – wenn auch nur widerwillig – verordnete Unrechtsbewußtsein des kleinen PG stehen, wenn die großen PGs die hohen Staats- und Wirtschaftsgeschäfte führten? Dieser Haltung analog verliefen die Kriegsverbrecherprozesse: Massenmörder wurden, wenn, wie Hühnerdiebe bestraft. Die Freude über Kapplers Flucht markiert nur die Wende von klammheimlicher, privater zur öffentlich sanktionierten Schadenfreude. Denn inzwischen war man wieder "wer" geworden; die ökonomische Macht verlangt ihr politisches Äquivalent. Dazu gehört nunmehr auch das verstärkt betriebene Verlangen, Herrschaftsgeschichte einzubringen, und zwar als Gegensatz zur überdrüssig empfundenen politischen Moral historischer Verantwortlichkeit, von der neben Antifaschisten, Sozialisten und Kommunisten übrigens auch diejenigen sich motivieren ließen, die später in der Praxis als RAF gegen die Moral des gemeinsamen Ausgangspunktes verstießen.

Die Bewältigung der "Vergangenheitsbewältigung"

Folgerichtig suchen die neuen Ungeister der Reaktion das Rinnsal von treibendem Antifaschismus als Sumpf trockenzulegen. So hat für den smarten, mit Fortune die Kanzlerschaft einer neuen politischen Ewigkeit anstrebenden Alfred Dregger "der Terrorismus ... seinen Nährboden in der geistigen Heimatlosigkeit ... der deutschen Jugend." Der "Mißbrauch" (!) eines als positiv begriffenen Geschichtsbewußtseins durch Hitler habe – so meint Dregger – sich fortgesetzt in einer "Vergangenheitsbewältigung, die mit der Pervertierung die Grundwerte selbst auslöschte und so die gesamte deutsche Geschichte unter Anklage" gestellt habe (FR, 24.10.77). Dregger zufolge gilt es also, die ohnehin halbherzig und widerstrebend erfolgten Bewältigungsversuche als Ursache des Terrorismus zu liquidieren. Wäre jedoch die Vergangenheit tatsächlich "bewältigt" worden, d.h. die materiellen und bewußtseinsmäßigen Bedingungen des Faschismus durch die Herstellung eines sozialistischen Deutschlands erreicht und die "Neuordnung nicht verpaßt" worden, dann wäre Dreggers Griff nach der Kanzlerschaft als schlecht utopische Masche in das Gruselkabinett übler Pädagogen verbannt worden.

Jetzt schicken sich die Bewältiger der halbherzigen Bewältigung an, die Kontinuität deutscher Herrschaftsgeschichte wieder ungehemmt zu installieren. Dazu gehörten insbesondere die vom Faschismus als ursupiert betrachteten "Werte", gehören Gehorsam, Unterordnung, Pflichterfüllung. Was bisher von Kritikern als integraler Bestandteil faschistischer Herrschaft betont worden war, darf wieder als legitimer Bestandteil "positiver Kontinuität" gefeiert werden. Die Terrorherrschaft des Faschismus, Krieg, Plünderung und Völkermord, die bisher unter dem technischen Kürzel des "Bruchs" oder als "Betriebsunfall" deutscher Geschichte geführt wurde, kann nunmehr mit einem wissenschaftlich-objektiv sich gerierenden Gestus vermeintlicher Unbefangenheit völlig in den klinischen Bereich individueller Pathologie verwiesen werden; denn auf Hitler gilt es für die modernen Reaktionäre zu verzichten, will man die in den Faschismus eingegangenen, aber unabhängig von ihm in der deutschen Sonderentwicklung angelegten autoritären Herrschaftsformen wiederbeleben. Und wie ein Hitler für die herrschende Geschichtsschreibung vom Himmel fiel, muß er auch für die beherrschte öffentliche Medienmeinung ein ausgesetztes Waisenkind bleiben. Dafür hat Herr Fest zur Sicherheit und der Aktualität wegen millionenfach gesorgt. Auf den aufstrebenden, der deutschen Geschichte eigentlich unwürdigen Karrieristen und "revolutionären" Ursupator bürgerlicher Herrschaft, der viel besser bei den hochbürgerlichen Herrschenden um Herrn Fest aufgehoben wäre, der die "positiven Grundwerte" (Dregger) mißbraucht und obendrein den herkunftsmäßig zur Kriegsführung berufenen Generälen "das Heft aus der Hand" nahm (so die Botschaft des Films), will der Neokonservativismus freilich verzichten.

Wie schwer aber die Aussonderung der als übertragbar erachteten imperialistischen und autoritären Formen der Vergangenheit ihrer zwölfjährigen Amalgamierung mit faschistischer Herrschaft und Raubkrieg ausfallen muß, haben die jüngsten, zur Normalität herabgeschmolzenen Skandale bewiesen. Wen mag es da z.B. noch wundern, wenn Herr Rudel, seiner hohen "Abschußquote" wegen im demokratischen Parlament belobigter Krieger, in einer Luftwaffenkaserne eine offiziöse Ehrung erfährt, wenn sozialdemokratisch abgesegnete Traditionsnamen Kaserne und Geschwader heiligen; wenn Bilder von als ausgezeichnet gerühmten Piloten wie Hermann Göring – selbstverständlich nur in seiner für das Luftwaffengeschwader "Richthofen" bedeutenden unbedeutenden Rolle als Flieger – die Kasernenwände zieren (man kann sich die Ahnentafel in einer Meldegängerkompanie lebhaft vorstellen); ja, wen mag es also verwundern, daß Herr Rudel seiner Abschüsse wegen zur Vergangenheitsneubewältigung geladen wird, wenn zuvor des Staates höchster Repräsentant – Bundespräsident Scheel – in seiner Person mit dem Oberstleutnant der "Nachtjäger" Scheel identisch beim Phantomgeschwader "Richthofen", an seine kämpferische Vergangenheit erinnert, seinen Gemütszustand mit ein "bißchen nostalgisch" umschreibt (FR, 17.5.75). Sollte das Maß der Nostalgie – was naheliegt – vom vergangenen Erfolg bisher verfemter Jahre bestimmt sein, dann war den traditionsbewußt abgerichteten Militärs die Einladung Rudels geradezu nahegelegt worden. Nach 1945 hatte der damalige SDS in seinen Statuten wohl wissend festgelegt, daß ehemalige Wehrmachtsoffiziere keine Mitglieder werden dürfen. Widerstand hingegen wurde geehrt. Heute haben sich die Verhältnisse verkehrt. Dies nicht ganz ohne Vorbereitung. Auch der SDS hat damals diese Klausel bald fallenlassen müssen. Der Antifaschismus mußte den neuen Realitäten angepaßt werden; er wurde hilflos.

Trotz der immer wieder sich neu herstellenden Peinlichkeiten, in als unangenehm empfundene, aber doch sehr naheliegende Bereiche der Vergangenheit abzugleiten, ist der neue Konservativismus streng darauf bedacht, indem er zu faschistischen Formen Abstand zu halten bestrebt ist, sich als ehrbar zu gerieren. Dabei muß er mit dem Widerspruch leben, die deutsche Herrschaftsgeschichte zwar als Ganzes in Anspruch zu nehmen, den "gewöhnlichen Faschismus" jedoch herauszufiltern. Das Bündnis, das Faschismus und konservative autoritäre Herrschaft in den zwölf Jahren der Nazidiktatur eingegangen waren, läßt sich jedoch nicht säuberlich trennen. Wer das eine will, muß das andere tolerieren.

Autoritärer Inhalt: "Dieser, unser Staat"

Vorläufig ist die veröffentlichte, ehrbar sich dünkende Rechte bemüht, die deutsche Vergangenheit über scheinbar ideologieentleerte, dafür aber um so herrschaftsbewußtere Formen "wiederein-zusetzen". FAZ-Fromme – ein ernst zu nehmender Schreiber, der bewiesen hat, daß seine Wünsche trotz gegnerischer Beschwörungen in Erfüllung gehen – spielt neuerdings den Staat gegen die ohnehin geschändete Verfassung aus. Anstatt die Grundfreiheiten der Verfassung gegen die staatliche Gewalt zu schützen, setzt der Staatsfreund und erklärte Verfassungsfeind F.K. Fromme in alter Tradition "den Staat" gegen die 1949 verfaßte Republik. "So gesehen, bietet die Gefährdung des Staates durch den Terrorismus eine Chance", jubilierte er in der Manier eines erfolgreichen agent provocateur und kittet bewältigend die (liberalen) Risse in der historischen Kontinuität: "Mehr als eine Generation nach dem Zusammenbruch, den der Staatsbegriff mit dem Kollaps eines verbrecherischen Regimes erlitten hat, wäre die Zeit der Wiederherstellung des Staates gekommen". (Fromme, FAZ, 2.11.77). Bisher also nur ein Interregnum, von dem der ultrakonservative Johannes Gross meint, man habe versucht "Politik zu treiben, doch keinen Feind zu haben". "Dieser Denkweise entsprach auch das Grundgesetz, eine Verfassung, die viel von Krise wußte und nichts von Krieg." (FAZ, 22.11.77). Damit scheint ja die schlappe Phase deutscher Geschichte – dem Staat sei Dank – ihr Ende zu haben. Das, was preußische Ordnung, Disziplin und Staatsvergötterung dem faschistischen Gewaltexzeß als eine wohlfunktionierende Organisationsmaschinerie zur Verfügung stellte, wird als neuer Bewältigungsinhalt angeboten (GSG-9-Häuptling Wegener berief sich nicht zufällig bei der militärisch zelebrierten Ordensvergabe in die Kamera hinein auf "Friedrich den Großen"). Fazit: War die die Verfassung entstellende Formel von der FdGO legitimatorisch noch auf eine Interpretation des Grundgesetzes gestützt worden, so gebietet die Berufung auf "den, unseren Staat" die bloße Unterwerfung unter die nicht mehr zu befragende Obrigkeit.

Die Rechtfertigung deutscher Herrschaftsgeschichte nimmt also den Weg über die politische Ge-

FORTSETZUNG SEITE 12

In der Ausgabe vom 24. Oktober 1977 bezeichnete der "Spiegel" Régis Debray als Terroristen-Freund. Debray reagierte darauf mit einem Leserbrief, den der "Spiegel" bislang (d.h. bis zum Redaktionsschluß dieser Ausgabe) nicht abdruckte; Debray veröffentlichte seinen richtigstellenden Brief daraufhin im "Nouvel Observateur". Wir bringen ihn hier in Übersetzung aus dem Pariser Magazin:

Unter der Rubrik "Paris, Zentrum des internationalen Terrorismus" ergänzt Ihr Magazin in der Ausgabe vom 24. Oktober 1977 die bereits in Ihrem Lande veröffentlichten schwarzen Listen um einige Namen und zwei Köpfe. Der "Terroristen-Führer Abu Daud" hat wohl schon ganz andere Sachen erlebt. Was den "Terroristen-Freund Régis Debray" betrifft, beruht Ihre Denunzierung leider auf erlogenen Tatsachen und auf einer Ansicht, die an Gefährlichkeit das vereinte Treiben von hundert Terroristen übertrifft. Es bleibt von alledem gleichwohl, daß mein mit der Bildunterschrift "Terroristen-Freund" versehenes Photo auf Ihre Millionen von Leser wie ein Steckbrief wirken muß, was mir einen Besuch der BRD beim derzeitigen Klima sehr erschweren dürfte.

1. Da ich weder zu Andreas Baader noch zu Gudrun Ensslin, noch zu irgendeinem anderen Mitglied ihrer Gruppe je Kontakt – weder direkt noch indirekt – gehabt habe, bin ich auch nie in der Lage gewesen, ihnen meine Wohnung in Paris zu überlassen, wie nach Ihrer Darstellung 1972 geschehen.

2. Ich bin tatsächlich der Freund jener Kämpfer wider den lateinamerikanischen Staatsterrorismus, welcher sich u.a. in der Geiselnahme und Hinrichtung von Zivilisten, der Erpressung von Familienangehörigen, der systematischen Folter, dem gesetzlichen Verbot von Volksverbänden, dem Verzicht auf nationale Unabhängigkeit zugunsten fremder Interessen äußert. Diese Freundschaft ehrt mich, und keine polizeiliche Provokation wird mich je zu ihrer Aufgabe veranlassen. Ich betone, daß unter denjenigen, die diesen Kampf für Gerechtigkeit und Menschenwürde führen, Gemeinsamkeit darüber herrscht, solche Mittel zu verwerfen, deren sich ihre Gegner bedienen.

3. Die Mixtur, die Sie da aus Freiheitskämpfern, Vorhut und Sprecher ihres Volkes und den Aktionen der deutschen RAF präparieren, liegt in der Linie einer politischen Tradition, von der man angenommen hatte, sie sei dahingesiecht. Wenn man beobachtet, wie die Bildzeitung Heinrich Böll und Günther Grass zu "intellektuellen Gefährten der Terroristen" verwandelt, kann man die Achseln zucken und sich denken, die Betroffenen hätten recht mit ihrem Schweigen, da es sowieso nicht lohne, Herrn Springer oder "Minute" (französisches Gegenstück von "Bild", Red.) zu erwidern. Wenn aber ein ernst zu nehmendes Blatt wie "Der Spiegel" seinen Lesern die Zehntausende aus politischen Gründen vor den lateinamerikanischen Diktaturen in Frankreich Asylsuchender heute als gefährliche Verdächtige hinstellt, so sind wir zu der Annahme berechtigt, daß morgen die gleiche Solidarität wird in Bewegung gebracht werden müssen für das, was dann in Deutschland von der demokratischen Linken übriggeblieben sein wird.

4. Als Beweis Ihres etwaigen guten Glaubens und für den Fall, daß im Spiegel noch ein Funken vom früheren Spiegel steckt, bitte ich Sie, meinen Brief an der gleichen Stelle in Ihrer nächsten Ausgabe abzudrucken. Es wird davon, wie Sie diese Bitte bescheiden, abhängen, ob ich ein gerichtliches Verfahren einleite, zu dem ansonsten kein angeborener Hang mich hinzieht.

RÉGIS DEBRAY

Krise der Universität

Joachim Hirsch — Zu den gegenwärtigen Bedingungen von Hochschulpolitik (Teil I)

Eine deutsche Universität: Vergangenheit! – und Zukunft? dpa

Wenn man versucht, sich in den derzeit etwas verwirrend erscheinenden politischen Verhältnissen an den Hochschulen zu orientieren, muß die objektive gesellschaftliche Funktion dieses Ausbildungsapparates, oder genauer: seine Bedeutung für die Reproduktion der kapitalistischen Klassenverhältnisse den Rahmen der Überlegungen bilden. Dieser Zusammenhang kann hier nicht im einzelnen ausgeführt werden. Nur soviel sei angedeutet: Reproduktion von Klassenverhältnissen heißt niemals nur Erzeugung und Erhaltung "objektiver" ökonomischer Strukturen, sondern auch der *Ideologien*, welche diese Klassenverhältnisse in den Köpfen der Individuen legitimieren. Keine Klassengesellschaft könnte auf lange Sicht bestehen, wenn es nicht gelänge, den Glauben an die Legitimität, d.h. Vernünftigkeit und Gerechtigkeit der herrschenden gesellschaftlichen Ordnung bis zu einem gewissen Grade auch in den Köpfen der Ausgebeuteten und Beherrschten zu verankern. Den Institutionen des Ausbildungssystems kommt bei der Reproduktion der Klassenverhältnisse in diesem Zusammenhang eine Doppelfunktion zu: sie dienen der "Qualifizierung" der Arbeitskraft nicht nur im Sinne einer Vermittlung arbeitsprozeßbezogener "technischer" Fertigkeiten, sondern produzieren dabei immer auch zugleich die ideologische Unterwerfung der Individuen und die Regeln der etablierten Ordnung. Mit anderen Worten: Wir müssen davon ausgehen, daß die Ausbildungsapparate zwar bestimmte technische und soziale Kenntnisse vermitteln, dies aber "in *Formen*, die die Unterwerfung unter die herrschende Ideologie sichern" (Althusser). Das Ausbildungssystem insgesamt weist eine innere Struktur, d.h. Regeln, Verfahren, Normen und festgeschriebene Praktiken auf, deren Aufgabe es ist, die von ihm bewirkte klassenspezifische Selektion, d.h. die Zuschreibung der Individuen auf bestimmte Klassenpositionen, im Bewußtsein der Betroffenen zu *legitimieren*.

Man kann dies noch schärfer fassen: viele Untersuchungen haben bestätigt, daß der wichtigste gesellschaftliche Zweck des Ausbildungssystems *nicht* in der Erzeugung und Auslese intellektueller Fertigkeiten und "technischen" Wissens besteht, sondern darin, die durch soziale Herkunft bereits weitgehend festgeschriebene Zuweisung der Individuen auf die verschiedenen Etagen der Klassenhierarchie zu bestätigen und zu legitimieren. Seine formelle Öffentlichkeit und Allgemeinzugänglichkeit in Verbindung mit seiner eigentümlichen inneren Struktur erzeugt die "Illusion der Chancengleichheit", die den Unterprivilegierten das Bewußtsein vermittelt, daß ihre gesellschaftliche Lage nicht das Ergebnis objektiver Klassenverhältnisse, sondern ihrem Mangel an Fähigkeiten und Kenntnissen geschuldet sei. Diese ideologische Fixierung auf soziale Statusverhältnisse erfolgt im wesentlichen durch nicht-kognitive Mechanismen, nicht zuletzt durch die Erzeugung des Bewußtseins, daß ökonomischer Erfolg von technischen und intellektuellen Fähigkeiten abhängt – eine Vorstellung, die durch einschlägige empirische Untersuchungen hinreichend widerlegt ist.

Damit ist aber ein Widerspruch bezeichnet, der für das bürgerliche Ausbildungssystem grundlegend ist: Zur ideologischen Legitimation der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse *muß* die "Illusion der Chancengleichheit" aufrechterhalten werden, und zugleich macht es die herrschende Klassenstruktur unmöglich, daß sie Wirklichkeit wird. Dieser Widerspruch wird dann brisant, wenn soziale Aufstiegs- und individuelle Selbstverwirklichungserwartungen, die das Ausbildungssystem erzeugen *muß*, durch die ökonomische Entwicklung massenhaft zerstört werden, wenn die in Form von Ausbildungsgraden zur Ware gewordene "Bildung" ihre Marktgängigkeit einbüßt. Es deutet einiges darauf hin, daß vor allem dieser Widerspruch die gegenwärtige Krise der Hochschulen, die damit entstehenden Konflikte und die darauf reagierenden repressiven Eingriffe des Staates bestimmt.

Ursachen und Folgen des Hochschulausbaus

Oberflächlich betrachtet sieht es so aus, als sei eine entscheidende Ursache für die gegenwärtige Krise der Hochschulen in der enormen quantitativen Ausdehnung des Hochschulbereichs seit Mitte der sechziger Jahre zu suchen. Von 1963 bis 1977 stieg die Zahl der Studierenden an wissenschaftlichen Hochschulen von 289.000 auf 705.000, hat sich also mehr als verdoppelt. Auf tausend Einwohner kamen 1963 6,1, 1977 14,3 Studenten insgesamt. Aber dies heißt nicht, daß die quantitative Ausdehnung des Hochschulsektors von sich aus krisenträchtig wäre. Viel eher signalisiert sie einen Prozeß der *Verlagerung gesellschaftlicher Widersprüche und Krisenerscheinungen in den Ausbildungsapparat*, der für die entwickelten kapitalistischen Gesellschaften insgesamt charakteristisch zu sein scheint.

Die Zunahme der Studentenzahlen hat eine Ursache in der Veränderung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und den Qualifikationsanforderungen, die aus den besonderen Kapitalakkumulations- und Reproduktionsbedingungen in den imperialistischen Metropolen resultiert: "Verwissenschaftlichung" der Produktion, Ausdehnung der Administrations- und Zirkulationsagenturen, eine starke Zunahme der Staatstätigkeit haben zu einem wachsenden Bedarf an akademisch gebildeten "white collar"-Arbeitskräften geführt. Die Universitäten wurden im Zuge dieser Entwicklung zu massenhaften Berufsausbildungseinrichtungen und verloren – sowohl was die soziale Zusammensetzung der Studentenschaft als auch was deren "Berufsperspektiven" angeht – allmählich ihren Charakter als Eliteausbildungsstätten. Sie sind nicht mehr fraglos die Bildungsanstalten der herrschenden Klassen und ihres unmittelbaren Dienstpersonals. Dies bedeutet, daß klassenspezifische Se-

---

FORTSETZUNG VON SEITE 11

genwart und soll ihr letztlich praktisch dienlich werden. Die Legitimatoren dieser Tendenz scheuen sich deshalb auch nicht, die ausländische Furcht vor einem aggressiven und imperialistischen Deutschland dadurch zu bestärken, indem sie in der Bewertung gegenwärtiger Ereignisse drohend mit der bisher im Verborgenen gehaltenen Vergangenheit kokettieren: So wurden die als "antideutsch" entstellten Proteste gegen den bedrohlichen Wandel in dieser Republik im Ausland mit der Begründung Hitlers, die zum "Einmarsch" in die Tschechoslowakei führte, verglichen: "Klingen diese Nachrichten nicht ganz ähnlich wie jene fabrizierten Nachrichten aus den Tagen der Sudetenkrise vor dem Zweiten Weltkrieg – mit dem Unterschied, daß sie Wort für Wort wahr sind." (FAZ, 24.10.77).

Diese Vergangenheitsrechtfertigung wird im Verbund mit den realen politischen Wandlungen der BRD jedoch fälschlicherweise bereits als faschistisch verkannt. Damit ist weder dem linken Widerstand hier noch der Linken im europäischen Ausland gedient. Denn wer die faschistische Hyäne als bereits auferstanden sieht, verliert den Blick für die Schlange des sanften und autoritären Imperialismus der BRD und damit die Sicht für die politischen Notwendigkeiten des Tages. Der Bruch der spanischen Souveränität durch Druck und ökonomische Erpressung seitens der Bundesregierung, deutsche Grenzschutzbeamte auf den dortigen Flughäfen als aktive Polizisten zu dulden, der stille und stetige Einfluß auf die französischen Behörden, die mit der Nacht-und-Nebel-Auslieferung Croissants von der bisherigen Asylpraxis abgingen und damit den Nachweis für den fortgeschrittenen Stand der auf europäischer Ebene erfolgten Ausdehnung hiesiger Herrschaftspraktiken erbrachten, sollte auch und insbesondere die ausländischen Genossen für solche Formen imperialistischer Intervention sensibilisieren. Sie ist nicht nur rechtsrheinisch – und auch das kann die Geschichte zeigen, ohne die Kollaboration der eigenen Bourgeoisie sind sie nicht durchsetzbar.

lektion nicht mehr durch die formale Abgrenzung der "höheren" Ausbildungsinstitutionen zu gewährleisten ist, sondern tendenziell entweder in diese hineinverlagert werden muß oder aber in ihrer bisherigen ideologischen Legitimation gefährdet wird.

Die Veränderung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, der Arbeitsprozesse und der technischen Qualifikationsanforderungen reicht jedoch auf keinen Fall aus, um diese Entwicklung zu erklären. Sie wird erst voll verständlich, wenn man die Bedeutung des Ausbildungssektors für die Herstellung von *Massenintegration*, d.h. als Vehikel politischer Herrschaftsstabilisierung in einer konkreten historischen Situation mitberücksichtigt. Die Ausdehnung des Ausbildungsbereichs, vor allem des Hochschulsektors, stellte in der BRD einen wesentlichen Bestandteil der "reformpolitischen" Massenintegrationsstrategie dar, die sich mit dem Eintritt der SPD in die Bundesregierung verstärkt durchgesetzt hatte. Veränderte Klassenstrukturen und eine stärkere Krisenhaftigkeit des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses nach dem Abschluß der Nachkriegs-Rekonstruktionsperiode erzwangen modifizierte Formen politischer Herrschaftssicherung. Die sozialdemokratische bzw. sozialliberale "Reformpolitik" mit ihren Versprechungen von "mehr Lebensqualität", insbesondere aber auch von individuellem Aufstieg, erhielt einen wesentlichen Stellenwert bei der Neutralisierung objektiv brisanter werdender Widersprüche und Klassenkonflikte.

Insbesondere in bezug auf die politische Loyalität bestimmter Lohnabhängigenschichten, teilweise der Facharbeiter, stärker noch der Angehörigen der sogenannten "neuen Mittelklassen" (vor allem der wachsenden Zahl von Angestellten) dürften die mit der Ausdehnung der höheren Ausbildung scheinbar vergrößerten Chancen für individuellen Aufstieg durch Qualifikationserwerb eine wesentliche Rolle gespielt haben. Die enorme qualitative Ausdehnung des Hochschulsektors ab Mitte der sechziger Jahre muß jedenfalls *auch* und wesentlich als Versuch einer politisch-ideologischen Systemstabilisierung gewertet werden, der durch die aufkommenden sozialen Bewegungen (Studenten-, Schüler- und Lehrlingsbewegung, massiv vorgetragene Forderungen auf Realisierung des "Bürgerrechts auf Bildung") unterstützt und vorangetrieben wurde.

Freilich läßt sich durch derartige Strategien der Widerspruch zwischen ideologischer Legitimation und ökonomisch-gesellschaftlicher Realität der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft nur beschränkt und vorübergehend manipulieren. Die Ausdehnung des Ausbildungssektors erzeugt notwendig neue Krisenerscheinungsebenen: Es äußert sich nun nämlich als Krise der Ausbildungsinstitutionen, was in Wahrheit der staatsadministrativ verschobene Effekt ökonomischer Krisenprozesse und Klassengegensätze ist.

Veränderungen der universitären Sozialstruktur

Zunächst muß berücksichtigt werden, daß die Ausdehnung des Hochschulsektors keineswegs nur quantitative Dimensionen hat, sondern mit einer tiefgreifenden Veränderung der sozialen Struktur der Studentenschaft verbunden ist. Im Wintersemester 1928/29 waren 2,1% der Studenten Kinder von Arbeitern, 12,2% Kinder von Angestellten, 47,1% von Beamten und 38,9% von Selbständigen. 1959/60 lauteten die entsprechenden Zahlen 6,9%, 31,9%, 30,4% und 30,8%. Bei den Studienanfängern des Wintersemesters 1971/72 war der Anteil der Arbeiter- bzw. Angestelltenkinder auf 12,8% bzw. 35,2% angestiegen, der der Beamten- und Selbständigenkinder auf 24,3% bzw. 26,7% zurückgegangen. Bedeutsam ist auch, daß der Anteil der Frauen von 1960 bis 1977 von 22% auf 34% angestiegen ist.

Obwohl diese Zahlen sicherlich nur eine sehr grobe Orientierung über die tatsächliche soziale Herkunft der Studenten geben können, deuten sie jedenfalls darauf hin, daß der quantitative Ausbau des Hochschulbereichs von erheblichen sozialstrukturellen Veränderungen begleitet war. Eine Konsequenz dieser Entwicklung mußte sein, daß zwischen Regeln, Sprache und Verkehrsformen der traditionellen Institutionen (ihrer "pädagogischen Botschaft") und den von einem veränderten Sozialisationshintergrund geprägten Mentalitäten und Verhaltensweisen ihrer Mitglieder eine immer fühlbarere Lücke klafft. Die Rituale, Verkehrs- und Sprachformen des traditionellen "Elfenbeinturms" mußten für wachsende Teile der Studenten unbegreiflich und fremd bleiben.

Die gewandelte Klassenzusammensetzung der Studentenschaft und die damit verbundenen Veränderungen ihrer Einstellungen, Fähigkeiten und Erwartungen sind wahrscheinlich eine wichtige Ursache für die vielfältigen "pädagogischen" Probleme, vor die sich die Universitäten in den letzten Jahren gestellt sahen (Motivationskrisen, "Leistungsschwierigkeiten", drop outs, Vermittlungsprobleme) und die mit einer Verstärkung hochschuldidaktischer Anstrengungen von vornherein nur unzureichend angegangen werden können, solange die Institution in ihren Grundstrukturen unverändert bleibt.

Schwerwiegender dürfte allerdings sein, daß der massenhaft gewordene Zustrom zur universitären Ausbildung in kurzer Zeit die Illusion des sozialen Aufstiegs ebenso massenhaft zerstören mußte, weil der Versuch einer breiteren Realisierung des "Bürgerrechts auf Bildung" sich immer noch an den bestehenden Klassen-, Herrschafts- und Arbeitsteilungsverhältnissen bricht. Die Folge davon ist eine Art Inflationierung der akademischen Zertifikate, d.h. eine zunehmende Entwertung der Abschlüsse auf dem Arbeitsmarkt und das Entstehen eines offenen oder verdeckten "akademi-

LAB

STUDIEN ZU · IMPERIALISMUS · ABHÄNGIGKEIT · BEFREIUNG

Herausgeber: Werner Biermann - Andreas Buro - Andre Gunder Frank - Brigitte Heinrich - Arno Klönne - Reinhart Kößler - Schapour Ravasani - Christian Sigrist - Du-Yul Song - SOAK-Verlag.

Ziel der Zeitschrift ist es, über aktuelle Entwicklungen des **Imperialismus** zu informieren. Innerhalb der undogmatischen Linken widmen nur wenige Periodika diesem Problemkreis genügend Aufmerksamkeit; die in anderen Zeitungen und Zeitschriften gepflegte Darstellung ist meist geprägt von der jeweiligen parteipolitischen Festlegung und damit auf eine wie immer verstandene Marx-Orthodoxie eingeschworen. Neben der Analyse der Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Metropole und Peripherie wird sich die Zeitschrift vor allem auf die Untersuchung auch der Strategie der Multis konzentrieren, welche heute schon mehr als Staatsgebilde Form und Auswirkungen der imperialistischen Einwirkungen auf die Peripherie bestimmen. Darüberhinaus sollen die unterschiedlichen Konzeptionen und Wege aus dieser **Abhängigkeit** erörtert werden (Autozentrierter Kapitalismus, Neudemokratische Ordnung, **Befreiungs**- und Widerstandskampf), wobei bevorzugt Arbeiten publiziert werden, die aus dem Kontext des Befreiungskampfes selbst hervorgegangen sind.

Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Bisher sind erschienen:

Nr. 1 Editorial — A.G. Frank: Weltkrise und Unterentwicklung — Biermann/Kößler: Imperialismusanalyse auf Basis einer Akkumulationstheorie

Nr. 2 Sr. Aquinia Weinrich: Strategische Umsiedlung in Rhodesien (Zimbabwe) - Das Konzept der „Wehrdörfer" und seine Folgen — W. Biermann: Ausländische Kapitalformationen in Rhodesien (Zimbabwe) — Du-Yul Song: Dualismuskonzeptionen in Asien — Bibliographie: Zeitschriften und Periodika zum Thema Rhodesien (Zimbabwe) — Vorschau auf Nr.3

Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich im SOAK-Verlag und kostet im Abonnement für vier Ausgaben 20,-DM incl. Versandkosten. Sondernummern sind im Abonnement einbegriffen. Der Preis für ein Einzelexemplar beträgt 5,-DM + 1,- Versandkosten. Auslieferung erfolgt erst nach Eingang des Abobetrages auf das PSchKto Han 394 95 - 300.

Probeexemplare anfordern

SOAK Verlag 3000 Hannover 1 Am Taubenfelde 30 Tel. 0511 / 1 76 18

az die andere zeitung

MEINUNG KOMMT NICHT VON MANIPULATION - ODER? ODER - IST MEINUNG EIN PRIVATPROBLEM? Bei "NORMALEN" Zeitungen ist die Lesermeinung ein "PLATZPROBLEM".Die az - DIE ANDERE ZEITUNG HAT MONATLICH 44 SEITEN PLATZ FÜR LESER! Die az,wir,sind überzeugt - es geht anders.In der az vertreten diejenigen ihre Interessen,die fast nirgends publizistisch zu Wort kommen dürfen. Die az - der nahezu schon 2 jährige Versuch der Gegenöffentlichkeit von a - z!Sie bringt das,was andere nicht schreiben dürfen - oder wollen.Aus der Sicht von Unten.Mit der Zeitung wehren wir uns gegen Unterdrückung durch den Staatsappart und die Selbstunterdrückung.Zeigen reale Alternativen auf.Zusätzlich 4 Wochen regionale Veranstaltungen,Kleinanzeigen,Tips.

DAS ALLES FÜR DM ZWEI(2)PRO AUSGABE

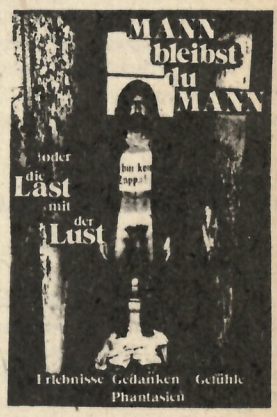
MAGAZIN MIT LESERN FÜR LESER

****

DAS BUCH AUS DER ZEITUNG

FRAUEN UND MÄNNER DISKUTIEREN LEIDENSCHAFTLICH UND KONTROVERS! "Du Mann,bist gezwungen,dich auf dich selbst zu konzentrieren und merkst dabei,wie kaputt du bist.Du hast nie gelernt,Gefühle zur Natur, zu tiefen,eigenen Empfindungen auszuleben.Du hast dich nie ganz sensibel und lieb mit dir beschäftigt und andere Männer bedeuten stets Konkurrenz,Stärke,Bedrohung für dich.Das zu lernen,das alles aufzuholen ist fast unmöglich,und der einzige Weg,die sture,agressive Konzentration auf Frauen abzubauen und dich mit einem Mann zu befassen,der da vor dir steht.Nur so kannst du auch sexuell frei - ohne Macht - oder Unterlegenheitsgefühle lieben,die Frau als Mensch mit eigenen Bedürfnissen,Gefühlen,u. Ansprüchen - ebenso den Mann mit seinen Gefühlen u.Bedürfnissen nach Nähe und Liebe."

144 SEITEN DM 10.-



az - die andere Zeitung
Alexanderstraße 49
6 Frankfurt/90
0611/789 166 9

schen Proletariats". Die massenhafte Zerstörung von Aufstiegsillusionen tangiert aber notwendig die Glaubwürdigkeit der Institution selbst. Die hergebrachten Riten, Autoritätsverhältnisse und Arbeitsweisen der Hochschulen konnten von den ihnen Unterworfenen wohl solange akzeptiert und ertragen werden, als das erfolgreiche Durchlaufen der Ausbildung – unabhängig von ihrem tatsächlichen Gebrauchswert – mit einiger Sicherheit beruflichen und gesellschaftlichen Erfolg versprach. Einiges spricht dafür, daß es lange Zeit vor allem dieser Zusammenhang war, der eine relativ hohe, stabile und unhinterfragte Identifizierung mit diesem Apparat ermöglicht hatte. Seitdem die Universität mit ihren Zertifikaten diesen Erfolg in weiten Bereichen nicht mehr zu garantieren vermag, steht sie in ihren Grundstrukturen zur Debatte: notwendigerweise müssen ihre traditionellen Prinzipien und Normen – Leistungsprinzip, Individualismus, Konkurrenz, die gesamten Inhalte bis hin zum Wissenschaftsbegriff selbst – in Frage stehen – und dies ganz zu Recht.

Der gesellschaftliche Konflikt, der hier als Krise der Institution erscheint, muß deren Grenzen allerdings über kurz oder lang überschreiten. Die Inflationierung der Zertifikate durch Ausdehnung der Studentenzahlen bedeutet, daß die traditionelle Form der klassenmäßigen Selektion durch das Bildungssystem an diesem Punkt gefährdet ist. Da aber die Klassenverhältnisse nach wie vor bestehen und diese sich in einer tendenziellen "Proletarisierung" der akademisch Ausgebildeten niederschlagen, geraten *sowohl* die Funktion der Universitäten im Prozeß der Reproduktion von Klassenverhältnissen als auch die damit verbundenen ideologischen Legitimierungen ins Wanken. Die massenintegrative Wirkung sozialer Mobilitätsversprechungen qua höherer Bildung zerschellt an ihrer eigenen Widersprüchlichkeit, und zwar gerade dann, wenn ein immer noch vorhandenes individuelles Aufstiegsbewußtsein der Betroffenen den Selektionscharakter selbst gar nicht in Frage stellt. Die Universität gerät also zunächst nicht deshalb in die Krise, *weil* sie ein Apparat klassenmäßiger Selektion ist, sondern weil sie in dieser Funktion die an sie gerichteten individuellen Aufstiegserwartungen nunmehr massenhaft *enttäuscht*. Trotz dieser Eigentümlichkeit ist dies aber ein Prozeß, der immerhin die Möglichkeit weitergehender, das bestehende Arbeitsteilungs- und Klassenreproduktionssystem selber in Frage stellender Politisierungsprozesse beinhaltet. Dadurch, daß für einen immer größeren Teil der Bevölkerung Jugend- und Ausbildungszeit zusammenfallen, Hochschulen immer mehr den Charakter von Aufbewahrungsanstalten für potentiell Arbeitslose erhalten und den Betroffenen zugemutet wird, sich auf unbestimmte Zeit mit niedrigen materiellen Ansprüchen zu begnügen und berufliche Erfolgs- und Sicherheitsbedürfnisse in eine ungewisse Zukunft zu verschieben, daß tendenziell eine ganze Altersgruppe zum unproduktiven Teil der Bevölkerung geschlagen wird, muß die herrschende Form der Arbeitsteilung und die Warenförmigkeit von "Bildung" überhaupt problematisch werden lassen. Hier zeichnet sich eine ideologische Krise der bestehenden Gesellschaft ab, deren mögliche Dimensionen wohl erst im Ansatz erkennbar sind.

Das Dilemma staatlicher Hochschulpolitik

Für die herrschende Klasse bieten sich im Prinzip zwei Auswegmöglichkeiten aus dieser Krise an, die aber gleichermaßen problematisch sind: Entweder wird die Selektionswirkung des Ausbildungssystems durch administrative Zugangssperren oder Errichtung materieller Barrieren wiederhergestellt, was politisch – besonders hinsichtlich der Loyalität der Mittelklasse – gefährlich wäre, oder es wird versucht, die Fiktion sozialer Aufstiegschanchen für alle aufrechtzuerhalten und damit auch den freien Zugang zum Hochschulstudium zu garantieren, was allerdings den bereits eingetretenen Prozeß der Entwertung der Abschlüsse weiter vorantreiben würde. Beide Wege

unterscheiden sich nur darin, daß sie die zugrundeliegenden Widersprüche auf unterschiedliche Weise zum Ausbruch kommen lassen. Faktisch ist die staatliche Politik gegenüber dem Ausbildungssektor durch ein ständiges Lavieren zwischen diesen beiden Möglichkeiten gekennzeichnet: durch den Versuch, den explosiver werdenden Widersprüchen durch Kontrollmechanismen zu begegnen, die eine Mischung von administrativer Repression und hilflosen Versuchen zu einer "Reform" der Selektionsstrukturen darstellen.

Das Bemühen der derzeitigen Hochschulpolitik, die Funktionalität der Universität für die Stabilisierung der bestehenden Verhältnisse wieder herzustellen, muß allerdings schon daran scheitern, daß der Staat die ökonomisch-gesellschaftlichen Krisen*ursachen* keineswegs unter seiner Kontrolle hat. Bei den staatlichen Maßnahmen geht es deshalb darum, dem politisch brisanten Problem offener Zugangssperren einerseits und wachsender Proletarisierung der akademisch Ausgebildeten durch geeignete administrative Restrukturierungsmaßnahmen zu begegnen. Der Inhalt dieser Maßnahmen wird wesentlich durch die (sie krisenbedingt vergrößernde) Knappheit staatlicher Finanzmittel bestimmt. Sie zielen darauf, mittels einer "Studienreform" genannten Reorganisation der inneren Universitätsstruktur die "Illusion der Chancengleichheit" weiterhin zu gewährleisten oder aber, da dies immer weniger gelingt, die Folgen wachsender Desillusionierungen repressiv abzufangen. Die anfänglichen Versuche, die Legitimität klassenspezifischer Selektion durch eine qualitative Innendifferenzierung, d.h. eine stärkere Abstufung der Ausbildungsgänge ("berufsspezifisch", d.h. klassenmäßig differenzierte Kurz-, Mittel- und Langzeitstudiengänge usw.) und ein auf diese Weise hergestelltes komplexeres System des Abfangens und Abfilterns von Ansprüchen und Erwartungen aufzufangen, sind ebenso gescheitert wie die Bemühungen, der durch die veränderte Klassenzusammensetzung der Studenten und die veränderte gesellschaftliche Stellung der Universität hervorgerufenen "pädagogischen Krise" durch inhaltliche und hochschuldidaktische Reformen zu begegnen.

Die Unfähigkeit, die größer werdenden Probleme der Hochschulen durch qualitative Veränderungen der Ausbildung zu lösen, führte in der Folgezeit zu einem immer stärkeren Einsatz rein qualitativer Restrukturierungsmaßnahmen und zu offen gewaltsamer Repression. Die mit der ökonomischen Krise nach 1973 zunehmende Knappheit an nicht für Kapitalsanierung reservierten staatlichen Finanzmitteln hat diesen Prozeß sehr begünstigt, ohne daß freilich angenommen werden darf, daß die "Krise der Staatsfinanzen" die letzte Ursache der repressiven und restriktiven staatlichen Bildungspolitik sei. Eher dürfte es so sein, daß die Unmöglichkeit, die Krise des Hochschulsektors durch qualitative Reformen herrschaftskonform zu lösen, diesen Bereich zum Objekt von Sparmaßnahmen werden ließ, im Sinne der nunmehr dominierenden Strategie der repressiven Ausgrenzung gesellschaftlicher Konfliktzonen. Die Brisanz dieses Konfliktbereichs wird indessen umso größer, je mehr sich verschlechternde ökonomische Reproduktionsbedingungen und Massenarbeitslosigkeit die durch das Ausbildungssystem produzierten Aufstiegserwartungen zunichte machen und damit die "ideologische Krise" der Institution vergrößern. Die staatliche Politik gegenüber den Hochschulen wird, gemessen an früheren, selbst "technokratischen" Reformkonzepten, immer stärker durch eine inhaltlich konzeptionslose und zugleich repressive Strategie gekennzeichnet: auf der einen Seite verstärkte "Ökonomisierung" mittels Numerus Clausus, Kapazitätsverordnungen, Regelstudienzeit, Minimierung der materiellen Ausstattung, d.h. eingeschränkte Aufrechterhaltung des Massenzugangs bei gleichzeitiger Kostensenkung unter Verzicht auf inhaltliche Reformen des Studien- und Wissenschaftsbetriebs, auf der anderen Seite repressive Eingriffe zur Unterbindung von gerade dadurch provozierter Kritik und von Widerstand: Verschärfung der Prüfungs- und Leistungsanforderungen, Restaurierung bürokratischer Hierarchien, systematische Vereinzelung, zunehmende inhaltliche Kontrolle von Forschung und Lehre (Studien"reform"kommissionen), Ordnungsrecht, Berufsverbote.

Man kann davon ausgehen, daß auch eine immer konsequenter verfolgte Strategie der repressiven Reglementierung und Kontrolle des Hochschulsektors die Krise der Hochschulen wird nicht entschärfen können. Die in der Logik dieser Strategie liegende Inkaufnahme wachsender ideologischer Krisen und Legitimationsdefizite *innerhalb* des Hochschulsektors bei gleichzeitigen Versuchen, deren politische Auswirkungen durch administrative Eingriffe auf verschiedenen Ebenen – von Prüfungsanforderungen bis hin zu Berufsverboten – einzugrenzen und zu unterdrücken, stellt jedenfalls einen recht unsicheren Balanceakt dar, der nicht unbedingt langfristige Stabilisierung verheißt. Welche politischen Prozesse innerhalb der Universität als Reaktion auf diese Entwicklungen zu erwarten und möglich sind, läßt sich allerdings aufgrund einer Analyse objektiver Widersprüche und staatlicher Eingriffsstrategien allein nicht bestimmen. Dies hängt vielmehr auch ab von den recht komplexen subjektiven Bedingungen von Politisierung, politischem Handeln und Organisation. Um diese Bedingungen näher bestimmen zu können, bedarf es einer genaueren Betrachtung des "sozialen Milieus" der Hochschule und seiner Veränderungen.

Der zweite Teil des Artikels erscheint in der nächsten Ausgabe der "links".

links

"links" 1977 gebunden!

Der Jahrgang 1977 von "links" (Nummern 84 - 94) liegt bereits gebunden vor. Die gebundene Jahresausgabe kostet DM 30.--; dies sind die Selbstkosten, also Herstellungskosten der Zeitungen, Bindekosten (stabiler Karton mit Leinenrücken) und Versandkosten. Erhältlich sind zur Zeit außerdem noch folgende gebundenen Jahresausgaben: Jahrgang 1974 (enthält die Nummern 51 - 61), Preis DM 25.--; Jahrgang 1975 (enthält die Nummern 62 - 72), Preis DM 30,--; Jahrgang 1976 (enthält die Nummern 73 - 83), Preis DM 30.--. Die Lieferung gebundener "links"-Jahrgänge erfolgt ausschließlich über unseren Verlag 2000 (also kein Buchhandelsvertrieb) gegen Vorauszahlung des Preises (Verrechnungsscheck beifügen oder Bestellung gegen Vorausrechnung). Bestelladresse: Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.

Sozialismus in keinem Land

Detlev Claussen — Zur Alternative von Rudolf Bahro

Der Kommunismus von Marx enthält tatsächlich utopische Elemente. Marx hat prinzipiell und unentwegt die Reife und Voraussetzungen für den Kommunismus überschätzt und unvermeidliche Zwischenstufen übersehen ... Damit ist nur gesagt, daß es nicht mehr ausreicht, im traditionellen Sinne "Marxist" zu sein.

Rudolf Bahro, Die Alternative, Seite 35.

Die Krise des traditionellen Marxismus

Die kritische Analyse der Sowjetgesellschaft darf sich nicht in Systemkritik erschöpfen. Auch das Produktivmachen analytischer Kategorien wie der Asiatischen Produktionsweise, die vor allem Rudi Dutschke wieder in die Debatte eingeführt hat, allein genügt nicht. Dany Diner hat in seinem Beitrag "Geschichtsbewußtsein und Sowjetkritik" ("links", September 1977) schon die mangelnde historisch-politische Qualität der bisherigen Debatte kritisiert. Pointierter kann man behaupten, daß die westliche linke Sowjetkritik selbst noch von den Muttermalen des Traditionalismus gekennzeichnet ist, den sie als System in der Sowjetunion kritisiert. Die Kritik der osteuropäischen Gesellschaften muß deshalb zugleich als Selbstkritik der westlichen Geschichte der sozialistischen und Arbeiterbewegung begriffen werden.

Die Kritik am traditionellen Kommunismus im Westen wie im Osten ist durch starke soziale Bewegungen der 60er Jahre dokumentiert: antifaschistischer Kampf in Spanien, Mai '68 in Frankreich, heißer Herbst in Italien, Protestbewegung in der BRD, Intellektuellenbewegung in Polen, Prager Frühling 1968. In die Debatte über den "real existierenden Sozialismus" scheint diese historisch-politische Erfahrung nicht recht eingedrungen zu sein. Die veränderte geschichtliche Realität hat auch Krisenerscheinungen auf der theoretischen Ebene zur Folge: das Jahr 1968 war eben nicht nur Krise des traditionellen Kommunismus, sondern auch Krise des traditionellen Marxismus als Theorie.

Durch die Entwicklung der letzten 10 Jahre ist diese Kritik eher verschärft worden: die wichtigsten westeuropäischen kommunistischen Parteien mußten die schon lange intern existierende Kritik an der Sowjetunion nach außen wenden, wenn ihr traditionalistischer Internationalismus sie nicht zu Massensekten machen sollte. Was die Aufnahme der Erfahrungen der Protestbewegungen anbetrifft, die auch die interne Verfassung des traditionellen Kommunismus in Ost und West in Frage stellt, ist dieses Problem noch keineswegs erledigt. In den großen Arbeiterkämpfen Polens sind die Verhältnisse von Führer und Massen (vgl. die Diskussionen des polnischen Parteichefs Gierek mit den Arbeitern der "Adolf-Warski-Werft" in Stettin) praktisch problematisiert worden; die Krise des demokratischen Zentralismus als Organisationsmodell der Kommunistischen Partei Spaniens, Frankreichs und Italiens ist derzeit ein offenes Geheimnis.

Auf diesem Hintergrund wird erst die ganze Tragweite von Bahros Versuch einer Kritik des real existierenden Sozialismus deutlich, die keineswegs auf die DDR oder den Sowjetblock beschränkt ist. Bei der Lektüre muß immer wieder berücksichtigt werden, daß "Die Alternative" in einer Gesellschaft geschrieben worden ist, die eine geäußerte Gesellschaftskritik weit weniger mit "repressiver Toleranz" (Marcuse) behandelt als der Spätkapitalismus. Der fruchtbare Ansatz von Bahros Kritik des real existierenden Sozialismus ist vor allem das theoretische Ernstnehmen dieser Herrschaftsfloskel: der "real existierende Sozialismus" wird von Bahro als eine *eigenständige Gesellschaftsformation* begriffen, also als eine, die *weder kapitalistisch noch sozialistisch* ist. Es ist einfach sinnlos, buchstabengelehrt auf Marx zu pochen gegenüber der historischen Tatsache, daß die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und die allgemeine Emanzipation der Individuen um eine ganze historische Epoche auseinanderfallen.

Für den "Klassenkampf in der Tagesgeschichte" (Marx) bedeutet diese theoretische Einsicht das notwendige Zerbrechen der Identifikation sozialer Emanzipationsbewegungen in den kapitalistischen Ländern mit der Sowjetunion. Das Auftreten von Carillo und Berlinguer in Ost-Berlin hatte eine konkret politische Bedeutung. In seinem Gedächtnisprotokoll notierte der kommunistische Kritiker der DDR, Jürgen Fuchs, aus der Haft beim DDR-Ministerium für Staatssicherheit die Frage des Vernehmers: "Sie sind also der Meinung, daß die SED von den eurokommunistischen Parteien lernen sollte?" Seine Antwort: "Ja. Eine Diskussion, ein Meinungsstreit und die Änderung der Politik, die gegenwärtig gemacht wird, halte ich für dringend

„Weltkonzil" kommunistischer Parteien in Moskau 1969

erforderlich. Ich habe mich gewundert, daß wir am 4. März das "Neue Deutschland" lesen durften. In der Madrider Erklärung der kommunistischen Parteien Spaniens, Italiens und Frankreichs ist nachzulesen, wie sich diese Genossen die neue Gesellschaft vorstellen. Sie fordern Pluralität der politischen und gesellschaftlichen Kräfte, die Gedanken- und Redefreiheit ..."

Der Kampf für republikanische Freiheiten

Im schlechtesten Sinne ideologisch und abstrakt ist es, wenn die westliche Linke den Kampf für republikanische Freiheiten als bürgerlichen Rückfall verurteilt, sondern dieser Kampf ist *lebensnotwendig*. Die Notwendigkeit dieses Kampfes in Osteuropa einzusehen, bedeutet für die westliche Linke zugleich einen Lernprozeß über ihre eigene Realität. Die theoretisch leer gewordene Formel von der Diktatur des Proletariats bedeutet für die Massen besonders in unserem Land, das in einen spätkapitalistischen und einen "realsozialistischen" Teil gespalten ist, die konkrete Erfahrung der *politischen Enteignung*. Der Witz "Der Kapitalismus ist die Herrschaft des Menschen über den Menschen, im Sozialismus ist es umgekehrt", bei dem Brandt und Breschnew sich die Seele aus dem Leib lachten, ist leider nur die halbe Wahrheit. Da der real existierende Sozialismus ein neues Herrschaftssystem ist, bringt er "den Massen *zu wenig wirklichen Fortschritt zur Freiheit*. Er bringt ihnen *vornehmlich eine andere Abhängigkeit als die vom Kapital* ... Und sofern noch positive Errungenschaften der voraufgegangenen Epoche (d.h. die republikanischen Freiheiten, D.C.) dabei verlorengehen, ist diese andere Abhängigkeit eben in *mancher Hinsicht drückender als die alte*." (Bahro, Eine Dokumentation, S. 11).

Es genügt jedoch nicht, bei der Kritik der politischen Rechtlosigkeit in den Ländern des real existierenden Sozialismus stehen zu bleiben. Die Auseinandersetzungen um das "Komitee zur Verteidigung der Rechte der Arbeiter" in Polen und die Charta-77-Bewegung in der CSSR zeigen, daß im Verlauf der Kämpfe für republikanische Freiheiten diese sich selbst zunehmend *sozial konkretisieren*. Für das Begreifen dieses Vorgangs hat Bahro das theoretische Fundament geliefert. Bahros Rückbesinnung auf Marx und Lenin, die auf den ersten 100 Seiten als ein Zitatenschatzkästlein erscheinen, bereitet in Wirklichkeit eine Kritik des traditionellen Marxismus vor, die an den kritischen und revolutionären Gehalt der Marxschen Theorie wiederanknüpft. Dabei muß Marx selbst wieder entzerrt werden. Die massenhafte Ablehnung des Marxismus-Leninismus in den Ländern Osteuropas bedeutet Widerstand gegen eine Theorie, die zum *Herrschaftsinstrument* geworden ist; aber Bahros Kritik der Gesellschaftsformation des real existierenden Sozialismus eröffnet zumindest theoretisch die Möglichkeit, historisch-kritisch die Kategorien des historischen Materialismus aus dem Gefängnis einer Legitimationstheorie zu befreien.

Zur Rolle des Gesamtarbeiters

Unter den gesellschaftlichen Bedingungen des real existierenden Sozialismus hat der Begriff des Proletariats seinen konkreten Sinn verloren. Zur Begründung seiner Klassenidentität bedarf das Proletariat eines kämpfenden Gegenüber: eben der Bourgeoisie. Die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln bringt es aber nicht mit sich, daß die bürgerliche Klasse verschwindet, sondern auch das traditionelle Proletariat verliert seine Identität. Die Formel "Kapitalismus ohne Kapitalisten" ist nur eine Metapher, die auf den offensichtlichen Tatbestand der Fortexistenz der entfremdeten Arbeit verweist.

Aber neue Gesellschaftsformationen lassen sich nicht in Kategorien der Vergangenheit begreifen. Selbst im kapitalistischen Westen haben wir in den sechziger Jahren begriffen, daß eine einfache Rückkehr zu Marx nur zu einer Beschreibung einer veränderten Wirklichkeit in alt und damit abstrakt gewordenen Begriffen verhilft, die dem Buchstabengelehrtentum, dem Fetischismus der 40 blauen Bände und dem Sektierertum Vorschub leistet. Nicht nur in der BRD wandte sich die produktive Diskussion der Protestbewegung dem veränderten gesellschaftlichen Verhältnis von Intelligenz und Arbeiterklasse, der Kritik des Pro-

duktionsfetischismus als rein quantitatives Wachstum und der historischen Notwendigkeit individueller Emanzipation im kollektiven Kampf zu. "Mit der fortschreitenden Vergesellschaftung des Kapitals und der produktiven Arbeit und der technologischen Verwissenschaftlichung der Produktion wird auch das unmittelbare Industrieproletariat zum Moment des Gesamtarbeitsprozesses. Es repräsentiert weniger denn je die Totalität produktiver Arbeit. Bei aller extremen Verschärfung des Widerspruchs von geistiger und körperlicher Arbeit ist die geistige Arbeit nicht mehr nur als idealistisch überhöhende Widerspiegelung abstrakter Arbeit und damit als Repräsentant der bürgerlichen Aneignung von Kultur und kleinbürgerlichen Organisationsformen des Wissenschaftsprozesses zu behandeln, sondern ein genuines Bildungselement, und zwar in organisierter und kollektiver Form in der Konstitution des proletarischen Klassenbewußtseins und der Organisation der politischen Klasse." (Krahl, 1969, Konstitution und Klassenkampf, S. 334 f)

Auf diese *Umstrukturierung des Gesamtarbeiters* im Spätkapitalismus bezogen, argumentiert Bahro: "Aber die Beschreibung der dortigen Wirklichkeit nach den traditionellen Kriterien der Klassenstruktur reicht auch nicht mehr aus. *Diejenigen (neuen) Züge* der Sozialstruktur in spätkapitalistischen Industriegesellschaften aber ... finden sämtlich in den Ländern des real existierenden Sozialismus ihr sehr verwandtes Gegenstück ..., (die) unmittelbarer als die traditionellen Klassenmerkmale den Stand der Produktivkräfte ausdrükken. Unsere Sozialstruktur – und daher sind Schichtungsmodelle bei uns eine viel angemessenere Beschreibung – ist geradezu die subjektive Daseinsweise der modernen Produktivkräfte. Sie ist Sozialstruktur des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters, also bereits jenseits der kapitalistischen." (Die Alternative, S. 192). Die westlichen Studentenbewegungen der sechziger Jahre interpretiert Bahro konsequent: sie bringen "potentiell Interessen der gesamten Arbeiterklasse" zum Ausdruck (ebenda, S. 221).

Emanzipation: Aufhebung entfremdeter Arbeit und Arbeitsteilung

Die Abschaffung von Herrschaft und Ausbeutung – das zeigt die Erfahrung der Sowjetunion und der RGW-Länder – kann nicht allein an die Abschaffung des Privateigentums gebunden werden. Ebensowenig können die Klassen nur aus dem Verhältnis zum Privateigentum an den Produktionsmitteln entwickelt werden, sondern sie entstehen aus Arbeitsprozessen und Arbeitsteilungsverhältnissen, deren Geschichte viel älter als die des Privateigentums ist und deren Aufhebung auch nach der Abschaffung des Privateigentums die *weltgeschichtliche Aufgabe des Kommunismus* ist. Während im Spätkapitalismus die Dialektik von traditionell dinglicher Struktur der Produktionsverhältnisse und Bildung des Gesamtarbeiters zu entwickeln ist, wird in den Ländern des real existierenden Sozialismus der Widerspruch zwischen produktivem Gesamtarbeiter und der herrschaftlichen und hierarchischen Organisation des Arbeits- und Lebensprozesses viel unmittelbarer wirksam. Bahro greift auf drei historische Rückstände älterer Herrschaftselemente im Kapitalismus zurück, die weder durch das Privateigentum noch durch die Abschaffung des Privateigentums aufgehoben worden sind: "– Die Ausbeutung und Unterdrückung der Frau in der ganzen damit zusammenhängenden patriarchalischen Familienstruktur, also der Herrschaft des Mannes, des Hausherrn ...

– Die Herrschaft der Stadt ... über das Land, das sie mit der Mehrarbeit seiner Bevölkerung ernähren und luxurieren mußte.

– Die Ausbeutung und Unterdrückung der Handarbeiter (derer, die vorwiegend körperliche, schematische, *ausführende* Arbeit zu leisten haben) durch die Kopfarbeiter (die vorwiegend geistige, schöpferische, planend-leitende Tätigkeit ausüben.)" (Die Alternative, S. 54).

Bahro kommt theoretisch zu den *Kernpunkten der Emanzipationsinteressen*, die der traditionelle Marxismus, der sich vorwiegend auf das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital stützte, aus der Arbeiterbewegung verdrängt hat. Das bloß taktische Verhältnis zu den anderen gesellschaftlichen Kräften und ein mechanisches Verhalten in der "Bündnispolitik", mit anderen politischen Organisationen die Instrumentalisierung der Frauen auf die Ziele von Partei- und Gewerkschaftspolitik, die Beherrschung der arbeitenden Massen durch intellektuelle oder intellektualisierte "Arbeiterführer" ist die schwere Erbschaft der traditionellen Arbeiterbewegung, die im Spätkapitalismus neue Emanzipationsbewegungen *außerhalb* der klassischen Arbeiterbewegung hervorgerufen hat und die im real existierenden Sozialismus die Vorstellung einer Revolution der unterdrückten Arbeiterklasse im alten Sinne als völlig absurd erscheinen läßt. Auf diesem Hintergrund entwickelt Bahro eine andere, neue Dimension einer Gesellschaftsveränderung im Westen, die seit über zehn Jahren auch die unsere ist: eine "Union aller wirklichen Sozialisten in Westdeutschland" wird ein "qualitativ anderes Subjekt als 'die Arbeiterklasse' artikulieren." (Alternative, S. 222).

Für die Gesellschaft des real existierenden Sozialismus formuliert Bahro das Programm einer *umfassenden Kulturrevolution* (nicht bloß in dem auf die besonderen Verhältnisse Chinas eingeschränkten Sinne), die er aus dem Widerspruch von Intellektualisierung der subjektiven Produktivkräfte und hemmender Fessel der Kontrolle durch den Staats- und Parteiapparat entwickelt. "Die emanzipatorischen Interessen bilden die *Substanz*, die zu dem *Subjekt* der kommenden Umgestaltungen zusammengefaßt und organisiert werden muß. Rein empirisch besteht dieses Subjekt aus den energischen, schöpferischen Elementen in allen Schichten und Bereichen der Gesellschaft, aus all den Menschen, in deren Individualität die emanzipatorischen Interessen vorherrschen oder jedenfalls eine große, verhaltensbeeinflussende Rolle spielen." (Dokumentation, S. 31).

Bahros Leninismus

Das einzig Traditionelle an Bahros Argumentation ist seine Organisationsvorstellung, er kennt nur *die* Partei (das gilt bei ihm für Ost wie West). Aber mit seinen theoretischen Ansätzen muß diese Vorstellung in Widerspruch geraten. Die Einsicht, daß die emanzipatorischen Interessen die Substanz bilden, produziert zugleich die Furcht des alten Kaders (s. Selbstinterview, Dokumentation, S. 56 ff), daß diese Interessen sich verlieren könnten. Unter den Bedingungen der DDR, in denen massenhafte Kampferfahrungen nur zu ihrer Geburtsstunde gehörten (vgl. Benno Sarel, Arbeiter gegen den "Kommunismus", Trikont), ist eine Verzerrung des Blickwinkels wohl unvermeidlich. In den polnischen Aufständen der siebziger Jahre überbetont Bahro das Unproduktive dieser Rebellionen, aber er sieht nicht, daß die Rebellionen notwendig sind, um Erfahrungen zu sammeln, wie sich ein *neues historisches Subjekt* bildet. Auf der anderen Seite hat er mit dem Verlangen nach Emanzipation der Individuen zuerst an der Unterdrückung der Frau angesetzt, gleichwohl kann er nicht auf den Schlenker gegen eine *unorganisierte* "aussichtslose und verkrampfte ideologische Rebellion" (Alternative, S. 534) verzichten. In unserer Kritik denken wir nicht daran, dem Genossen Bahro dies persönlich anzulasten, obwohl er diese Denksperre mit vielen westlichen Marxisten teilt. Eine Gesellschaft, in der die Entwicklung jeder nicht staatskonformen gesellschaftlichen Bewegung im Keime erstickt wird und die revolutionären Theoretiker wirklich dazu verurteilt sind, im stillen Kämmerlein zu arbeiten, ruft eben gerade diesen Manichäismus, diese absolute Trennung von revolutionärer Theorie und scheinbarer Praxisunmöglichkeit hervor, die zu abstrakten Urteilen verleitet.

Die im Kern leninistische Organisationsvorstellung von Bahro hat unter den Bedingungen der DDR vielmehr eine politische Bedeutung: sie ist der Versuch, den Anschluß an die wirklich revolutionäre, d.h. gesellschaftsverändernde Bewegung zu gewinnen. Während am Grunde der Moldau bislang noch die Steine rollen und die Emanzipationsbedürfnisse immer wieder in die luftigen Regionen von Kunst und Literatur abgedrängt werden, versucht Bahro mit seinem Vorschlag, in der DDR einen emanzipatorischen "Bund der Kommunisten" zu gründen, Boden unter die Füße zu bekommen. Die DDR hat als einzige Legitimation und Begründung ihrer Existenz die *antifaschistische Integrität* aufzuweisen; aber sie selbst ist nicht ein Produkt des revolutionären Kampfes, sondern des internationalen antifaschistischen Krieges, dessen Hauptlast von der Sowjetunion getragen worden ist. Die einzige *selbständige* sozialrevolutionäre Umgestaltung im Gefolge dieses Krieges fand in Jugoslawien statt; schon der Name von Bahros Organisation erinnert daran. Diese historischen Tatsachen sind aber ebenso Geschichte wie die Große Sozialistische Oktoberrevolution, deren emanzipativer Anspruch erloschen ist. Aber Bahro geht es nicht darum, in Grund und Boden zu verdammen, sondern zu begreifen, daß die Oktoberrevolution *das* Vermittlungsglied zu den Revolutionen der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gewesen ist, die bisher in diesem Jahrhundert mehr als die europäischen Völker *Geschichte machen*.

Der Erfahrungsgehalt der Oktoberrevolution

Wir wollen nicht in die Einzelheiten der Kritik der Sowjetunion gehen, ebensowenig der Kritik des real existierenden Sozialismus als Gesellschaftsformation. Das politisch zentrale Moment an Bahros Kritik liegt darin, daß die überwiegende Mehrheit der westlichen linken Kritiker entweder nur einzelne Aspekte sehen (Deformationstheorien) oder *alles* auf die sozialkulturelle Vergangenheit (Asiatische Produktionsweise) zurückführen, während Bahro *begründet*, daß *die Abschaffung des Privateigentums in Rußland den Übergang von einer agrarischen zur industriellen Despotie* bedeutet. In diesem Sinne ist die Oktoberrevolution für die antikolonialen Revolutionen ein entscheidender Impuls gewesen, nämlich der Versuch, militärisch-ökonomisch-politisch das Schicksal in die eigene Hand zu nehmen. Asiatische und kolonisierende Vergangenheit, Unterdrückungstradition fremder Völker und nachrevolutionäre Isolation haben aber nur den *besonders* despotischen Charakter der Sowjetunion bestimmt, der noch heute als "Stalinsches Phänomen" mystifiziert wird. Mit seiner Kritik der Sowjetunion weckt Bahro aus dem Alptraum auf, der seit Generationen auf uns allen lastet, daß nämlich der Anspruch der russischen Revolutionäre mit der Realität der Sowjetunion etwas Gemeinsames haben müßte. Von der östlichen Seite aus bringt er die geschichtliche Tendenz auf den Begriff, daß Emanzipation nicht nur die Ablösung von Vorbildern und Modellen, sondern das Vertrauen auf die eigenen Kräfte bedeutet. Große Teile der "Neuen Linken" haben dem Traditionalismus gehuldigt, als sie das Modell Sowjetunion gegen das Chinas ausgetauscht haben. Wenn wir von Sozialismus in keinem Land sprechen, bedeutet das für uns nur, daß die soziale Revolution seit der Oktoberrevolution auf den schmerzlichsten und blutigsten Umwegen die *Voraussetzungen* für den Sozialismus global zu schaffen begonnen haben; auf keinen Fall jedoch *das Modell* einer zukünftigen Gesellschaft Wirklichkeit ist. Aber wir brauchen ebensowenig Modelle, wie die Massen Führer brauchen (vgl. Fanon, Die Verdammten dieser Erde). Wir brauchen die Aufhebung der Arbeitsteilung von Mann und Frau, von Stadt und Land, von Hand- und Kopfarbeit, von erster, zweiter und dritter Welt. In diesem nüchternen Sinn, ohne Pathos, stellt uns Rudolf Bahros kommunistische Kritik des real existierenden Sozialismus vor die *weltgeschichtliche Alternative: soziale Emanzipation der Individuen oder Untergang in die Barbarei.*

Portugal – Landreform mit menschlichem Gesicht?

Internationalismusgruppe im SZ München

Ende August wurde vom portugiesischen Parlament mit den Stimmen von SP, PSD und CDS ein neues Agrarreformgesetz verabschiedet. Dieses Gesetz, von der PSD-Presse als Landreform "mit menschlichem Gesicht" begrüßt, bedeutet praktisch die Auflösung der Landwirtschaftskooperativen, die sich nach dem Sieg der Linken bei der Niederschlagung des Spinola-Putsches im März 1975 in den Großgrundbesitzgebieten im Süden des Landes gebildet hatten. Die Bildung der Landwirtschaftskooperativen und die daraufhin von der damaligen Regierung bald legalisierte Enteignung des Großgrundbesitzes ab einer bestimmten Größe ist als die wichtigste Veränderung anzusehen, die im Lauf des revolutionären Prozesses in Portugal direkt von der Basis durchgesetzt worden ist. Da die jetzige Regierung ihre Gesetzesinitiative gegen die Landwirtschaftskooperativen u.a. auch damit begründet, daß diese angeblich unproduktiv produzieren und riesige Kreditsummen verschleudert haben, und diese Vorwürfe von der internationalen Presse sofort übernommen worden sind, ist es besonders wichtig, darüber zu informieren, was wirklich geschehen ist.

Zieht man die Veröffentlichungen des portugiesischen Statistischen Amtes heran (hier zitiert nach E. Rosa, A Reforma Agrária em Perigo, Lissabon 1977), so lassen sich für 1975 und 1976 sensationelle Steigerungen der Produktion nachweisen. Bei Weizen, Hafer und Gerste, Produkte von denen die Kooperativen über 70% der Gesamternte erzeugen, stieg die bebaute Fläche im Vergleich zu 1974, dem Jahr vor der Enteignung um 15%, 26% bzw. 10%. Die Produktion erhöhte sich, begünstigt durch hervorragende Wetterbedingungen um 16%, 58% bzw. 47%. Gleichzeitig wuchs der Viehbestand um 123.000 Stück. Nach einer Statistik der Landarbeitergewerkschaft haben 70% der Kooperativen bereits zwei Jahre nach der Landbesetzung mit Gewinn gewirtschaftet, ihre Kredittilgungen und -zinsen pünktlich gezahlt, in größerem Umfang landwirtschaftliche Maschinen angeschafft und 50.000 neue Arbeitsplätze geschaffen (zitiert nach E. Rosa, a.a.O., S. 127).

Die Tatsache, daß die Landreform bereits nach so kurzer Zeit hohe Produktionserfolge aufwies, kann nahezu als einmalig angesehen werden. Denn Umwälzungen in der Produktionsweise haben in fast allen bisher existierenden Beispielen zunächst stets zu Produktionsrückschlägen geführt. Dieser Erfolg hatte viele Ursachen: Wichtig war die Ausgangssituation. Die Großgrundbesitzer, die andere Einnahmequellen hatten oder selbst bei extensivster Nutzung ihrer riesigen Ländereien noch fürstlich leben konnten, ließen ca. ein Drittel des bebaubaren Landes brach liegen und benutzten selbst die vorhandenen Bewässerungsanlagen nur zu 50%. Das restliche Land war zum großen Teil extensiv mit Korkeichen und Olivenbäumen bebaut. Extensiv ist diese Bebauungsart deshalb, weil der lockere Baumbestand bei diesen Kulturen die gleichzeitige Nutzung des Landes für den Getreide- und Tomatenanbau erlaubt. Weil also viel Land brach lag, konnte die Produktion mit den relativ bescheidenen Mitteln, die den Kooperativen zur Verfügung standen, sehr schnell gesteigert werden.

Genauso wichtig war aber die Motivation der Landarbeiter. Sie waren durch Jahre und Jahrzehnte hindurch nur wenige Monate im Jahr beschäftigt gewesen, ohne für die übrige Zeit Arbeitslosenunterstützung zu erhalten. Ihre unvorstellbare Armut angesichts einer für jeden erkennbaren Alternative war ihr Antrieb zu den Landbesetzungen und zu den hohen Arbeitsleistungen, die sie erbracht haben, um zu beweisen, daß sie das Land besser nutzen können als die Großgrundbesitzer.

Neben der Motivation der Landarbeiter und den objektiven Gegebenheiten, die eine Produktionssteigerung ohne größere Investitionen möglich machten, kam als wesentliche Voraussetzung für den Erfolg der Kooperativen hinzu, daß sie von den damaligen portugiesischen Regierungen unterstützt und bestärkt wurden, indem bereits im Sommer 1975 die Enteignung des Landbesitzes ab einer bestimmten Größe legalisiert wurde und die Kooperativen Kredite zu Vorzugszinsen erhielten. Diese Kredite erlaubten ihnen, Saatgut, Düngemittel und Maschinen einzukaufen und den Unterhalt der Arbeiter bis zur Ernte sicherzustellen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese sogenannten Ernte- und Investitionskredite bei jeder Produktion, die längere Produktionsspannen zu überbrücken hat, notwendig sind und alles andere als Subventionen darstellen. Daß die Kredite annähernd pünktlich zurückgezahlt werden, zeigt ein Schreiben der Banco de Portugal vom April 1977 an das Parlament, in dem mitgeteilt wird, daß bis zum 31.12.1976 von den Kreditschulden der Kooperativen in Höhe von 3,6 Milliarden Escudos (ca. 256 Millionen DM) 3,4 Milliarden Escudos noch nicht fällig waren und der Rückstand nur 0,15 Milliarden oder 4% betrug. Im Vergleich dazu überstiegen die Schulden der in Konkurs gegangenen Firmen Torralta, J. Pimenta, Grao-Pará, Metalúrgica Duarte Ferreira, Habitat bei der Banco de Portugal die Summe, die den Kooperativen insgesamt als Kredit zur Verfügung gestellt wurde.

Da sich die Landwirtschaftskooperativen sehr schnell als effektiv erwiesen hatten und dadurch auch eine Reihe anderer Probleme des Landes (Arbeitslosigkeit, Milderung des Handelsbilanzdefizits durch verringerte Agrarimporte, Erweiterung des inneren Marktes für landwirtschaftliche Maschinen, Düngemittel etc. sowie für Konsumgüter) mit guter Aussicht auf Erfolg angegangen wurden, wäre von der Regierung von Mario Soares die weitere Unterstützung der Kooperativen zu erwarten gewesen. Dies war auch der Vorschlag einer Expertengruppe der ILO, die im Auftrag der portugiesischen Regierung in Portugal war und einen Vorschlag für den Entwicklungsplan 1977-1980 ausarbeitete, der jedoch von der SP-Regierung nicht veröffentlicht wurde. Dies zeigte bereits, daß die SP-Regierung, gedrängt von den rechteren Kräften und vom Ausland massiv unter Druck gesetzt, diesen Weg nicht einschlagen wollte. Sie begann vielmehr nach der Wahl entgegen ihrem Wahlprogramm mit zunächst kleineren Revisionen der Landreform. So wurden die Distrikte, in denen Land enteignet werden sollte, auf den Süden des Landes beschränkt, obwohl es auch im Norden vereinzelt riesige Güter gibt. Gleichzeitig wurden entgegen den Versprechungen des damaligen Landwirtschaftsministers Lopes Cardoso, der inzwischen aus Protest gegen die Landwirtschaftspolitik seiner Regierung zurückgetreten ist, kein Schritt unternommen, um das von den Landarbeitern noch nicht besetzte Land zu enteignen, das unter das Enteignungsgesetz fiel. Der nächste Schritt war die Erhöhung der Kreditzinsen für die Kooperativen und wenig später die Kürzung des Kreditvolumens. Für eine Reihe von Kooperativen wurde der Kredit überhaupt gestrichen. Da dies gerade während der Aussaatperiode geschah, mußte sich dies bereits hemmend auf die Produktion auswirken. Dazu kam noch, daß ab Herbst 1976 mit der Rückgabe von Land an die Großgrundbesitzer begonnen wurde. Die zurückzugebenden Flächen wurden in dem ursprünglichen Gesetz mit 50.000 Punkten festgelegt, die nach der potentiellen Rentabilität des Bodens berechnet wurden. Dabei sollte darauf geachtet werden, daß bei den Rückgaben die wirtschaftliche Existenz der Kooperativen nicht gefährdet wird. (Gesetzes-Dekret Nr. 236-A/76, Absatz a, Nr. 2.3.2.). Diese Vorschriften wurden in zahlreichen Fällen nicht eingehalten. Es wurden größere Flächen zurück-

FORTSETZUNG SEITE 18

Linke Einäugigkeit

Helmut Ortner — Zur Kritik der selektiven Solidarität mit Gefangenen

Der Strafvollzug, als ein Bereich staatlicher Gewaltausübung, ist seit der antiautoritären Bewegung immer mehr in das politische Bewußtsein der "linken" Öffentlichkeit gerückt. Dazu beigetragen haben nicht nur die Informationen aus den Gefängnissen über die brutalen Haftbedingungen, über Isolationsmethoden und die zahlreichen Widerstandsaktionen von Gefangenen, sondern auch die Tatsache, daß in der unmittelbaren Auseinandersetzung mit staatlicher Gewalt, bei Demonstrationen, Streiks, Hausbesetzungen etc. die Möglichkeit der eigenen Betroffenheit stärker erfahren wurde, oft gar eine kurzweilige Inhaftierung zur Folge hatten.

Die Gründung von Rechtshilfegruppen und die sich daraus entwickelnde Gefangenenbetreuung für inhaftierte Genossinnen und Genossen waren so in erster Linie Formen von Selbstschutz und Selbsthilfe.

Gleichzeitig wurden Polizei, Justiz und Gefängnisse zunehmend zu einem bevorzugten Zielobjekt innerhalb der Strategie der Neuen Linken. Ähnlich wie andere "Totale Institutionen" (Erziehungsheime, Psychiatrien) verkörperten sie symbolhaft gesellschaftliche Unterdrückung und staatliche Gewalt überhaupt.

In der Folgezeit wurden gerade diese Institutionen zwar immer wieder in ihrer gesamtgesellschaftlichen Relevanz diskutiert, praktische Arbeitsansätze hingegen blieben auch weiterhin die Ausnahme. Und wo Gruppen vereinzelt über den Rahmen theoretischer Zirkel-Diskussionen hinauskamen, reduzierte sich die praktische Arbeit dennoch oft auf allein explizit "politische" Gefangene. Die reale Daseinslage der weitaus größeren "normalen" Gefangenengruppe, deren Probleme und Bedürfnisse erschienen allenfalls als Kleingedrucktes, liefen mehr am Rande mit.

Bestimmte Probleme, wie etwa die Frage der

FORTSETZUNG VON SEITE 17

verlangt, es wurden Güter an Familienangehörige des Großgrundbesitzers gegeben, die nach dem Gesetz kein Anrecht darauf hatten, und die Arbeiter und ihre Vorschläge wurden nicht beachtet. Da die Großgrundbesitzer meist die Gutsgebäude forderten und auch erhielten, verloren die Kooperativen in vielen Fällen die Viehställe, Scheunen, Maschinenschuppen und meist auch das beste Land. Dazu kam noch, daß die Landarbeiter mit ansehen mußten, daß das zurückgegebene Land wieder nicht bebaut wurde – die Landarbeitergewerkschaft hatte der Regierung am 20.6.1977 26 Fälle genannt – obwohl dies eine Gesetzesvorschrift von den Großgrundbesitzern verlangt. Zum Teil wurde noch nicht einmal geerntet, was die Kooperativen angebaut hatten, während man gleichzeitig die Landarbeiter daran hinderte, dies selbst zu tun.

Dazu kam, daß über die nach dem Gesetz nicht zulässigen Landrückgaben nicht einmal auf dem Rechtsweg entschieden wurde. Wo es zu Widerstand der Landarbeiter kam – und das war häufig der Fall – wurde die Guarda Nacional Republicana eingesetzt (die alte Staatssicherheitspolizei, die nach dem 25. April nur unwesentlich von Faschisten gesäubert worden ist), z.B. Ende August auf der Kooperative "22. Juli" bei Evora. Dieser Kooperative war zur Auflage gemacht worden, Land nicht nur an den ehemaligen Großgrundbesitzer zurückzugeben, sondern auch an dessen Schwester. Da letztere Forderung ungesetzlich war, hatten sich die Kooperativenmitglieder dagegen gewehrt. Daraufhin wurde der zum Leiter der Kooperative gewählte Landarbeiter verhaftet, zahlreiche andere beim Polizeieinsatz verletzt. Vor dem Gefängnis von Evora, in dem sich der verhaftete Landarbeiter befand, kam es die Nacht über zu einem Sitzstreik von ca. 2000 Menschen, der gegen 2 Uhr morgens ohne Vorankündigung von der Guarda Nacional Republicana in brutaler Weise aufgelöst wurde, so daß es wieder eine Reihe von Verletzten gab, z.T. mit Schädelbruch. Immerhin wurde wenig später der verhaftete Arbeiter mit der Auflage freigelassen, gegen 10 Uhr vor dem Schnellgericht zu erscheinen (Widerstand gegen die Staatsgewalt). Um 10 Uhr waren bereits 25.000 Landarbeiter aus der Umgebung in der Stadt, um an diesem Prozeß teilzunehmen. Sie hatten die Arbeit niedergelegt und waren mit ihren Traktoren in die Stadt gekommen. Es gab eine große Demonstration, und der Prozeß fand vorläufig nicht statt. Ähnliche Solidaritätsaktionen hat es in vielen Fällen gegeben. Aber es ist klar, daß die Landrückgabepraxis der Regierung die Kooperativen verunsichern und an ihrer normalen Arbeit hindern mußte.

Dazu kam aber als wichtigster Faktor in diesem Jahr extrem ungünstige Wetterbedingungen. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes, die in der Zeitung A Capital vom 1. Juli 1977 veröffentlicht wurden, verhinderte eine ungewöhnlich lange Regenperiode, die von Herbst 1976 bis zum Frühjahr 1977 reichte, im Süden des Landes die Getreideaussaat. Wo doch ausgesät wurde, verfaulte das Korn. Aus diesem Grund wird die Getreideernte (Weizen, Hafer, Gerste) auf nur ungefähr die Hälfte der letztjährigen Ernte geschätzt. Obwohl die Kooperativen große Anstrengungen unternommen haben, um das nicht mit Getreide bebaute Land noch für Mais und Tomatenpflanzungen zu nutzen (die Tomatenanbauflächen stiegen um 25% im Vergleich zum Vorjahr), sind doch viele Kooperativen in Schwierigkeiten geraten. Diese Schwierigkeiten kamen der Regierung und den weiter rechts stehenden Parteien wie gerufen, um das neue Landreformgesetz mit der angeblichen Mißwirtschaft der Kooperativen zu begründen.

Dieses neue Gesetz sieht die Erhöhung der Punktzahl für die Landrückgaben an die ehemaligen Großgrundbesitzer von 50.000 auf 70.000 vor. Gleichzeitig mit der Erhöhung der Punktzahl wurde der Berechnungsmodus geändert. Während vorher Bodenqualität, Baumbestand, Bewässerungsanlagen und sonstige Meliorationen mit berücksichtigt wurden, zählt jetzt vor allem die Bodenfläche. Daraus ergeben sich wesentliche Veränderungen. So entsprachen nach dem alten Gesetz 70.000 Punkte einem Olivenhain von 70 ha, einem Weinfeld von 60 ha, einem Korkeichenwald von 100 ha. Nach dem neuesten Gesetz steigt die Hektarzahl für die genannten Kulturen auf 300 ha, 300 ha und 700 ha. Dies bedeutet, daß nach dem neuen Gesetz riesige Ländereien zurückgegeben werden müssen.

Damit nicht genug, kann die Punktzahl von 70.000 um 80% erhöht werden (Art. 26, Abs. 6), wenn die Hausgemeinschaft des ehemaligen Großgrundbesitzers 5 oder mehr Personen umfaßt. Da zur Hausgemeinschaft nicht nur die Familienmitglieder, sondern auch die Dienstboten gehören, wird es kaum einen Großgrundbesitzer geben, der diese Anzahl nicht erreichen kann.

Dies als Landreform mit menschlichem Gesicht zu bezeichnen, wie es die PSD-Presse tat, bedeutet, daß offensichtlich nur Großgrundbesitzer als Menschen zu betrachten sind. Man fragt sich zunächst nach dem rationalen Kern dieser Politik. Als Strategie zur Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft kann sie in keinem Falle angesehen werden, weil das Land wieder in die Hände derjenigen übergeht, die, noch einer halbfeudalen Lebensweise verhaftet, lange genug bewiesen haben, daß sie zur Entwicklung einer modernen Landwirtschaft unfähig sind. Die landwirtschaftliche Produktion hatte in Portugal schon in der Nachkriegszeit stagniert und sank ab 1968 bis 1973 jährlich um 0,6% (in konstanten Preisen) ab. Daher muß, obwohl das Land genügend fruchtbaren Boden besitzt, über die Hälfte der Lebensmittel eingeführt werden, was umso gravierender ist, als Portugal keine Exportindustrien besitzt, die dieses Defizit ausgleichen könnten. Zusätzlich ist zu befürchten, daß die Auflösung der Kooperativen inmitten einer von der Regierung kaum noch zu beherrschenden Wirtschaftskrise zu einem weiteren Ansteigen der Arbeitslosenziffern führen muß. Denn eine Weiterbeschäftigung der Landarbeiter sieht das Gesetz nicht vor. Es bestimmt lediglich, daß die Arbeiter oder ein Teil von ihnen, die am 1.1.1975, also vor den Besetzungen beschäftigt waren, vom Landbesitzer weiter beschäftigt werden sollen.

Klarer werden die Motive der portugiesischen Regierung jedoch, wenn man die Beseitigung der Landreform im Zusammenhang mit dem geplanten EG-Beitritt und den sonstigen Bedingungen des Auslands bei Kreditvergaben sieht. In der EG sind Studien für den Beitritt der Länder Spanien, Portugal und Griechenland erarbeitet worden. Sie empfehlen, daß diese drei Länder auf keinen Fall mehr, sondern in Spezialkulturen erzeugte und auf den Weltmarkt orientierte Agrarprodukte herstellen sollen, weil sonst der Agrarmarkt der EG ganz zusammenzubrechen droht. Das heißt, daß die Regierung durch die Auflösung der Kooperativen vermutlich bereits Vorleistungen für den EG-Beitritt erbringt. Das erschien umso lohnender, als dies gleichzeitig die Hindernisse beseitigen sollte, die einem Bündnis mit den rechteren Kräften bisher entgegen standen. Offensichtlich hat die Regierung jedoch die Bereitwilligkeit der SP-Mitglieder überschätzt, diesen Schwenk nach rechts mitzuvollziehen. Darauf deuten die gegenwärtigen Ministerrücktritte und die Parteiausschlüsse hin. Für die PSP waren anscheinend diese Vorleistungen noch zu gering. Sie erzwang den Rücktritt ihres Parteivorsitzenden, der sich nach dem Landreformgesetz für eine Koalition mit der PS ausgesprochen hatte.

Sicher ist jedoch, daß die Regierung aufgrund der Wirtschaftskrise stark vom Ausland abhängig ist. Dabei ist es besonders die Bundesrepublik, die primär über die SPD in Portugal Einfluß nimmt (freilich auch über die CDU/CSU, deren Verbindungen zur äußersten Rechten bekannt sind). In diesem Zusammenhang ist es interessant, daß Pinheiro de Azevedo, einer der maßgeblichen Initiatoren des Rechtsrucks vom 25. November 1975, der aber bei der anschließenden Ämterverteilung leer ausgegangen ist, immer offener mit Enthüllungen über die Hintermänner dieser Aktion, besonders in der BRD (und hier in der SPD), droht. Portugal geht uns also auch deshalb sehr speziell etwas an.

Isolationshaft, wurden hauptsächlich und vor allem in der linken Öffentlichkeit nur noch bei "politischen" Gefangenen herausgestellt. Diese ausschließliche Agitation für nur eine Gefangenengruppe durch sich nicht selten heftig befehdende Rote-Hilfe-Gruppen, "Komitees gegen Folter" u.ä. erschwerte zunehmend eine allgemeine Solidarität aller Gefangenen, die – wenn vielleicht auch nicht in dieser extremen Form – doch unter ähnlichen und oft gleichen Bedingungen inhaftiert sind.

Nur wenige Gruppen, zumeist aus der unorganisierten Linken, vollzogen diese Einäugigkeit nicht nach (z.B. verschiedene Knastgruppen wie RH Westberlin, Kollektiv München, Ossendorf oder "Gegenknast" Bielefeld), sondern erkannten schon frühzeitig, daß es nicht um den Kampf gegen die schlechten Haftbedingungen von "Genossinnen und Genossen" allein gehen kann (Parole: "Freiheit für alle politischen Gefangenen!"), sondern letztlich nur um die Gesamtsituation in den Gefängnissen, um die Strafjustiz in ihrer Alltagspraxis insgesamt.

Eine dieser wenigen Gruppen, die immer wieder diese linke Einäugigkeit und Borniertheit kritisierte, war auch der 1973 gegründete Frankfurter Gefangenenrat. Seine erste spektakuläre Aktion in der Öffentlichkeit, die Enthüllung des sog. Mannheimer Gefängnisskandals im Frühsommer 1974, verursachte bundesweit Aufregung und zog bis dato unbekannte Konsequenzen nach sich: Zwangsversetzung des Anstaltsleiters, hohe Freiheitsstrafen für Aufsichtsbeamte. Der Frankfurter Gefangenenrat war fortan Kontakt- und Anlaufstelle für Gefangene aus allen Teilen der Bundesrepublik, der durch Presseerklärungen und Aktionen eine wichtige Kontrollaufgabe übernahm, ähnlich der französischen Gefangenenorganisation CAP (Le Comité des Prisonniers). Damit war erstmals eine Organisation geschaffen, die alle Gefangenen, nicht nur die explizit politisch motivierten Gefangenen, in ihre Arbeit mit einbezog. Der Begriff Gefangener war dabei weit definiert und schloß Insassen psychiatrischer Anstalten und von Erziehungsheimen gleichermaßen mit ein. In dem Maße, wie dem Gefangenenrat Zuwachs an Ansehen von Seiten der Inhaftierten beschieden war, reagierten die betroffenen Institutionen mit massiven Sanktionen. Ständige Hausdurchsuchungen, vorläufige Festnahmen der Mitglieder, Nachrichtenzensur in den Gefängnissen, leiteten eine über Monate andauernde Diffamierungs- und Kriminalisierungskampagne der Organisation und ihrer Mitglieder ein. Erleichtert wurde dieser Prozeß der Kriminalisierung fatalerweise oft genug auch von Mitgliedern des Gefangenenrats selbst.

So solidarisierte sich die Gruppe mit dem für den Überfall auf die deutsche Botschaft in Stockholm verantwortlichen "Kommando Holger Meins" (Nachrichten-Dienst 9, S. 9), oder forderte eine "Volksjustiz" für die "Verbrechen" der ehemaligen Anstaltsleiterin des Frauengefängnisses von Frankfurt-Preungesheim, Helga Einsele, eine der wenigen aufrechten Personen innerhalb der Justiz, die sich seit Jahren um einen liberalen Restbestand im Strafvollzug abmühte. Derlei Beispiele boten den schon lauernden Staatsschützern dann willkommenen Anlaß für die endgültige Liquidierung der Organisation. Als vor einem Jahr der despotische Anstaltsleiter eines hessischen Gefängnisses von einem Häftling erschossen wurde, verdächtigten Justizbehörden Mitglieder des Gefangenenrats der Mittäterschaft und schlugen vollends zu: Wegen Gründung und Mitgliedschaft einer "kriminellen Vereinigung" stehen sie derzeit in Frankfurt vor Gericht.

So wurde eine der wenigen Gefangenengruppen liquidiert, deren Wichtigkeit und Notwendigkeit trotz zahlreicher, oft tiefgreifender Kritiken innerhalb der Linken unbestritten war und die einen ersten Schritt in Richtung einer autonomen Gefangenenbewegung hätte bedeuten können. Freilich war die tatsächliche konkret-praktische Unterstützung des Gefangenenrats und ähnlicher Gruppen schon damals innerhalb der Linken mehr als dürftig. Während sich in Frankreich, Italien, ja selbst

Normalvollzug 1977: Schließfach auf Schließfach, Schließfach neben Schließfach

in der Schweiz eine Gefangenenbewegung entwickeln konnte und diese längst Bestandteil der dortigen Linken ist, gibt es Gleiches in der Bundesrepublik nicht. Dies liegt weniger an den Gefangenengruppen, als vielmehr an der westdeutschen Linken allgemein.

Viele Leute haben in den letzten Jahren den verschiedenen staatlichen Strafinstitutionen (u.a. auch Psychiatrien) so gut wie keine Aufmerksamkeit "geschenkt". So verwundert es nicht, daß es hierzulande nur wenige Gruppen gibt, die sich durch langfristige, organisatorisch verbindliche und praktisch bedeutsame Arbeit mit Inhaftierten und Entlassenen auszeichnen. Diesen Gruppen gelang es meist nur, zu einigermaßen spektakulären Anlässen oder im Falle "publikumswirksamer" Personen Teile der Linken für eine kurze Unterstützung zu gewinnen, woraus sich aber nur selten eine längerfristige Mitarbeit entwickelte.

Die Linke reduzierte bisher die notwendige Kritik und Agitation gegenüber den miserablen Zuständen in diesen Institutionen auf nur verbal-symbolische Kontakte und Tätigkeiten und dann oft nur mit verengtem Blick auf explizit "politische" Gefangene. Die Gesamtsituation in den Gefängnissen, die permanente Isolation und Zerstörung der Inhaftierten und dessen sozialer Bezugsrahmen, wurden nur selten problematisiert und diskutiert. Diese Einäugigkeit wurde teilweise aber auch innerhalb der Gefängnisse praktiziert. So etwa dann, wenn politische Gefangene weniger die allgemeine reale Knastsituation vor Ort zum Gegenstand ihres Protestes machten (z.B. die miserable medizinische Versorgung, schlechtes Essen, miese Arbeitsbedingungen, zu geringe "Freizeit"möglichkeiten, reduzierte Außenkontakte u.ä.) und dabei auch auf die Unterstützung und Sympathie der übrigen Gefangenen hätten rechnen können, stattdessen oft genug versuchten, die tagtägliche Repression des Gefangenseins über den Umweg "weltimperialistischer Zusammenhänge" aufzugreifen. Dies aber mußte zwangsläufig für die Mehrzahl der Gefangenen abstrakt bleiben, nicht selten ihnen gar als privilegierte Sonderforderungen erscheinen, die nur wenig mit ihrem Knastalltag zu tun haben. Dabei ist es notwendiger denn je für uns zu erkennen, daß es eine objektive Einheit aller Gefangenen und Inhaftierten gibt, und daß die Verhältnisse in diesen Institutionen nie isoliert gesehen werden dürfen. Worin liegt diese Einheit aller Gefangenen?

"Normalvollzug" – der permanente Skandal

Die seit fast einhundert Jahren angestrebte gesetzliche Regelung einer einheitlichen Strafvollzugsgesetzgebung fand im Vorjahr ihren zweifelhaften Abschluß. Das neue Strafvollzugsgesetz hat letztlich die bestehenden Verhältnisse in den Gefängnissen festgeschrieben. Ansätze grundlegender Reformen sind darin nicht zu finden, d.h. die Ordnungs- und Sicherheitshysterie, verbunden mit einer fast totalen Rechtlosigkeit der Gefangenen, beherrscht nach wie vor die Vollzugspraxis. Denjenigen, denen die Freiheit genommen wird und die in den Gefängnissen physisch und psychisch deformiert werden, wird nunmehr endlich gesetzlich bescheinigt, daß dies so rechtens ist.

"Re-Sozialisierung", meiststrapaziertes Wort im neuen Gesetz, verkommt angesichts des traditionellen Verwahrvollzugs vollends zur Worthülse. Unter "Re-Sozialisierung" wird in diesem kapitalistischen System auch zukünftig die bedingungslose Einordnung in unser gesellschaftliches Wert- und Normengefüge verstanden. Gegenüber Gefangenen, besonders offen oppositionellen Gefangenen, die bewußt den Widerstand gegen dieses gesellschaftliche System zu praktizieren versuchen, kann das Ziel der "Re-Sozialisierung" also nicht erreicht werden. Deshalb wird die Justiz immer bemüht sein, diese Gefangenen, die sich bewußt gegen alle von der Justiz definierten "Re-Sozialisierungsversuche" wenden, nicht mit Gefangenen in Verbindung zu bringen, an denen dieser Anpassungsprozeß mit gewissen Erfolgsaussichten praktiziert werden soll.

Das findet seinen Ausdruck in der totalen Trennung der Häftlinge. Für oppositionelle Gefangene, und dies sind eben nicht nur "politische" Gefangene, sondern eine Vielzahl namenloser "gewöhnlicher" Gefangener, die dem rigiden Anpassungsdruck der Strafinstitutionen verschiedene Formen individueller und kollektiver Gegenwehr entgegenzusetzen versuchen, gelten gesonderte Haftbestimmungen. Nach außen werden sie als "gewöhnliche Kriminelle" behandelt, nach innen jedoch werden oppositionelle Gefangene einer Sonderbehandlung unterzogen: Ausschluß von Gemeinschaftsveranstaltungen, gesonderter Hofgang, Behinderung der Außen- und Verteidigerkontakte, ständiges "Verschuben" in andere Gefängnisse bis hin zu repressionsreichen Hausstrafen und totaler Einzel-Isolation in abgelegenen Gefängnistrakten.

Diese Sonderbehandlung gegenüber oppositionellen Gefangenen – im Justizjargon oft als Aufrührer und Querulanten tituliert – ist von unterschiedlicher qualitativer und quantitativer Repression: Höchstrichterlich angeordnet und abgesegnet steht despotischen Gefängnisleitern, Anstaltsärzten und Aufsichtsbeamten ein ganzes Spektrum von "Maßnahmen" zur Wiederherstellung der "Sicherheit und Ordnung" zur Verfügung.

Anschriften arbeitender Gruppen

Knastgruppe Aachen, c/o M. Hulverscheidt, Gartenstr. 4, 5100 Aachen

Häftlingskollektiv Westberlin, Dredner Str. 22, 1000 Berlin 36

Rote Hilfe Westberlin, Postfach 210512, 1000 Berlin 21

Ärztegruppe Westberlin, für ausreichende med. Versorgung in den Haftanstalten, Postfach 310542, 1000 Berlin 31

Gefangenen-Selbstinitiative Bielefeld, c/o B. Soffel, Postfach 8109, 4800 Bielefeld

Knastgruppe Braunschweig, c/o G. Wysocki, Gliesmaroderstr. 127, 3300 Braunschweig

AKS Darmstadt, Nieder-Ramstädter-Str. 30, 6100 Darmstadt

GSI Frankfurt, c/o D. Seekamp, Heidelberger Str. 9, 6000 Frankfurt

Justizgruppe Frankfurt, c/o AStA Uni, Jügelstr. 1, 6000 Frankfurt

Knastgruppe Naturfreundejugend Frankfurt, Hamburger Allee 47, 6000 Frankfurt

Help-Union e.V. Frankfurt, Taläckerstr. 12, 6230 Frankfurt 80

AK Strafvollzug Freiburg, c/o Dreisam Verlag, Schwaighofstr. 6, 7800 Freiburg

GSI-Hamburg, c/o Medienzentrum, Fuhlsbütteler Damm 93, 2000 Hamburg 63

Knastgruppe Hamburg, c/o Schwarzmarkt, Bundesstraße Gelb, 2000 Hamburg 13

Knastgruppe Köln-Ossendorf, c/o Der andere Buchladen, Zülpicher Str. 197, 5000 Köln 41

Knastgruppe Mannheim, c/o D. Schmidt, H 7, 21, 6800 Mannheim 1

Rote Hilfe Kollektiv München, Milbertshofener Stadtteilzentrum, Nietschestr. 7b, 8000 München

Frauenknastgruppe München, c/o Frauenzentrum, Gabelsberger Str. 66, 8000 München

Gefangenengruppe Nürnberg, Humboldtstr. 88, 8500 Nürnberg

Knastgruppe Salzgitter, c/o "Wildes Huhn", An der Schölke 5, 3320 Salzgitter 1

Knastgruppe Wuppertal, c/o Arbeiter-Uni-Buch, Neue Nordstr. 6 5600 Wuppertal 1

Frauen, Kapital und Männergesellschaft ● Die Wiederaneignung des Körpers ● Das vorenthaltene Wissen ● Frau sein in der KPI

Carla Ravaioli
Frauenbefreiung und Arbeiterbewegung

Feminismus und die KPI
192 Seiten; Paperback; DM 16,–

Über die Autorin: Carla Ravaioli ist als Journalistin und Schriftstellerin tätig; sie gilt als »Feministin der ersten Stunde«. Sie veröffentlichte 1969 das erste feministische Buch in Italien. Seit 1973 ist Carla Ravaioli im Redaktionsbeirat der Zeitschrift »Noi Donne«, dem Organ der »Unione Donne Italiane«.

VSA
Eiffestr. 598, 2000 Hamburg 26

Absicht der Justiz ist es, mit dieser gesonderten Haftunterbringung die objektive Einheit aller Gefangenen zu unterdrücken und durch strikte Trennung der Gefangenen eine gemeinsame Solidarisierung aller Häftlinge im Kampf gegen die Situation des Gefangenseins und der damit verknüpften permanenten Aushöhlung ihrer menschlichen Identität zu verhindern.

Worin zeigt sich diese Einheit aller Gefangenen? Einmal darin, daß alle Häftlinge von dieser Situation des Gefangenseins existentiell bedroht sind. Dies gilt für "politische" wie für "gewöhnliche" Gefangene gleichermaßen.

All die offensichtlichen Mißstände in westdeutschen Gefängnissen, all die Prügeleien, die fahrlässigen oder vorsätzlichen Tötungen, sind unübersehbar geworden. Der "Normalvollzug", d.h. dessen Auswirkungen, kommen den Verhältnissen nahe, die gegenüber politischen Gefangenen angeordnet werden.

Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang an die Ereignisse im Kölner Gefängnis "Klingelpütz", wo vor Jahren kranke Häftlinge geprügelt wurden, an den Tod mehrerer Gefangenen im Hamburger Strafvollzug oder an die Vorkommnisse in einer Mannheimer Haftanstalt, wo man Gefangene ebenfalls mißhandelte. (vgl. dazu die Broschüren "Die Kölner Klingelpütz-Affäre", Süddeutsche Verlagsgesellschaft Ulm 1974, "Der Fall Haase in Hamburg", ebenfalls Ulm 1974, sowie "Knastalltag am Beispiel Mannheim", eine Dokumentation, erschienen im Verlag 2000, Offenbach 1975).

Diese tagtäglichen Wirklichkeiten wurden damals fälschlicherweise als "Mannheimer Gefängnis-Skandal" in der Öffentlichkeit bekannt, so als handele es sich hierbei um ein eher einmaliges Versagen brutal-masoschistischer Aufsichtsbeamten, nicht aber um einen permanenten Skandal in den Gefängnissen. Mannheim machte nur exemplarisch deutlich, was hinter Mauern alltägliche Praxis ist.

Zum anderen manifestiert sich die Einheit aller Gefangenen aber auch in der Grundlage der Selektion, d.h. dem politischen Charakter dieser Grundlage, nämlich dem politischen Zweck der Strafgesetze selbst.

Zur realen Lage aller Gefangenen

Wenn Teile der Linken, besonders diverse "Komitees gegen die Folter" u.ä., ihre Agitation gegen schlechte Haftbedingungen immer wieder nur ausschließlich auf eine Gefangenengruppe, die der "politischen Gefangenen", reduzieren, vollziehen sie damit die von der Justiz vorgegebene Trennung von Gefangenen in fataler Weise unbefragt nach. Durch dieses selektive Eintreten für nur eine Gefangenengruppe wird die oft schwierige Solidarisierung unter Gefangenen zusätzlich noch durch Gruppen von außen erschwert, wenn nicht gar massiv verhindert.

Sicherlich, wir haben allen Versuchen, an diese politischen Gefangenen verschärfte Maßstäbe zu legen, entgegenzutreten, aber nicht, weil es sich hierbei um "Genossen" handelt, sondern weil wir die Rechte aller Gefangenen und die Rechtsstaatlichkeit insgesamt verteidigen. Wir können nicht schweigend zusehen, wie Staat und Justiz gerade diese Fälle dazu benutzen, durch Gesetzesänderungen und Regelverletzungen Präzedenzen für die spätere Behandlung von oppositionellen Gefangenen zu schaffen, doch dabei darf es weder um Sonderforderungen für politische Gefangene, noch um die Rechtfertigungen ihrer Handlungen und irrwegigen Strategien gehen. Gerade große Teile der organisatorisch ungebundenen Linken haben sich hier immer wieder z.B. von Anhängern dieser sogenannten "Stadtguerilla" moralisch erpressen lassen. So mußte, wer nicht vorbehaltlos und unbefragt jeden Aufruf von RAF-Häftlingen oder deren Verteidigern unterstützte, sich nicht selten den flachsinnigen Vorwurf anhören, er befinde sich bereits auf der Seite des Staatsschutzes ...

Unter diesem ständigen massiven Druck verwundert es nicht, daß zahlreiche Gruppen innerhalb der Linken, besonders aber deren zahlreiche Publikationen und Infos zunehmend eine Einäugigkeit entwickelten, was die Gesamtsituation in den Gefängnissen betrifft:

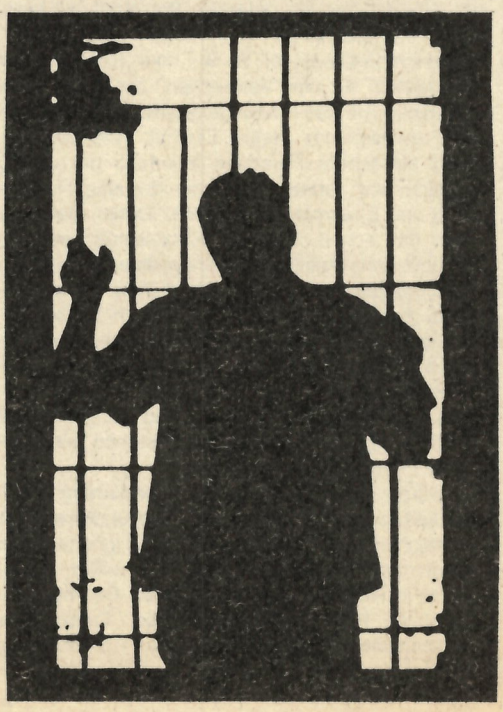
- In zahlreichen Zeitschriften wird z.B. unter der Rubrik "Knastothek" dazu aufgerufen, Gefangenen zu schreiben, Kontakte zu entwickeln und auszuweiten, um so trotz Inhaftierung die Gefangenen mit in die draußen laufenden Diskussionen etc. einzubeziehen. Wie notwendig und wichtig dies ist, steht außer Frage. Nur, darunter erscheinen immer und immer wieder die gleichen rund 50 Anschriften von nicht unbekannten "politischen" Gefangenen, die Adressen "proletarischer gewöhnlicher" Häftlinge finden sich darunter nur recht selten. Dabei sind für sie Briefe, Pakete, Zeitungsabonnements, soziale Kontakte jeder Art ebenso (über-)lebensnotwendig.
- Nach dem Tod von Holger Meins, Katharina Hammerschmidt, Ulrike Meinhof und zuletzt nach den noch ungeklärten Tötungen drei weiterer Stammheimer Gefangenen, machte sich Betroffenheit innerhalb der Linken breit. Zahlreiche Veranstaltungen, Aktionen und Diskussionen fanden statt. Dieser notwendige Ausdruck von Protest und Trauer darf aber nicht auf politische Gefangene allein beschränkt bleiben. Annähernd 100 (!) Gefangene sterben jährlich (!) im bundesdeutschen "Normalvollzug", wir sollten auch dies nicht übersehen.
- Auf unzähligen Veranstaltungen zur Frage der "Isolationshaft" wurde in der Vergangenheit nur selten auch ein Hinweis darauf gegeben, daß heute und jetzt Tausende von Gefangenen den vernichtenden Bedingungen des Isoliertseins ausgesetzt sind. Doch anstatt uns ständig zu vergegenwärtigen, daß das Prinzip eines jeden Gefängnisses Isolation ist und wir deshalb den Blick frei machen müssen für die reale Daseinslage aller Gefangenen, ist gerade in den letzten Jahren eine zusätzliche Variante "selektiver Solidarität" zu beobachten.

Gemeint ist das Vorgehen innerhalb der Linken, sich nurmehr um einige, jeweils ihrem politischen Standort entsprechend genehme Gefangene zu kümmern. Die oft flachsinnigen Partei- und Sekten-Querelen finden auch hier ihre Fortsetzung: ein moskautreuer DKP-Mann mag sich nicht für einen KBW-Anhänger einsetzen,eine KBW-Genossin wiederum verweigert einem ML-er ihre Solidarität etc. ... Solidarität, kritische Solidarität wird zunehmend von der Gesinnung des Gefangenen abhängig gemacht, "die vielleicht das einzige ist, was der Gefangene noch hat" (Erich Fried).

Erich Fried hat diese "selektive Solidarität" mit Recht öffentlich kritisiert (siehe dazu den Beitrag in "Sie würden uns gerne im Knast begraben...", Westberlin 1977), ohne jedoch auch in diesem Zusammenhang auf die falsche Aus- und Abgrenzung gegenüber "normalen" Gefangenen eindringlich hinzuweisen. D.h. auch hier ist nicht deutlich geworden, daß "übergreifende Solidarität" nicht bei "Genossinnen und Genossen" stehen bleiben darf, sondern für alle Inhaftierten Gültigkeit haben muß.

Unsere konkrete Alltagspraxis im Kampf gegen staatliche Strafinstitutionen bzw. deren Definitions- und Selektionsgewalt hat sich, die symbolhaft-utopische Forderung "Freiheit für alle Gefangenen" ... als Fernziel nie aus dem Auge verlierend, immer an der realen Daseinslage aller Gefangenen zu orientieren. Für uns Sozialisten sollte es deshalb keine "selektive" Solidarität, gleich welcher Art, geben, sondern unsere Kritik und unser Protest muß die alltägliche konkrete Wirklichkeit aller Gefangenen und Inhaftierten treffen. Ganz gleich, ob in West oder Ost, ob in Bautzen, Oranienburg oder Ossendorf, Straubing, Stammheim oder anderswo!

Dabei ist es jedoch an der Zeit, diesen oft appellhaften Solidaritätsbekundungen und geschäftigen Kampagnen-Aktivitäten nunmehr auch Taten folgen zu lassen. Praktisch-konkrete Gefangenenarbeit, die den Gefangenen als Subjekt begreift und seine emotionalen und sozialen Bedürfnisse nicht ignoriert, sondern zum wesentlichen Inhalt ihrer Arbeit macht, ist freilich weitaus "bodenständiger" als spektakulär (siehe dazu unsere Vorschläge in "links" Nr. 72, Dezember 1975, Ortner/Wetter: Perspektiven und Möglichkeiten politischer Gefangenenarbeit, sowie unsere Ausführungen in "päd extra sozialarbeit", Heft 4/77: Linke Caritas oder neue Praxis). Die wenigen Initiativen und Gruppen (siehe Verzeichnis), die seit Jahren hier notwendige und verbindliche Arbeit leisten, sollten dabei endlich verstärkt politisch, finanziell und vor allem praktisch unterstützt werden.



Bericht über die Tagung der Arbeitsgruppe SB am 26./27.11.1977 in Göttingen

Am letzten Wochenende im November fand in Göttingen eine Mitgliedertagung der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro statt. Das SB, das im April 1969 von einer kleinen Gruppe von – teils aus Arbeiterjugendverbänden bzw. sozialistischen Studentengruppen herkommenden, teils über die außerparlamentarische Bewegung gegen Atomrüstung, Vietnamkrieg, Notstandsgesetze und über die antiautoritäre Protestbewegung zu sozialistischen Positionen stoßenden – Genossinnen und Genossen gegründet wurde, hatte sich Ende 1973 (damals zählte es etwa 80 Mitglieder) einen organisatorischen Rahmen geschaffen und einen auf politische Basisarbeit bezogenen Organisationsprozeß eingeleitet. Es sollte erreicht werden, daß die in den Arbeitsfeldern, Projekt- und Basisgruppen tätigen und politisch am SB orientierten Genossinnen und Genossen in eine organisierte und den jeweils spezifischen Arbeitsbereich übergreifende Kooperation kommen, und daß Argumente und Aktionen des SB sich auf einen überschaubaren Vermittlungs- und Entscheidungsprozeß gründen. Dabei wurde am SB-Prinzip der Offenheit "nach außen" festgehalten, daß also die Mitarbeit in Gruppen oder Projekten des SB nicht an eine Mitgliedschaft in der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro gebunden ist. Gleichzeitig wurde mit dem neu geschaffenen Organisatorischen Rahmen bestimmt, daß die Mitgliedschaft im SB einerseits die aktive Mitarbeit voraussetzt und andererseits eine Voraussetzung für die Mitwirkung am politischen Entscheidungsprozeß des SB ist.

Seit 1973 haben sich etwa 1000 Genossinnen und Genossen der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro als Mitglieder angeschlossen. Sie sind in Basisgruppen und vielerorts auch als "Einzelkämpfer" im Betriebsbereich (u.a. Metall, Chemie, Druck, Öffentlicher Dienst, Handel), in den Arbeitsfeldern (u.a. Schule, Hochschule, Sozialarbeit, Gesundheitswesen, Bildungsarbeit, Landwirtschaft, Kirche) und in spezifischen Projektgruppen (u.a. AKW + Umweltschutz, Anti-Repression, Internationalismus, Antimilitarismus) tätig und zur Zeit in etwa 60 Städten und Gemeinden der BRD in Sozialistischen Zentren oder lokalen SB-Gruppen zusammengefaßt. Außerdem haben sich 26 (meist arbeitsfeldspezifische) Basisgruppen über eine korporative Mitgliedschaft mit dem SB assoziiert.

An der Göttinger Arbeitsgruppentagung nahmen über 400 Mitglieder (aus fast allen Orten und Bereichen, in denen das SB tätig ist) und Vertreter von 16 der korporativ angeschlossenen Gruppen teil. Im Mittelpunkt der Tagung standen die Diskussion und Entscheidung über Organisationsfragen und die Wahl eines neuen Arbeitsausschusses; zudem sollte ursprünglich eine Erklärung zur Orientierung der weiteren Arbeit des

Vorschläge für nächste Schwerpunkte der Arbeit des SB

Der seitherige Arbeitsausschuß hatte der Arbeitsgruppentagung in Göttingen den Antrag für eine Erklärung zur Orientierung der weiteren Arbeit des SB vorgelegt. Über diesen Vorschlag wurde zwar am Samstag in inhaltlich parallel laufenden Arbeitskreisen (mit Ausnahme eines Arbeitskreises) diskutiert, jedoch konnte am Sonntag wegen der Organisationsdiskussion und der Wahl eines neuen Arbeitsausschusses die Diskussion über eine solche Erklärung nicht mehr aufgenommen und deshalb von der Arbeitsgruppentagung in Göttingen auch keine Entscheidung gefällt werden. Wir drucken dennoch nachfolgend jenen Abschnitt des Arbeitsausschuß-Vorschlags ab, der einige Schwerpunkte für die SB-Praxis in nächster Zeit benennt, da die meisten der hier vorgeschlagenen sieben Vorhaben sich auf bereits laufende bzw. eingeleitete Aktivitäten begründen. Diese Vorhaben sollen keineswegs einen Katalog aller Aktivitäten darstellen, die im SB zu leisten sind und fortlaufend ausgeübt werden. Keine der seither betriebenen oder neu hinzukommenden Arbeiten des SB soll dadurch aufgehoben oder abgewertet werden. Diese Schwerpunktbildung könnte bedeuten, daß von allen Gruppen und Arbeitsansätzen, soweit dies möglich ist, Beiträge zu diesen Schwerpunkten in je spezifischer Weise erbracht werden. In diesem Sinne könnten die Schwerpunkte verbindende und verbindliche Kristallisationspunkte der Politik des SB in den lokalen Gruppen, den Arbeitskreisen Betrieb und Gewerkschaft, den Arbeitsfeldern und Projektgruppen sowie zwischen ihnen bilden. Die vom seitherigen Arbeitsausschuß für praktische Vorhaben unterbreiteten Vorschläge lauten:

1. Der Widerstand gegen die Repression wird in der Unterstützung des Russell-Tribunals seinen aktuellen Schwerpunkt haben, sich aber nicht hierauf beschränken. Notwendig ist vielmehr die Auseinandersetzung mit spezifischen Fällen und Erscheinungen der Repression im konkreten Zusammenhang des einzelnen Arbeitsfeldes oder des einzelnen Ortes, auch neben der Unterstützung für das Tribunal; notwendig ist ferner der Ausbau oder Aufbau von "Rotarbeit" als einer Möglichkeit, Repression nicht zu der beabsichtigten Wirkung kommen zu lassen.

2. Die kapitalistische Ökonomie wird in noch verschärfter Weise zur Arbeitsplatzvernichtung und Existenzbedrohung der Arbeiter und Angestellten sowohl in der "privaten Wirtschaft" als auch im öffentlichen Sektor führen. Die vom SB konzipierte Initiative gegen die Arbeitslosigkeit kann nur dann für die Widerstandsfähigkeit aller Betroffenen langfristig wirksam werden, wenn Untersuchungsarbeit, Aufklärung und Aktion von den Arbeitsfeldern und Gruppen auf die jeweilige lokale und betriebliche Basis hin entwickelt werden.

3. Gerade angesichts der nun offensichtlich gewordenen negativen Entwicklung in dieser Frage bei den Bundestagsparteien ist die Mitarbeit in Initiativen für Umweltschutz und gegen die katastrophalen Risiken der Kernkraftpolitik eine wichtige Aufgabe des SB. Hier muß u.a. an den Frankfurter Umweltkongreß angeknüpft und es müssen Gegenstrategien zur jetzt verschärft anlaufenden "Durchsetzungspolitik" in der Kernkraftfrage entwickelt werden. Der Widerstand – das haben bereits die bisherigen Kämpfe der Anti-AKW-Bewegung gezeigt – kann nicht in erster Linie den zentralen Ausdrucksformen von Bürgerinitiativen überlassen bleiben, sondern wird wirksam nur durch konsequente politische Arbeit in den Orten und Regionen, in denen Atomkraftanlagen, Entsorgungsprojekte o.ä. bestehen, im Bau sind oder geplant werden. Gerade in der Umweltschutzbewegung kommt es darauf an, daß sich die Genossen und Gruppen des SB auf der lokalen und regionalen Ebene stärker als bisher engagieren.

4. Schon im Zusammenhang dieser drei Fragen ist die Entfaltung und Stabilisierung aller Formen lokaler Gegenöffentlichkeit von größter Bedeutung. Lokale Gegenöffentlichkeit, d.h. unter anderem: Mitwirkung bzw. Initiierung sowie Unterstützung von Alternativzeitungen; öffentliche Aufklärungs- und Diskussionsveranstaltungen zu aktuellen Fragen, die alternative politische Positionen über den Bereich der linken Gruppen hinaus identifizierbar machen; eigene kulturelle Aktivitäten (Theater, Lied, Musik usw.), die der repressiven Verengung und der fragwürdigen Professionalität des öffentlichen Kulturbetriebs entgegenwirken. Diese Formen von Aktivität sollen und können die alltägliche politische Arbeit der Gruppen nicht ersetzen, sondern haben diese – wenn sie wirksam sein wollen – zur Voraussetzung.

5. Auf der zentralen Ebene konnte die Umstellung der Zeitung "links" auf 14-tägiges Erscheinen noch immer nicht geleistet werden. Für die Orientierung des SB in aktuellen politischen Auseinandersetzungen liegt hier jedoch eine wichtige Voraussetzung. Die Umstellung von "links" kann inhaltlich und materiell nur durch die Mitarbeit aus den Gruppen und vielfältigen Arbeitsansätzen des SB ermöglicht werden. Die Schaffung einer "links"-Redaktionskonferenz von Korrespondenten und Kommentatoren sowie regelmäßige Treffen und die Herausgabe einer "Redaktionskorrespondenz" sind wichtige Schritte, um die Umstellung von "links" auf 14-tägiges Erscheinen 1978 zu verwirklichen.

6. Für die politische und organisatorische Weiterentwicklung des SB ist die Möglichkeit der ständigen Diskussion und Aufarbeitung praktischer und theoretischer Fragen der sozialistischen Bewegung eine wichtige Bedingung. Diese Aufgabe liegt zunächst bei den Arbeitsfeldern und örtlichen Gruppen sowie bei den zentralen Gremien und Publikationen des SB. Sie können jedoch intensiviert und für spezifische Bereiche gründlicher geleistet werden, wenn das SB sich eine feste Einrichtung, also ein Haus mit einem Lehrerteam für längerfristige politische Seminare und Arbeitsvorhaben schaffen könnte. Wir sollten versuchen, für eine "Schule des SB" in diesem Sinne die inhaltlichen und materiellen Voraussetzungen herzustellen.

7. Im Zusammenhang der Aktivitäten gegen die politische Repression in der Bundesrepublik hat sich einmal mehr gezeigt, wie groß der Stellenwert der Kooperation mit Genossen und Organisationen aus anderen Ländern des EG-Raums für die Linke in der Bundesrepublik ist, wie sehr umgekehrt die Abwehr ökonomisch-politischer Vormachtsansprüche der Bundesrepublik durch die westeuropäische Arbeiterbewegung auf eine stärkere Linke in der Bundesrepublik selbst angewiesen ist. Gezeigt hat sich aber auch, daß Information und Kooperation der Linken im westeuropäischen Zusammenhang bisher nur sehr unvollkommen entwickelt sind. Eine Möglichkeit, hier Fortschritte zu erzielen, sehen wir in der Organisierung von Arbeitskonferenzen linker Organisationen in Westeuropa, die – im Standort wechselnd – spezifische, international interessierende Probleme aufgreifen und hierzu Erfahrungen austauschen sowie gemeinsame Aktivitäten vereinbaren könnten. Das SB sollte solche internationalen Konferenzen mitinitiieren.

★

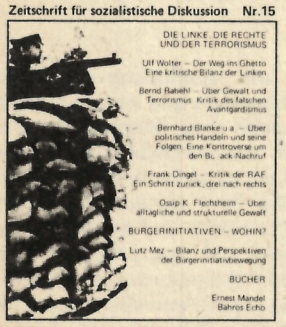
olle und wolter

Die Linke in der BRD hat ein Stadium der Zersetzung erreicht, das deren Überwindung notwendig und ansatzweise möglich macht. Die *kritik* will sich in diesen Prozeß einmischen und versuchen, ihn zu beschleunigen. Alte politische Fronten verstellen heute den Blick auf wirkliche Probleme, führen zu fragwürdigen Koalitionen und lähmen die Bewegung. Die *kritik* wird sich diesen Problemen widmen und versuchen, die Frontstellungen zu korrigieren. Die Diskussion über Ziele und Wege sozialistischer Politik wird radikal geführt werden; ohne Sentimentalität, Dogmatismus oder Resignation, dafür aber mit der nötigen Portion Selbstkritik.

Im Redaktionsbeirat der *kritik* arbeiten mit: *R. Dutschke, O. K. Flechtheim, H. Fleischer, R. Jungk, E. Krippendorff, K. Meschkat, L. Mez, A. Münster, O. Negt, T. Pirker, B. Rabehl, J. Steffen*

kritik

Zeitschrift für sozialistische Diskussion Nr.15



Verlag Olle & Wolter 7 DM / im Abo 6 DM

Gerade erschienen: Heft 15

Ulf Wolter
Die Entwicklung der Linken vom Subjekt zum Objekt
Bernd Rabehl
Über Gewalt und Terrorismus
B. Blanke, K. Christoph, W. Kreutzberger, W. Müller, G. Schäfer
Über politisches Handeln und die Möglichkeit, seine Folgen zu analysieren
Frank Dingel
Überlegungen zur Politik der RAF und zum Problem des politischen Mordes
Ossip K. Flechtheim
Krise und Brutalisierung
Lutz Mez
Der Zustand der Bürgerinitiativbewegung
Ernest Mandel
Bahros Echo

Allgemeine Schwerpunkte der *kritik* sind:
- **Klärung des Sozialismusbegriffs**
- **Mittel und Wege sozialistischer Politik**
- **Bilanz der sozialistischen Bewegungen**
- **Analyse sozialer Konflikte und Kräfte**
- **Etappenbestimmung des politischen Kampfes**
- **Internationale Fragen**

Themen der nächsten Hefte:
- **Terrorismus II**
- **Bürgerinitiativen – wohin?**
- **Gründen sie nun wieder? Fragen um eine Links-Partei**
- **Eurokommunismus – Neue Taktik oder alter Hut?**
- **Was ist aus ihnen geworden? Dissidenten im Westen.**

Einzelheft 7,– DM / im Abo 6,– DM. Abos (4Nrn.) über jede Buchhandlung oder Verlag Olle & Wolter, Postfach 4310, 1000 Berlin 30

Solidarität mit Rudolf Bahro

Beschluß der Göttinger Tagung der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro:

1. Rudolf Bahro sitzt in der DDR im Gefängnis mit dem absurden Vorwurf "nachrichtendienstlicher Tätigkeit". Er kann sich nicht äußern. Seine Nachricht besteht in einer marxistischen Analyse des "real existierenden Sozialismus". Es handelt sich bei seinem Buch "Die Alternative" um eine Kritik von links; Bahro untersucht die Herrschaftsverhältnisse als Hindernis für die Transformation vom sogenannten realen Sozialismus zum realen Sozialismus. Ihm ist klar, daß die Emanzipation der Arbeiter im Osten und im Westen in einem direkten Zusammenhang steht. Immer stärker artikuliert sich die Opposition im Osten als sozialistische.

2. Die Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro beschließt, daß in allen politischen Zusammenhängen des SB Solidaritätsveranstaltungen für Rudolf Bahro organisiert werden und die Auseinandersetzung mit dem "real existierenden Sozialismus" geführt wird. Sozialisten können nicht länger zur Unterdrückung der Opposition der DDR schweigen. Sozialistische Politik muß heute an der Tatsache ansetzen, daß die Emanzipation der arbeitenden Klasse in Deutschland durch die staatliche Spaltung in BRD und DDR verhindert wird. Das SB muß die sozialistische Opposition in Osteuropa solidarisch unterstützen!

SB beschlossen werden, was jedoch aus Zeitgründen auf dieser Tagung nicht mehr geleistet werden konnte. Im Zusammenhang der Organisationsfragen und damit der Modifizierung des seitherigen Organisatorischen Rahmens des SB wurden im wesentlichen zwei Punkte diskutiert und entschieden:

1. Zum einen ging es um die Regelung der Modalitäten für die Mitglieder des SB, wobei zur Entscheidung stand, ob dem Verfahren nach weiterhin der direkten Mitgliedschaft in der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro (unter der selbstverständlichen Prämisse der aktiven Mitarbeit in der lokalen und basisbezogenen Gruppe oder auch als "Einzelkämpfer") oder eher einer Organisierung der Mitgliedschaft vor allem über die jeweiligen Basisgruppen der Vorzug zu geben sei. Hierzu wurde folgende Regelung beschlossen:

"Mitglied der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro können Genossinnen und Genossen werden, die innerhalb lokaler SB-Gruppen/Zentren und/oder innerhalb eines spezifischen SB-Arbeitsfeldes/Projektes kontinuierlich tätig sind. Die aktive Mitarbeit im politisch-organisatorischen Zusammenhang des SB ist also eine entscheidende Voraussetzung für die Mitgliedschaft.

Genossinnen und Genossen, die das SB unterstützen möchten, jedoch nicht kontinuierlich in einem Gruppen- bzw Arbeitszusammenhang des SB tätig sind, können eine Förderermitgliedschaft (ohne Mitgliederrechte und -pflichten) eingehen.

Das organisatorische Prinzip für die Entscheidungsstruktur innerhalb des SB ist die Einzelmitgliedschaft. Jedoch können arbeitsfeldspezifische bzw. projektorientierte sozialistische Basisgruppen (sofern sie auf lokaler Ebene organisiert sind) sich über eine korporative Gruppenmitgliedschaft mit dem SB assoziieren...

Aufnahmeanträge für eine Mitgliedschaft in der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro werden von den Antragstellern über die zuständige lokale Gruppe bzw. Region bzw. Arbeitsfeld/Projektgruppe dem zentralen Arbeitsausschuß des SB zugeleitet und von diesem bestätigt. Die befürwortende Stellungnahme der zuständigen Gruppe ist Voraussetzung für die Aufnahmebestätigung des Arbeitsausschusses. In Fällen, in denen es noch keine lokale SB-Gruppe gibt, sowie keine zuständige Region existiert und der/die Antragsteller auch nicht in einem SB-Arbeitsfeld/einer Projektgruppe mitarbeiten, führt der Arbeitsausschuß ein Gespräch mit dem/den Antragsteller(n) und entscheidet danach über Aufnahme bzw. Nichtaufnahme...

Zur Finanzierung der Arbeit des Sozialistischen Büros zahlt jedes Mitglied einen monatlichen Beitrag in Höhe von 10% der monatlichen Lohnsteuer... Der monatliche Mindestbeitrag darf jedoch DM 10.-- nicht unterschreiten, da der Beitrag mindestens kostendeckend sein muß. In diesem Beitrag enthalten ist die kostenlose Zusendung der Zeitungen "links" und "express" sowie des Informationsrundbriefes des Sozialistischen Büros. – Fördernde Mitglieder zahlen einen Mindestbeitrag von DM 10.-- monatlich und erhalten die Zeitung "links" ("links"-Förderermitgliedschaft)..."

2. Da bei über 1000 Mitgliedern – und ständig steigender Tendenz seit dem Pfingstkongreß – die Beibehaltung der Arbeitsgruppentagung als Mitgliederversammlung schon organisatorisch nicht länger durchführbar wäre, mußte in Göttingen entschieden werden, welches neue, zentrale Entscheidungsgremium an die Stelle der Mitgliederversammlung treten solle. Dabei standen zwei Vorschläge zur Alternative.

Der erste Vorschlag basierte auf dem Konzept, daß an die Stelle der Mitgliederversammlung eine Arbeitsgruppentagung mit einer möglichst hohen Vertretungsrepräsentanz aller Ansätze und politischen Strömungen treten sollte. Damit solle – so die Befürworter dieses Vorschlags – der Gefahr einer innerorganisatorischen Stellvertreterpolitik soweit wie nur irgend möglich entgegengewirkt werden.

Der zweite Vorschlag wurde als Delegiertenkonferenz konzipiert, die etwa 120 bis 150 Delegierte zählen sollte und zwar den lokalen Delegierten (etwa 20 Mitglieder ein Delegierter) sowie je drei Vertretern aus den zentral organisierten Arbeitsbereichen und Projekten des SB. Für diesen Vorschlag wurde vor allem vorgebracht, daß er die organisatorische Verbindlichkeit in den lokalen Gruppen befördere und dazu beitragen könne, daß das SB entscheidungs- und handlungsfähiger würde.

Es kann an dieser Stelle nicht das Für und Wider aus der Diskussion zu diesen alternativen Vorschlägen wiedergegeben werden. Es wurde jedoch in dieser Diskussion – wie schon in der zuvor innerhalb des SB geführten "Organisationsdebatte" – deutlich, daß neben pragmatischen Erwägungen hinter den beiden Vorschlägen auch unterschiedliche politische Positionen in bezug auf die Organisationsfrage stehen. Es geht, kurz und verkürzt dargestellt, bei dem Vorschlag mit hoher Vertretungsrepräsentanz um die Frage, eine befürchtete abgehobene und traditionalistische Organisationsstruktur, die die divergierenden politischen Vorstellungen und die widersprüchlichen Erfahrungen nicht mehr angemessen berücksichtigt, verhindern zu wollen. Der Vorschlag einer Delegiertenkonferenz hingegen setzt vor allem auf mehr politische Vereinheitlichung der Position und des SB als Organisation. (Anmerkung: Nachdem die Organisationsdiskussion des SB im letzten Jahr im wesentlichen "organisationsintern" und im Hinblick auf eine Modifizierung des Organisatorischen Rahmens des SB geführt wurde, ist es sicher notwendig – gerade weil die Bereitschaft von Genossinnen und Genossen zunimmt, im SB-Zusammenhang organisiert zu arbeiten –, auch in "links" die Diskussion über das Verhältnis der sozialistischen Zielsetzung und der organisatorischen Form wieder aufzunehmen und fortschreitend zu klären.)

In der Abstimmung der Göttinger Arbeitsgruppentagung wurde der erste Vorschlag mit 240 Stimmen angenommen und die Einführung einer Delegiertenkonferenz (145 Stimmen) verworfen. Danach wird die Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro bereits zu ihrer nächsten Tagung in Form einer Versammlung von etwa 300 bis 350 Teilnehmern zusammentreten, was bedeutet, daß zur Zeit auf je drei Mitglieder ein Vertreter in

focus–wissenschaft

Neuerscheinung

H. Dieterich: Produktionsverhältnisse in Lateinamerika

Inkareich, hispanoamerikanische Kolonisation und kapitalistische Entwicklung. Zur Kritik der Dependenz-Theorie.

Dies ist die erste Analyse, welche die Entstehung der Unterentwicklung in Lateinamerika in systematischer Weise als den Kampf gesellschaftlicher Klassen um die Aneignung der amerikanischen Reichtümer (Indios und Boden) darstellt und in der konkreten Untersuchung der Produktionsverhältnisse von der präkolumbianischen Epoche (Inkas) über die Kolonialzeit (Spanien und Hispanoamerika) bis zur Entwicklung nach der "Unabhängigkeit" (Bolivien) den Verlauf dieses Klassenkampfes nachweist.

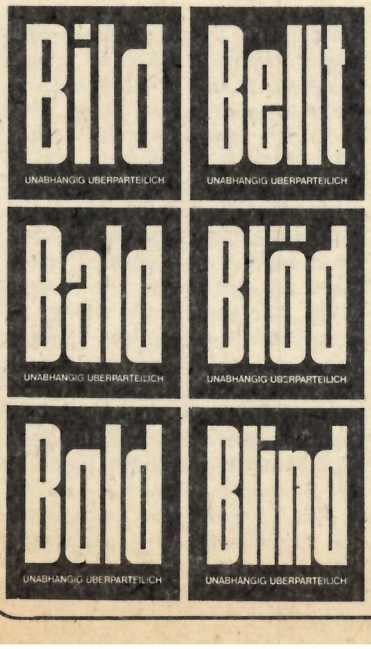
focus verlag
Dammstr. 11, 6300 Gießen

der Tagung der Arbeitsgruppe kommt. Diese Arbeitsgruppentagung soll einbis zweimal jährlich zusammentreten und hat als höchstes beschließendes Organ des SB vor allem folgende Aufgaben und Funktionen:
1) Diskussion und Entscheidung über die Programmatik und Zielsetzung des SB, die politische Lage und Entwicklung des SB, die Inhalte und Formen von politischen Aktivitäten;
2) Beschlußfassung über Änderungen im Organisatorischen Rahmen des SB;
3) Wahl des Arbeitsausschusses;
4) Wahl der "links"-Redaktion.
Neben der Tagung der Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro bleibt der Delegiertenrat des SB erhalten (mit dem abgelehnten Vorschlag, eine Delegiertenkonferenz einzuführen, war verknüpft, daß der Delegiertenrat wegfallen soll). Der Delegiertenrat zählt gegenwärtig etwa 70 Mitglieder von Vertretern lokaler/regionaler Gruppen des SB, des Bereichs Betrieb und Gewerkschaft, der zentralen Arbeitsfelder/Projekte, der "links"- und der "express"-Redaktion sowie den Mitgliedern des Arbeitsausschusses und den hauptberuflichen SB-Sekretären.
Der auf der Göttinger Arbeitsgruppentagung neu gewählte 12-köpfige Arbeitsausschuß setzt sich aus Genossinnen und Genossen zusammen, die zum einen die (meines Erachtens erfreulicherweise) nicht immer einheitlichen politischen Positionen, zum anderen aber auch ein Gutteil der verschiedenen sozialen Felder (an denen das SB mit seinem Arbeitsfeldkonzept ansetzt) "repräsentieren": zwei berufstätige Frauen, zwei Betriebsarbeiter, ein Angestellter, ein Arzt, zwei Bildungsarbeiter, ein Theologe, ein Wissenschaftler und zwei Hochschullehrer. Um im Arbeitsausschuß als einem nach wie vor wichtigen zentralen Gremium des SB personelle und organisatorische Verfestigungen zu vermeiden, aber um auch etwas personelle Kontinuität zu wahren, haben sich zwei Genossen (Andreas Buro und Otto Jacobi), die bereits dem seitherigen Arbeitsausschuß angehörten, nochmals zur Wahl gestellt. Bei 15 Kandidaten und 408 gültigen Stimmzetteln wurden folgende 12 Genossinnen und Genossen in den neuen Arbeitsausschuß gewählt: Klaus W. Kowol, Bergneustadt, 365 Stimmen; Andreas Buro, Hundstadt bei Usingen, 326 Stimmen; Susanne Sackstetter, Freiberg bei Ludwigsburg, 309 Stimmen; Thomas Kowsky, Hamburg, 307 Stimmen; Otto Jacobi, Frankfurt, 301 Stimmen; Boris Penth, Westberlin, 295 Stimmen; Suso Lederle, Stuttgart, 286 Stimmen; Norbert Saßmannshausen, Frankfurt, 280 Stimmen; Ulrike Zeising, Hamburg, 234 Stimmen; Horst-Dieter Zahn, Offenbach, 232 Stimmen; Volker Schauer, Kiel, 229 Stimmen; Adalbert Evers, Aachen, 194 Stimmen.
Die Frage, ob sich das SB in "Sozialistischer Bund" umbenennen oder gar als eine Wahlpartei umorganisieren solle, spielte in den Diskussionen der Göttinger Arbeitsgruppentagung nur am Rande ein Rolle (insofern ist der FR-Bericht vom 1. Dezember 1977 irreführend). Jedoch kann m.E. aus der bisherigen Organisationsdiskussion und gerade auch aus der Tatsache, daß die "Parteifrage" auch in Göttingen nicht gestellt wurde, geschlossen werden, daß eine Umfunktionierung des SB zu einer sozialistischen Wahlpartei innerhalb des SB nicht angestrebt wird. Der seitherige AA hatte in seinem Vorschlag für ein Orientierungspapier festgestellt: "Eine Organisierung als sozialistische Wahlpartei lehnen wir ab, da ohne eine breite sozialistische Bewegung, die auch durch ihre soziale Zusammensetzung die Interessen und Bedürfnisse der lohnabhängig Arbeitenden aufzunehmen vermag, eine Parteibildung ohne positive Folgen für politische Selbsttätigkeit und für die Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse bleiben müßte."

KLAUS VACK

Boykott gegen Springer
Kollegen lesen nicht mehr BILD!

Mehrere Monate lang stand Günter Wallraff als Hans Esser im Dienste des Hauses Springer. Er arbeitete als Reporter in der Hannoveraner Redaktion der Bild-Zeitung. Er wurde einer der wichtigsten "Aufmacher"-Schreiber für den Lokalteil. Durch eine frühzeitige gezielte Indiskretion flog die Sache auf.
Günter Wallraff hat mittlerweile seine Erfahrungen zu einem Buch verarbeitet (erschienen im Kiepenheuer & Witsch Verlag) und bekommt die persönlichen und publizistischen Nachstellungen und Verleumdungen des Springer-Konzerns zu spüren. Daraufhin hat sich eine Initiative "Boykott gegen Springer" gebildet, die von Gewerkschaftern, Betriebsräten, Druckern, Journalisten und Schriftstellern getragen wird. Eine Unterschriften-Aktion ist angelaufen; über 10.000 Kollegen aus den Organisationsbereichen folgender Gewerkschaften haben den untenstehenden Aufruf unterzeichnet: ÖTV Frankfurt, Mainz, Münster; HBV Frankfurt, Hannover; GEW Berlin, Dortmund, Göttingen, Frankfurt; DPG Koblenz; Fernmeldeamt Taunus; RFFU Köln; DGB-Jugend Südwürttemberg/Hohenzollern; IG Metall Hanau; DGB-Ortskartell Rödermark; Vertrauensleute und Betriebsräte der westfälischen Zementindustrie; Gewerkschaftliche Schulungsgruppe der IG Chemie Westfalen; Betriebsrat der Firma Honeywell; Kollegen der Firma Schenker Hannover u.a. Der Aufruf lautet:
Gewerkschafter und Kollegen lesen nicht mehr BILD!
1. Ich unterstütze den Beschluß der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) von 1972, in dem zum Boykott der Springer-Zeitungen aufgerufen wird.
2. Ich bin dagegen, daß Gewerkschafter mit Springer-Zeitungen in irgendeiner Form zusammenarbeiten (z.B. Information geben oder sich für Interviews zur Verfügung stellen).
3. Ich selbst werde Bild und andere Springer-Zeitungen nicht mehr kaufen und meine Kollegen auch dazu auffordern; deshalb setze ich mich auch aktiv für die Beseitigung der Bildzeitungskästen in und vor den Betrieben ein.
4. Ich unterstütze die gewerkschaftliche Forderung zur Demokratisierung der Presse, weil der Artikel 5 des Grundgesetzes nicht besagt, daß Pressefreiheit das Privileg von ein paar Dutzend kapitalkräftigen Unternehmen ist, ihre Meinung an den Mann zu bringen. Die Unterschriftenlisten können kostenlos angefordert werden bei: Günter Wallraff c/o Betrieb, Merkenicher Str. 99, 5 Köln 60.



Kriterien zum Untersuchungsmaterial des Russell-Tribunals

Nachdem die Mitglieder des Tribunals in der Erklärung vom 16. Oktober die konkreten Fragestellungen ihrer Untersuchungen benannt haben, gibt das Sekretariat des Russell-Tribunals hiermit einige Vorschläge zur Materialsammlung und -strukturierung bekannt.
Unsere Vorschläge resultieren aus der Prüfung der bereits vorliegenden Materialien, Gutachten etc., aus der Aufarbeitung des Ablaufs der vorausgegangenen Tribunale und aus Gesprächen mit den Vertretern der Stiftung sowie den Jury-Mitgliedern, die bereits am Vietnam- und Lateinamerika-Tribunal teilgenommen haben.
Wir bitten alle Unterstützer des Dritten Russell-Tribunals, unsere Vorschläge zu prüfen. Sollten Sie sinnvolle und begründete Änderungs- und Ergänzungsvorschläge haben, bitten wir darum, uns diese so schnell wie möglich mitzuteilen, damit die Vorbereitung des Tribunals koordiniert verlaufen kann.
Die Mitglieder des Tribunals haben erklärt, daß Untersuchungsgegenstand des Tribunals vor allem die drei folgenden Fragen-Bereiche sein sollen:
– Wird Bürgern der Bundesrepublik aufgrund ihrer politischen Überzeugung das Recht verwehrt, ihren Beruf auszuüben?

Syndikat

Cora Stephan
„Genossen, wir dürfen uns nicht von der Geduld hinreißen lassen!"
Aus der Urgeschichte der Sozialdemokratie.
1862 - 1878
390 Seiten. Kleinformat. Kartoniert.
DM 20.–

Die östlichen und die westlichen Nachlaßverwalter der alten Sozialdemokratie haben sich eine je eigene Version „ihrer" Arbeiterbewegung zurechtgelegt. Mit dem Bild, das Cora Stephan von der Frühgeschichte dieser Bewegung zeichnet, bringt sie einige Verwirrung in die gängigen Klischees: Weder war der Marxismus in der alten Sozialdemokratie eine bloße Randerscheinung, wie es hierzulande oft geheißen hat; noch garantierte dieser selbe Marxismus der frühen Arbeiterbewegung ihre revolutionäre Kraft, wie es in der Geschichtsschreibung der DDR oft gesehen wird. Vielmehr trug die Theorie des *Kapital* dazu bei, gewisse ungedulgig weit reichende Forderungen nach Veränderung als unzeitig zurückzudrängen und ihre Erfüllung den Bewegungsgesetzen des Kapitals selbst zuzuweisen.

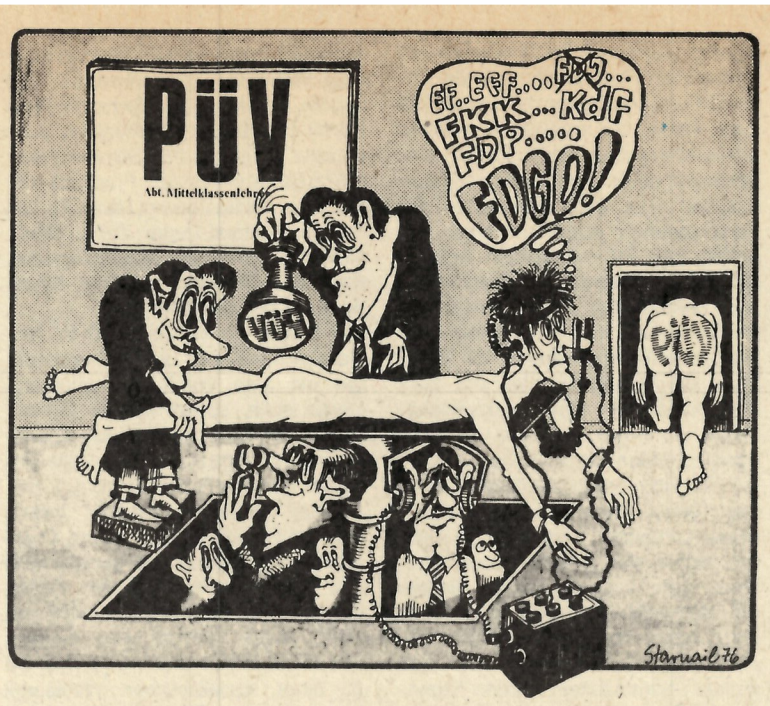
Stefan Breuer
Die Krise der Revolutionstheorie
Negative Vergesellschaftung und Arbeitsmetaphysik bei Herbert Marcuse
320 Seiten. Kleinformat. Kartoniert. DM 20.–

Die gegen Ende der Studentenbewegung formulierte Parole „Von Marcuse zu Marx" hat ihre (z.T. heilsame, z.T. verheerende) Wirkung getan. Die Theorie Marcuses ist aus einem Gegenstand kollektiver Lektüre zum Objekt hermeneutischer Forschung geworden, eingegliedert in die Schein-Kontinuität einer Geistesgeschichte, gegen die sie stets polemisiert hatte. Gerade aus dieser Geistesgeschichte, aber eher aus ihren Brüchen, muß sie verstanden werden, denn sie zehrt bei ihrer Selbstkritik des Historischen Materialismus von dem gesellschaftlichen Gehalt, der in die Spätformen des bürgerlichen Denkens als einer „Geschichte der Unterdrückung und Formierung von Erfahrung" eingegangen ist.

SYNDIKAT
Autoren- und Verlagsgesellschaft
Postfach 174003
6000 Frankfurt am Main 1

Syndikat

– Wird durch straf-, zivilrechtliche Bestimmungen und durch außerrechtliche Maßnahmen Zensur ausgeübt?
– Werden Grund- und Menschenrechte im Zusammenhang von Strafverfahren ausgehöhlt oder eliminiert?
Diese Fragestellungen wurden formuliert, nachdem die Mitglieder der Jury die ihnen vorliegenden Gutachten zu den im Rundbrief 4 genannten Bereichen unterschiedlicher möglicher Menschenrechtsverletzungen eingehend besprochen und zur Kenntnis genommen hatten.
Wir werden die vorliegenden und noch zu erwartenden Materialien entsprechend den von der Jury genannten Fragebereichen ordnen. Andernfalls scheint uns eine strukturierte, durchschaubare Untersuchungsarbeit nicht durchführbar zu sein. Wir bitten also alle Unterstützungsgruppen, sich bei der Vorlage von Materialien an den Fragestellungen der Jury zu orientieren.
Bevor die Untersuchung der drei Fragenkomplexe beginnt, sollen dem Tribunal Gutachten vorgelegt werden, die zur Geschichte der Menschenrechte in der Bundesrepublik und damit zur Geschichte dieses Landes selbst Stellung nehmen, die die Geschichte seiner Justiz und die Geschichte und Tradition der politischen Auseinandersetzungen seitens des Staates in diesem Land behandeln. Wir meinen, daß die Kenntnis dieser Zusammenhänge Voraussetzung für das Verständnis der gegenwärtigen Entwicklung ist, die den drei Fragen zugrunde liegt.
Herausgearbeitet werden sollte jener rote Faden, der unserer Ansicht nach sämtliche in den drei Fragen angesprochenen Bereiche möglicher Menschenrechtsverletzungen in der Bundesrepublik durchzieht und zusammenhält – nämlich:
a) die Verrechtlichung der Entrechtung; die Rolle der Behörden, der Polizei und der Justiz,
b) die Vorverlagerung des Staatsschutzes und damit der politischen Verfolgung in den Bereichen von politischen Anschauungen und Äußerungen, verbunden mit dem Ausbau eines entsprechenden Überwachungsapparates und mit der Folge einer Atmosphäre von Einschüchterung und Selbstzensur (vgl. den Aufruf der Russell-Stiftung vom Februar 1977), indem an rechtlich nicht faßbare und nicht berechenbare Begriffe ("freiheitliche demokratische Grundordnung"; "Sympathisant" etc.) gleichwohl schwerwiegende rechtliche Folgen geknüpft werden,
c) die zunehmende Verpflichtung auf den gegenwärtigen Staat (nicht etwa auf die Verfassung) durch die Forderung nach Bekenntnissen und durch Sprachregelungen und damit verbunden die Kriminalisierung aller anderen politischen Positionen, selbst schon die des ideellen Nonkonformismus. Vgl. die Berufsverbotspraxis und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts hierzu, in dem mit Begriffen wie "Treue" und "verfassungsfeindlich" operiert wird, an die Loyalität der Beamten gerade in Krisenzeiten appelliert wird und gleichsam über einen Potpourri der Verfassungsgeschichte der Neuzeit jeglicher Unterschied zwischen Kaiserzeit und Demokratie eingeebnet wird; vgl. die Zensurmaßnahmen über den § 90a StGB ("Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole") und schließlich die Begründungen zahlreicher Ehrengerichtsverfahren gegen Rechtsanwälte: der Anwalt sei ein "staatlich gebundenes Organ der Rechtspflege".
Aus den zu den drei Fragenkomplexen eingereichten Materialien werden dann – nach Rücksprache mit ihren Absendern und den Mitgliedern des Tribunals – diejenigen Fälle ausgewählt, die während der öffentlichen Sitzung behandelt werden sollen. Hierbei muß es sich tatsächlich um exemplarische Fälle, um "Schlüsselfälle" handeln, deren Untersuchung eine Vielzahl anderer Fälle mit abdeckt, von denen die Tribunalsmitglieder ja über das eingereichte Gesamtmaterial wissen.
Es versteht sich von selbst, daß die vorgelegten Materialien "hieb- und stichfest" sein müssen; Parolen dürfen nicht Analyse und Belege ersetzen.
Jeder der drei zu behandelnden Fragenkomplexe soll durch einen umfassenden Bericht zur Gesamtproblematik der jeweiligen Fragenstellung eingeleitet werden. Das Tribunal wird kompetente Berichterstatter bitten, entsprechende Gutachten vorzulegen. Die zu den einzelnen Fragenkomplexen dann vorgestellten Fälle werden ihrerseits durch Berichterstatter und Zeugen (Betroffene) erläutert, die sich anschließend der Befragung durch die Tribunalsmitglieder stellen.
Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß das Tribunal auch denjenigen die Möglichkeit zur Stellungnahme geben wird, die der Verletzung von Menschenrechten beschuldigt werden. Das Tribunal wird die entsprechenden Regierungs- und Behördenvertreter rechtzeitig und unter Angabe der zur Debatte stehenden Probleme einladen. Vorschläge durch die Betroffenen sollten deshalb auch in dieser Richtung frühzeitig gemacht werden.
Es ist entscheidend, daß bei der Auswahl der in den Sitzungen vorzustellenden Fälle jeweils Schwerpunkte gebildet werden, daß also die verschiedenen Fälle innerhalb der drei Bereiche aufeinander verweisen. Innerhalb der drei von der Jury gestellten Fragen sollte jeweils eingegangen werden auf
a) die Anlässe der jeweiligen Maßnahme,
b) das Ausmaß solcher Maßnahmen,
c) die Techniken der Maßnahmen.
Das heißt, es muß in der Untersuchung der Fälle deutlich werden, welche Äußerungen und Handlungen inkriminiert worden sind und mit welchen Techniken dies durchgeführt worden ist. Die Darstellung bestimmter Verfolgungsmaßnahmen ist somit immer auch zugleich eine Darstellung derjenigen Äußerungen und Handlungen, gegen die vom Staat vorgegangen wird.
Zu den drei von der Jury genannten Fragestellungen einige Anhaltspunkte für die Materialsammlung:



Politischer Überwachungsverein (PÜV) – Stempel gilt jeweils für ein Jahr

I. Wird Bürgern der Bundesrepublik aufgrund ihrer politischen Überzeugung das Recht verwehrt, ihren Beruf auszuüben?

1. Anlässe solcher Maßnahmen wie. z.B. Zugehörigkeit zu bestimmten Organisationen, Meinungsäußerungen, Teilnahme an Demonstrationen, Sippenhaftung, Kontaktschuld etc.
2. Wirkungsbereiche dieser Maßnahmen: Öffentlicher Dienst; freie Berufe, Medien, Privatwirtschaft; Drittwirkung von Grundrechten.
3. Techniken: Rolle von Polizei, Verfassungsschutz, Dossiers, EDV etc.; Diskriminierung im Privatbereich; Amtshilfe auch durch nicht-staatliche Stellen; Ablauf der Anhörungsverfahren.

II. Wird durch straf-, zivilrechtliche Bestimmungen und durch außerrechtliche Maßnahmen Zensur ausgeübt?

1. Anlässe: Kritik am Handeln von Staatsorganen (§§ 88a, 89, 90a, 130, 130a, 140, 185 u.a. StGB)
2. Ausmaß: Strafrecht, Zivilrecht, öffentliches Recht, sowie rechtlich nicht faßbare bzw. nicht-normierte Vorwürfe, insbesondere der des Sympathisanten; Zensurmaßnahmen in den Medien, Theatern etc. (abgesetzte Sendungen, Aufführungen u.a.)
3. Technik: Schilderung von Ermittlungsverfahren (polizeilich-öffentliche Vorverurteilung, Rufmord), Anklage, Gerichtsverfahren, Gesinnungsverfolgung (Argumentieren mit "eigentlichen Absichten" des Angeklagten)

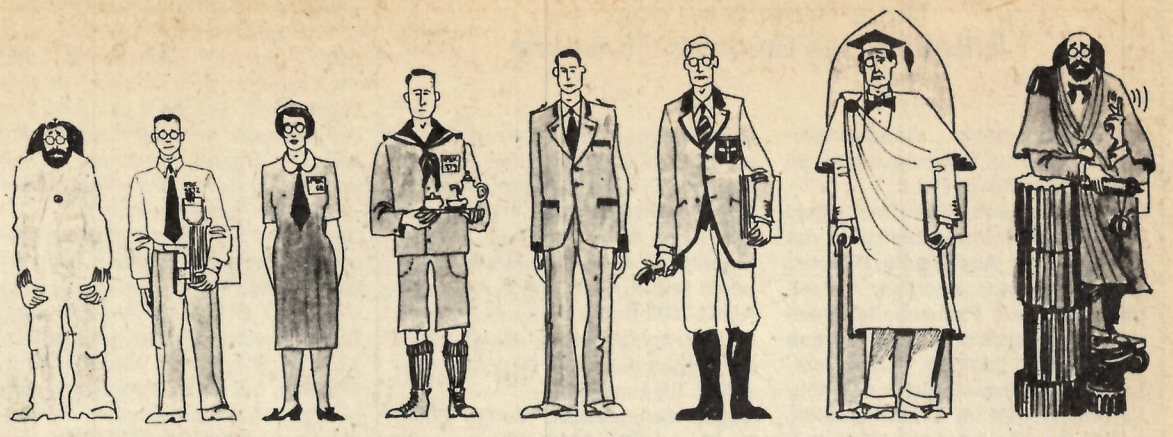
III. Werden Grund- und Menschenrechte im Zusammenhang von Strafverfahren ausgehöhlt oder eliminiert?

Anlaß, Ausmaß und Technik möglicher Menschenrechtsverletzungen im Strafprozeß sollen insbesondere am Beispiel der seit Januar 1975 getroffenen Gesetzesveränderungen im Verfahrensrecht und am Kontaktsperregesetz verdeutlicht werden. Es sollten die klassischen Prinzipien des Strafverfahrens – und auch gerade des politischen Strafverfahrens – mit den bereits vollzogenen und derzeit beratenen Änderungen des Verfahrensrechts konfrontiert werden. Nämlich:
– Unschuldsvermutung; fair trial; Waffengleichheit; freie Verteidigerwahl; freie Advokatur; Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme; unbeschränkte Öffentlichkeit; gesetzmäßiger Richter; Mißhandlungs- und Folterverbot; Gewaltenteilung; Rechtswegsgarantie; Rückwirkungsverbot; rechtliches Gehör; Unabhängigkeit der Justiz etc... gegenüber
– Anwaltsverfolgung durch öffentliche Diffamierungen, Straf- und Ehrengerichtsverfolgung; Einschränkung und Behinderung der Verteidigung durch finanzielle Maßnahmen. Verbot der gemeinschaftlichen Verteidigung bei gleichzeitiger Blockanklage, Ausschluß von Verteidigern, Überwachung des schriftlichen und des mündlichen Verteidiger-Verkehrs, öffentliche Vorverurteilung, Beschränkung der Akteneinsicht und der Aussagegenehmigung für bestimmte Zeugen; Bestimmung über Dauer und Bedingungen der Haft durch Behörden und nicht durch die hierfür von Verfassung und einfachem Recht vorgesehenen Richter bzw. Gerichte; Legalisierung dieser Praxis zunächst über das Argument des "Übergesetzlichen Notstands", dann über die

Apfel-Aktion

Wie schon 1976, so veranstaltet auch in diesem Jahr der Arbeitskreis Junger Landwirte wieder eine "Apfel-Aktion": verkauft werden Golden Delicious (ihr erinnert Euch, diese saftigen grünen Dinger) weit unter dem sogenannten Marktpreis. Das ist deshalb möglich, weil die Äpfel von den Produzenten direkt – d.h. unter Auslassung des preistreibenden Zwischenhandels – verkauft werden. So kostet die 20-kg-Kiste 22,--DM, sicher kein saftiger Preis. Am günstigsten ist es, die Stuttgarter Genossen des SB möglichst rasch um größere Bestellungen anzugehen (läßt sich über örtliche Gruppen, Buchläden usw. machen); hier bekommt man auch Flugblätter, die über den Sinn und die Hintergründe der Aktion näher Aufschluß geben. Die Adresse lautet: Sozialistisches Regionalbüro, Neckarstr. 178, 7 Stuttgart 1.

Schaffung einer entsprechenden Ermächtigungsnorm im Eilverfahren (sogenanntes Kontaktsperregesetz) und über die geplante Sicherungsverwahrung.
Es kommt vor allem darauf an, daß aus der Unterstützungsbewegung bereits strukturierte Materialien, Gutachten etc. eingereicht werden. Die Jury erwartet, daß ihr diese Materialien einschließlich einer englischen und französischen Übersetzung, die zumindest den voranzustellenden Zusammenfassungen beigefügt werden sollte, spätestens einen Monat vor Beginn der öffentlichen Sitzungen vorgelegt werden, damit die Tribunalsmitglieder sich mit der Gesamtproblematik auseinandersetzen können. Die Unterlagen müssen also so bald als möglich, spätestens aber bis Ende Februar 1978 in der genannten Form beim Sekretariat eingereicht werden, damit sie umgehend an die Tribunalsmitglieder weitergeleitet werden können.
Alle Materialien an: Sekretariat Russell-Tribunal, Ahornstr. 5, 1000 Berlin 30, Tel. 030/2119138.



AKADEMISCHE DIENSTKLEIDUNG. Novellierungsentwurf für das Hochschulrahmengesetz. Abbildungen von links nach rechts: 1. Abiturient (Zustand vor dem Numerus clausus). – 2. Heute zugelassener Student. – 3. Uni-Sekretärin (immer dienstbereit. Wäsche: schwarz). – 4. Wissenschaftlicher Hilfsassistent (Hiwi). – 5. Assistent II. Klasse (auch Adjutant genannt). – 6. Assistent I. Klasse. – 7. Ordinarius (Wagen mit Institutsstander). – 8. Rektor (Schulterstücke in Gold).
Entwürfe: Vladimir Selzer

Hochschullehrer solidarisch mit Studentenstreik

Auf Initiative des Landesbezirks Gesamthochschule in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft haben 65 Hochschullehrer die nachfolgend abgedruckte Erklärung zum Streik der Studenten an der Universität Bremen abgegeben:
Die Studenten der Bremer Hochschulen befinden sich im Streik. Auch an zahlreichen Hochschulen anderer Bundesländer streikt ein großer Teil der Studentenschaften. Es handelt sich hierbei um eine der umfassendsten Bewegungen des Hochschulprotests in den letzten Jahren. Welches sind die Hintergründe des Streiks, welches seine Zielsetzungen und Forderungen?
Die soziale Lage der Studenten hat sich in den letzten Jahren ständig verschlechtert: Unzureichende Ausbildungsförderung, steigende Lebenshaltungskosten bei gleichzeitiger Abnahme von Nebenverdienstmöglichkeiten, verschärfte Studien- und Prüfungsbedingungen – alles dies hat in der letzten Zeit ein erschreckendes Ausmaß von Desorientierung, Resignation und individuellem Versagen bis hin zum Studienabbruch provoziert. Die Studienmisere trifft insbesondere diejenigen Teile der Studentenschaft, denen durch die Hochschul- und Hochschulzugangs-Reform die Studienmöglichkeit im Interesse der bildungspolitischen Chancengleichheit eröffnet werden sollte.
Die steigenden Trends zur Akademikerarbeitslosigkeit, die Verschlechterung auch der inhaltlichen Studienbedingungen durch die verschiedensten finanziellen Restriktionen, durch Stellenstopp, Überlastquote etc. haben in großen Teilen der Studentenschaft Enttäuschung, Unsicherheit und Einschüchterung hervorgerufen. Inhaltsreglementierung von Forschung und Lehre, Berufs- und Theorieverbote haben diese Tendenzen verstärkt und erzeugen irrationalen Anpassungsdruck.
Kollektivverurteilung und öffentliche Diffamierung der Hochschulen als "Brutstätte des Terrors", öffentliche Denunziation von Studenten und Hochschullehrern als "Sympathisanten des Terrorismus" drohen gerade jene zu entmutigen, die die gesellschaftliche Verantwortung von Lehre und Forschung ernstnehmen und sich daher in der Vergangenheit für eine Hochschulreform im Sinne der 23 Thesen des DGB eingesetzt haben.
Das Hochschulrahmengesetz und das jüngst von der Bürgerschaft verabschiedete Bremische Hochschulgesetz (BHG) zementiert ein Hochschulmodell, das die positiven Errungenschaften der Bremer Reform zurücknimmt und deshalb quer steht zu sämtlichen gewerkschaftlichen Forderungen einer demokratischen Hochschulreform.
Gegen diese Entwicklung Widerstand zu leisten, ist das Ziel der streikenden Studenten. Die unterzeichneten Angehörigen der Bremer Hochschulen unterstützen die Forderungen der Studenten in dem Bewußtsein, daß die gegenwärtige Hochschulkrise weder als endgültig, noch als ausweglos begriffen werden darf. Zum einen,

Hochschullehrer-Sternfahrt zur Verteidigung der Lehrfreiheit

An Prof. Dr. Peter Brückner (Hannover) versucht der niedersächsische Wissenschaftsminister Prof. Eduard Pestel, versucht die CDU-geführte Landesregierung gegenwärtig ein Exempel der Disziplinierung unbequemer Wissenschaft zu statuieren. Es geht dabei um die Machtprobe, ob die politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik schon zulassen, daß ein Wissenschaftler – außerhalb jeder politischen Organisationszugehörigkeit – allein um seiner wissenschaftlichen Lehrmeinung willen gesellschaftlich isoliert, geächtet, ausgesondert werden kann. Die Suspendierung Peter Brückners ist ein Testfall für eine restaurative Offensive, um die Vorherrschaft über das, was gesagt, geschrieben, gelesen, gelehrt, kurz: was gedacht werden darf in dieser Gesellschaft. Lassen wir widerstandslos zu, daß Peter Brückner von der Hochschule vertrieben wird, dann geben wir widerstandslos ein entscheidendes Stück mühsam errungenen Terrains von Wissenschaftsfreiheit, Lehr- und Lernfreiheit preis. Das wäre eine Niederlage für all diejenigen, deren Überzeugung die Unterordnung unter "verordnetes" Denken, unter biedermännische Kleingeisterei, unter angemaßte Autorität nicht duldet. Es geht hier nicht um die Übereinstimmung mit den wissenschaftlichen und politischen Positionen Peter Brückners, sondern um die Frage, ob der wissenschaftliche und politische Meinungsstreit noch offen und ohne Ausgrenzungen zum Beispiel dieser Positionen geführt werden kann.

Peter Brückner

Aufgrund einer Initiative von Hochschullehrern werden am Freitag, 20. Januar 1978 in der Lehre und Wissenschaft beschäftigte Hochschulbedienstete eine Sternfahrt – wenn man so will: eine "Dienstfahrt" – zum Wissenschaftsministerium nach Hannover unternehmen, um öffentlich ihren Protest gegen die Disziplinierung Peter Brückners, gegen die bereits bekannt gewordene, von Pestel oktroyierte "Treueerklärung" und die damit bezweckte Austrocknung der wissenschaftlichen Freiheit auszudrücken. Folgender Ablauf ist vorgesehen:

- **An mehreren Hochschulorten in der näheren und weiteren Umgebung Hannovers sollen an diesem Aktionstag vormittags öffentliche Kundgebungen stattfinden, die über den Zweck der Hochschullehrer-Demonstration informieren. Von diesen Kundgebungen fahren die Hochschullehrer (möglichst im Autokorso) nach Hannover.**
- **In Hannover findet am frühen Nachmittag eine Kundgebung aller beteiligten Hochschullehrer statt. Dort werden einige Referate zur Lage der Wissenschaftsfreiheit in der BRD sowie Kurzansprachen in- und ausländischer Hochschullehrer gehalten. Ferner wird dem niedersächsischen Wissenschaftsminister eine von den Kundgebungsteilnehmern gebilligte Protestresolution gegen die Suspendierung Peter Brückners und die zunehmende Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit übergeben. Daran soll sich eine Pressekonferenz anschließen, die die Öffentlichkeit über die Hintergründe des Falles Brückner sowie über die Lage der Wissenschaftsfreiheit in der BRD informieren soll.**

Diese Hochschullehrer-Sternfahrt sollte einen Höhepunkt örtlich geführter Aufklärungs- und Protestkampagnen zum Fall Peter Brückner bilden. Deshalb sollten sich an in Frage kommenden Universitäts-Orten Vorbereitungsgruppen bilden, die die vorbereitende Kampagne sowie die Kundgebung am Ort initiieren und die örtlichen Vorhaben mit den zentralen Veranstaltern koordinieren.
Ein Informationsblatt zum vorgesehenen Ablauf am Freitag, 20. Januar 1978 in Hannover kann bei folgender Adresse angefordert werden: Ulrich Mückenberger, Wachmannstr. 72, 2800 Bremen 1, Tel. 0421/346403 (dorthin bitte Kontaktleute von jedem Hochschulort benennen, an die Informationen gehen können!).
Die Koordination für die Hannoveraner Kundgebung liegt bei Dietrich Haensch, Lärchenstr. 9, 3000 Hannover 1, Tel. 0511/323298. ★

Neue Broschüre des Arbeitsfeldes Gesundheitswesen

Informationsdienst Gesundheitswesen, Heft 10, Doppelnummer, 96 Seiten, broschiert, DM 6,--.
Der Schwerpunkt dieses Heftes liegt auf der Auseinandersetzung mit der Mediziner-Ausbildung. Das Heft enthält folgende Beiträge: • Nach den nächsten Fachschaftswahlen wird alles anders • Arzt werden und Mensch bleiben – Sozialstation im Medizinstudium • Orientierungseinheit im Medizinstudium • Der Ausbildungsgang "Gesundheitswissenschaftliche Propädeutik" am Bielefelder Oberstufen-Kolleg • Seelenheil dank Balintgruppen? • Das Praktische Jahr – Reform in der Krise • Praktisches Jahr in Frankfurt • Ausbildungsordnung – Inhalt und Auswirkungen • Bremer Klinik-Initiative • Gesundheitszentrum Grophiusstadt • Mitteilungen des Arbeitsfeldes • Berichte, Hinweise, Kleinanzeigen.
Gegen Briefmarken. Verlag 2000, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.

weil durch das Umsichgreifen von Stimmungen der Resignation und Ausweglosigkeit Haltungen gefördert werden – sei es der Verzweiflung, sei es des Duckmäusertums und der eingeschüchterten Anpassung – die in identischer Weise die Funktionsfähigkeit der politischen Demokratie beeinträchtigen. – Zum anderen, weil die Unterzeichneten trotz und gegen alle Tendenzen der Restauration an ihrem Verständnis einer sozial verantwortlichen Wissenschaft, die sich an den Interessen der abhängig beschäftigten Mehrheit der Bevölkerung orientiert, festhalten. Das Bremer Modell, das diesen Zielsetzungen Ausdruck verleihen wollte, ist für die Unterzeichneten daher nach wie vor Grundlage ihrer Arbeit, obgleich die tragenden Prinzipien dieses Modells durch das neue Bremische Hochschulgesetz teils beschränkt, teils zerstört worden sind.
In diesem Sinne fordern wir alle Hochschulangehörigen und Kollegen auf, sich während des Streiks der Studenten der Diskussion über die Lage der Hochschulen zu stellen. Darüber hinaus werden wir an der Erarbeitung von Lösungsvorschlägen mitwirken, die nicht nur die berechtigten Interessen der Studenten aufgreifen, sondern darüber hinaus die Interessen der Hochschulangehörigen insgesamt zum Ausdruck bringen, indem sie die Prinzipien einer demokratischen Wissenschaftspraxis und die gesellschaftliche Verantwortung der Hochschulen ernst nehmen. Nur so kann der notwendigen Umkehr in der Hochschulpolitik der Weg bereitet werden.
Wird dieser Weg der Umkehr verfehlt, so ist eine weitere Vertiefung der allgemeinen Hochschulkrise unvermeidlich. Die hieraus resultierenden und möglicherweise katastrophalen Konsequenzen einer solchen Entwicklung aber würden nicht nur diejenigen zu tragen haben, die heute warnen und Widerstand leisten, sondern auch und in erster Linie die große Mehrheit der Bevölkerung, deren Interessen eine sozial verantwortliche Wissenschafts- und Ausbildungspraxis zu dienen bestimmt ist.

Lip lebt

Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit der Belegschaft von Lip ist Teil einer breiten sozialen Protestbewegung in Frankreich geworden. Eben weil Lip längst kein einzelner Fall mehr ist, (über 100 besetzte Betriebe mit ähnlichen Kampfformen), haben anscheinend Unternehmerverbände und Staatsgewalten die Belegschaft zum bevorzugten Haßobjekt gemacht. Das hängt offenbar auch damit zusammen, daß Lip Symbol geworden ist für Forderungen wie: "Das Leben ändern – und die Produktion ändern".
Seit Mai 1976 ist der Betrieb wieder besetzt, wird produziert und verkauft – mit Erfolg. Aber immer mehr steigerten sich auch Angriffe: Gas, Strom, Telefon wurden gekappt, obwohl bezahlt; immer wieder Polizeiaktionen, bei denen Fabrikeinrichtungen gezielt zerstört wurden, "vorläufige Festnahmen" von Arbeitern, eine ununterbrochene Folge von Repression.
"Seit 19 Monaten sind wir nun im Kampf um Arbeitsplätze, obwohl wir alles Mögliche versucht haben, wurden keinerlei Zusagen von Regierung oder Unternehmern gemacht; Eingreifen dieser Verantwortlichen ist unerläßlich, um Arbeitsplätze zu erhalten und die industrielle Produktion neu zu strukturieren ... Wir mußten trotz aktiver Besetzung ein Abbröckeln des Kampfes erleben, 19 Monate, d.h. auch Unruhe, Ängste, manchmal Entmutigung ... Eine einzige Lösung bot sich an: wir nehmen uns, was man uns vorenthält ...", so erklären die Lip-Arbeiter ihre aktuelle Initiative.
Jetzt ist Anlaß zur Neubelebung des Kampfes, für seine Neuorganisierung in Form einer "Arbeiterproduktionsgenossenschaft". Das weicht stark von bisher bekannten Kooperativen und Genossenschaftsmodellen ab. Es ist ein Verbund der Arbeiter, der vor allem eine öffentlich-rechtlich verbindliche Form des Auftretens, eine juristische Existenz, garantieren soll. Inzwischen sind über 800 Arbeiterinnen und Arbeiter diesem "Verbund" beigetreten. Die Vollversammlung hat ein Arbeitskollektiv gewählt. Die bisherigen Arbeits- und Kampfformen werden voll weitergeführt. Der neue "Verbund" sieht keine Lohnabhängigkeit vor, sondern gleichberechtigte Mitglieder: "Diese Elemente bedeuten, daß der Kampf seine volle Bedeutung weiterbehält", heißt es in einer Mitteilung.
Andererseits: ein Angebot der algerischen Regierung, Studien zur Entwicklung der Uhrenindustrie zu entwickeln, dann an der Realisierung mitzuwirken, kann so abgesichert vorangehen.
Ebenso können die Aktivitäten der schon gebildeten Gruppe zur Produktion von medizinischen Spezialgeräten weitergehen; vor allem aber sollen neben der Uhrenproduktion Möglichkeiten der Umstellung auf andere, feinmechanische Produkte entwickelt werden. (Regierung und Industrie sind bisher auf solche Diversifizierung, die Arbeitsplätze sichern kann, nicht eingegangen.) Angesichts technologischer Veränderungen ein zentrales Vorhaben.
Außerdem kann das Angebot der Stadt Besancon genutzt werden: das von ihr gekaufte Fabrikgebäude steht zur Verfügung, Maschinen können von dem neuen "Arbeiterverbund" gekauft werden. Die Lips betrachten sich weiter als arbeitslos, halten an ihrer Forderung nach konkreten Vorschlägen von Unternehmern und Staat fest, führen mit Hilfe der Gewerkschaft einen Prozeß, der eine Liquidierung und Verschleuderung der Produktionsmittel verhindern soll; er ging in erster Instanz verloren. Die Fabrik ist inzwischen verbarrikadiert. Andere Schutzvorkehrungen gegen Abtransport von Maschinen wurden getroffen. Lohn zahlen sich die Lips selbst weiter, vom Geld aus dem Uhrenverkauf. Denn die Arbeitslosenunterstützung ist nach einem Jahr sowieso zu gering geworden. "Wir machen uns keine Illusionen, daß Regierung und Unternehmer mit Angriffen aufhören, wir sind uns des Risikos bewußt, das wir eingehen ...", heißt es bei Lip.
Die Gewerkschaft CFDT unterstützt die neue Initiative. Eine Fördervereinigung "Association der Freunde

kleinanzeigen

MATERIALIEN/PAPERS ...

(1/1) **AKW-Materialien**
• **Anti-Atomkalender '78** mit Informationen, Adressen und viel Raum für Notizen; 320 S. Bezug: Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Postfach 45, 34 Göttingen
• **Materialien der Tvindschulen** "Wir bringens in Gang – Dauernde Energiequellen im Gebrauch, 160 S. Bezug gegen Vorauszahlung von DM 4.-- + Porto bei AG SPAK, Belfortstr. 8, 8 München 80
• **Der "Husum-Plan"** (Wie eine Stadt mit umweltfreundlicher Energie versorgt werden könnte); Bezug gegen Voreinsendung von DM 1.-- bei AG SPAK, Belfortstr, 8, 8 München 80
(1/2) **Heute weiß es jeder Pimpf – das UJZ wird fünf**, unter dieser Parole haben wir eine Dokumentation unserer fünfjährigen Geschichte gemacht, die nicht langweilig ist. Sie ist 100 Seiten dick und wird Euch für DM 6.-- Vorausbezahlung zugeschickt. UJZ Kornstr. 28/30, 3000 Hannover; Stadtsparkasse Hannover, Kto. Diemer Nr. 23392193
(1/3) **Thing** – Sozialistische Jugendzeitschrift Nr. 4/5 enthält Beiträge zur Jugendarbeitslosigkeit und die Maßnahmen der SPD, Stadtzeitungen und betriebliche Öffentlichkeit, Beschwerderecht in der Bundeswehr, Schulkampf; Bezug gegen Voreinsendung von DM 2.-- bei Thing-Redaktion c/o Buchladen, Carmer Str. 11, 1000 Berlin 12
(1/4) **Außerschulische politische Bildung mit Hauptschülern in Jugendbildungsstätten**, die Dissertation enthält eine Kritik und Weiterentwicklung der Didaktikdiskussion, Fallstudien zu div. Lehrgangskonzepten, Ansätze zur dialektischen Verbindung von Theorie und Praxis. 380 S., Bezug gegen Voreinsendung von DM 22.-- bei Franz Josef Krafeld, Konkordiastr. 5, 4 Düsseldorf, PSCHA 123966 – 500 Köln
(1/5) **Leitfaden zur Konzernanalyse**, Personalinformations-Systeme, Frauenerwerbsarbeit, Bilanzanalyse, Umweltschutz, Rüstungsproduktion. Bezug: Gegen Vorauszahlung von DM 10.-- auf PSchA, Karlsruhe 170099-757, Universität Konstanz, FB Politische Wissenschaft c/o Gerd Junne, Postfach 7733, 775 Konstanz
(1/6) **Dokumentation zum Fall Willi Mader** – Berufs- und Ausbildungsverbot in Baden-Württemberg, herausgegeben vom Ulmer Komitee gegen Berufsverbote. Bezug: Reinhold Nertinger, Elisabethenstr. 27, 79 Ulm
(1/7) **Solidaritäts-Ausgabe des Info BUG**, herausgegeben von versch. Berliner alternativen Zeitungen; erhältlich in linken Buchläden
(1/8) **Montags-Notizen** Nr. 28 enthält Berichte und Materialien von und über Wohngemeinschaften; gegen Voreinsendung von DM 1,50 über Humanes Wohnen, Postfach 103121, 2 Hamburg zu beziehen
(1/9) "SENF" – die Sozialistische Gruppe der PH Bielefeld hat ein **Semesterinfo** erstellt, mit Materialien zur Hochschulpolitik, Ratschläge für ein sinnvolles Lehrerstudium, einer Stellungnahme zum Terrorismus, Gedichten und Liedern; 100 S. Gegen Voreinsendung von DM 3.-- (Briefmarken/Scheck) über Buchladen Eulenspiegel, Niederwall 46, 48 Bielefeld 1 zu beziehen
(1/10) **Emanzipation** – Zeitschrift homosexueller Aktionsgruppen Nr. 5 enthält: Schwulenhetze in den USA, Treue & Promiskuität, Schwulenfeminismus, Berichte aus den Gruppen; gegen Voreinsendung von DM 3.-- über Verlag W. Oefelein, Postfach 810701, 8 München 81 zu beziehen
(1/11) **Fluchblatt** Nr. 29 enthält einen Beitrag zum Tode von Steve Biko, ESG Tübingen, Rede zum Tode von Ernst Bloch u.a. Bezug: Fluchblatt-Redaktion, Madergasse 1-3, 7400 Tübingen
(1/12) **Blätter des IZ3W** Nr. 65 berichtet u.a. über Südafrika und Ägypten – Experimentierfeld für technologische Großprojekte; Bezug gegen Voreinsendung von DM 2,50 über IZ3W, Postfach 5328, 78 Freiburg
(1/13) **Versch. Bücher zu verkaufen**: Ödipuskomplex und seine politischen Folgen – Grundfragen der Psychoanalyse (Marx/Reich) DM 4.--; Vera Schmidt, 3 Aufsätze Revolutionäre Erziehung DM 5.--; Futorologie – Dokumentation DM 5.--; Bezug: Rolf Gössner, Ellhornstr. 28, 28 Bremen 1

FILM/THEATER/KULTUR

(1/14) Was kann alles mit dem **8 mm Film** gemacht werden: Kurz-, Doku-, Trick-, Experimentalfilme, dies alles soll auf der **Filmschau** im Februar in Heidelberg gezeigt werden. Wer mitmachen will, melde sich bis 15.1.1978 bei Johanna Neubauer, Kirchstr. 2, 69 Heidelberg; Tel. 06221/26201
(1/15) Buchhandlung Dialog, Gutleutstr. 15, 6 Frankfurt – Spezialisierung und Verkauf **osteuropäischer Literatur** in Originalsprachen, Exil- und Filmliteratur
(1/16) **Die Pariser Commune**, ein Rock-Werk der Rock-Gruppe "Oktober", Doppel-LP mit Textheft. Vertrieb: Antagon Musikgesellschaft, Lenhartzstr. 15, 2 Hamburg 20

ARBEITS-/WOHN- UND FREIZEITKONTAKTE

(1/17) Unser Projekt besteht seit 1971: **SOAK Hannover**, Am Taubenfelde 30, 3 Hannover 1, Tel. 0511/17618. Wir suchen zum 1.1.78 einen oder zwei Genoss(inn)en, die mit uns Druckerei, Verlag und Pablo Neruda Haus machen wollen. Wohnung ist vorhanden.
(1/18) Wir wollen eine Liste von guten und billigen **Tagungshäusern** zusammenstellen. Wer kann Angaben machen über Räumlichkeiten, Betenzahl, Verpflegung, Tagessatz etc. Wer Tips gibt, bekommt die Liste kostenlos. AG SPAK, Belfortstr. 8, 8 München 80
(1/19) Suchen **Haus** ohne große formale Auflagen für Sommerfreizeit 1978 mit Kindern aus sozialen Brennpunkten. AWO Kreisverband – Abt. soziale Rehabilitation, Arndtstr. 8, 4800 Bielefeld 1
(1/20) Wir haben in **WG in Braunschweig 1 Zimmer frei** und suchen "undogmatischen, ausgebildeten **Landwirt(in)**, die/der bereit ist ein Projekt mit aufzubauen, in dem versucht wird, Landwirtschaft und Kinder-/Jugend- und Sozialarbeit räumlich zu koordinieren. Christoph Böhm, Leonhardstr. 30, 33 Braunschweig, Tel. 0531/794451
(1/21) Sozialarbeiter (26) sucht **WG in Bremen**. Ich bin interessiert an Leuten, die eine undogmatische, aber konsequente politische Praxis anstreben und evtl. Erfahrungen in der politischen Bildungs- und Medienarbeit haben. Herbert Effinger, Elbchaussee 18, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/3900640
(1/22) **Zimmer frei** für Genossin in großer, schöner Wohnung, Stadtgrenze Frankfurt/Offenbach. Tel. 835786 ab 18.00 Uhr
(1/23) **Wohnung** in Dreieich-Dreieichenhain zu vermieten. Nähere Auskünfte Rudi Dittmar, Tel. 06103-85769
(1/24) Möchte **"links"-Lesertreffen im Kreis Offenbach** organisieren – Wer hätte Lust und Zeit zu kommen, vor allem aber auch zu helfen? Rudi Dittmar, An der Trift 3, 6072 Dreieich, Tel. 06103-85769

MATERIALIEN GESUCHT

• Jugendstrafvollzug/Sozialarbeit in und außerhalb von Anstalten; Unkosten werden erstattet; Günter Hoffmann, Bülowstr. 11, 294 Wilhelmshaven
• Jugendarbeitslosigkeit und Kirche (speziell im Rheinland); Unkosten werden erstattet. Otmar Baumberger, Madergasse 3, 74 Tübingen

TERMINE

• 7.12.77-14.1.78 Ausstellung zur Weltmeisterschaft in Argentinien **"Fußball und Folter"** in Berlin Galerie 70, Schillerstr. 70, 1 Berlin 12
• 3.-10.1.1978 **Theaterwoche** für Laienspielgruppe im Schorndorfer Jugendzentrum. Nähere Informationen: Heribert Thiel, Sonnenbergstr. 26a, 7 Stuttgart 1
• 3.-5.2.1978 **Filmschau** im CA in Heidelberg
• 21.-23.4.1978 **Bürgerinitiativen-Verkehrskongreß;** Kongreßunterlagen und Anmeldungen: Bürgerinitiative Westtangente, Cheruskerstr. 10/I, 1 Berlin 62
• April 1978 **Zeltlager** zur Verbesserung der Kommunikation zwischen den Jugendzentren in der Nähe von Stuttgart. Anmeldungen bis 31.12.77 bei Rainer Moriz, Mühlenstr. 63, 698 Wertheim

★

Helft Lip!

Das SB hat aus seinem Arbeiter-Solidaritäts-Fonds DM 1.000 an den neuen "Verbund" der Lip-Arbeiter überwiesen. Wer zweckgebunden spenden will, überweise an den Arbeiter-Solidaritäts-Fonds des SB, 605 Offenbach 4, Girokonto bei BfG Offenbach, Nr. 17413263-11; Vermerk: Lip.

von Lip" wurde ebenfalls zur Unterstützung gegründet.

Es gibt noch mehr Möglichkeiten, solidarisch aktiv zu werden; Geld überweisen, Information über den Kampf weiterverbreiten, Veranstaltungen organisieren (mit Filmen, Teilnahme von Lips), in die Gewerkschaftsarbeit und Bildungsarbeit die Probleme einbringen, und direkt sich mit eigenen Interessen an die Lips zu wenden oder mit eigenen speziellen Fähigkeiten und Kenntnissen (Ingenieure, Ökonomen, Mediziner etc.) teilnehmen.

Kontaktadresse: Mai-Kollektiv, Fürstenbergerstr. 177, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/554910

DAVID WITTENBERG

Venedig '77: Vom Dissens zur sozialen Opposition

Die Biennale in Venedig, eines der bedeutendsten Kulturfestivals Europas, gab sich in diesem Jahr das Thema "Dissens". Ausgeschlachtet von den Interessierten, wird mit dem kulturellen Dissens in Osteuropa Politik gemacht. Die Dauerpolemik aus der Sowjetunion war zu erwarten; aber auch in der italienischen Innenpolitik, in der die größeren parteipolitischen Kräfte um die besten Ausgangspositionen im "Historischen Kompromiß" rangeln, wird die große Kunstschau oft genug zum politischen Spektakel. "Manifesto" gebührt das Verdienst, der Biennale ein international beachtetes (die BRD ist wieder einmal unrühmliche Ausnahme), politisches Vorspiel gegeben zu haben, bei dem – so offen und frei wie nie zuvor – Oppositionelle aus Osteuropa und westliche Linke über die Möglichkeit von Gesellschaftsveränderung in Europa zusammen diskutierten. Dissidenz wurde viel klarer als auf der offiziellen Biennale als Frage nach politischer Opposition im Osten begriffen.

Der dreitägige Kongreß "Macht und Opposition in nachrevolutionären Gesellschaften" durchbrach die Schranken traditioneller Schauveranstaltungen: vor den Augen und Ohren der internationalen Presse entstand eine Debatte zwischen mehreren hundert Teilnehmern – Arbeitern und Intellektuellen, Philosophen und Gewerkschaftern, Kommunisten und Radikaldemokraten, Christen und Sozialisten; ein europäisches Diskussionsforum, das tatsachlich von den Pyrenaen bis zum Ural reichte und für alle Teilnehmer eine wohl einmalige politische Erfahrung internationaler Solidarität war. Aber diese Debatte soll Folgen haben: für Frühjahr 1978 wurde ein großes gemeinsames Treffen in Barcelona zum Thema "10 Jahre Prager Frühling" beschlossen.

Ohne Pathos: auf dem Kongreß lag der Alp nicht nur der toten, sondern auch der getöteten Geschlechter. Die sowjetischen Dissidenten, Pljutsch aus der Ukraine und Boris Weil, die sich beide als Marxisten begreifen, trugen am erschütterndsten dieser Seite der Geschichte Rechnung. In ihren Referaten und Beiträgen wurden für jeden die jeweils fünfzehn Jahre Lager, psychiatrische Klinik, Verbannung und Verfolgung spürbar, und Pljutsch traf alle westeuropäischen Genossen, die sich der Marxschen Theorie verpflichtet fühlen, schmerzhaft mit der Feststellung seiner Erfahrung: "Der Marxismus argumentiert mit dem Knüppel". An diesen Erfahrungen begann der Kongreß nicht, sich zu spalten, sondern zu diskutieren. Das demokratische Eingehen aufeinander und der gegenseitige Respekt in der Debatte war ein praktischer Schritt zu einer neuen Form internationalistischen Verhaltens.

Die alten Zeiten sind vorbei: Während es bis zur Zeit des Kalten Krieges für die Kritiker in Osteuropa fast nur die Alternative, Stalinist zu bleiben oder Renegat zu werden gab, stellten in Venedig die Osteuropäer auf sehr unterschiedliche Weise vor, daß von der Dissidenz ein Weg zur sozialen Opposition führt. Die Berichte der Genossen aus Polen und der CSSR waren für uns ebenso wie für die Genossen aus der Sowjetunion eine Demonstration dieser neuen Entwicklung. Edmund Baluka, einer der Streikorganisatoren der berühmten 3 Tage von Stettin 1971, berichtete über dieses Lehrstück sozialer Opposition in Osteuropa. Für ihn, der aus Polen fliehen mußte, war die historische Verbindung von intellektueller Dissidenz und Arbeiterbewegung, die bis heute immer konkretere Formen in Polen angenommen hat, die Bestätigung, daß die Opfer, die in den polnischen Aufständen gebracht wurden, nicht umsonst gewesen sind. Der Genosse Kavil aus der CSSR, der 1968 aktiv in der Partei den Reformprozeß unterstützte, konnte aus seiner praktischen Arbeit und Erfahrung diese Tendenz erläutern. Nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten fand er nur unter schwierigen Umständen Arbeit in einer Fabrik. Als die Chartabewegung 1977 in Gang kam, wurde er sofort verhaftet, obwohl die Geheimpolizei noch gar nicht wußte, daß er und andere Freunde schon längst Unterschriften in den Fabriken gesammelt hatten, die für alle ein Existenzrisiko bedeuteten. Kavils Bericht erhellte, daß die Charta '77 keine bürgerliche Intellektuellenangelegenheit ist, sondern die gemeinsamen Bedürfnisse von couragierten Intellektuellen und Arbeitern ausdrückt, nämlich den Kampf für republikanische Freiheiten mit der sozialen Emanzipation zu verbinden. Die Forderung nach kultureller Ausdrucksfreiheit bringt diese beiden Gruppen nach dem Bericht Jiri Pelikans, eines der prominentesten und noch nach der Vertreibung aus der CSSR politisch Aktivsten des Prager Frühlings, mit der dritten oppositionellen Kraft zusammen, der Jugend. Das Terrorurteil gegen die Pop-Gruppe Plastic People unterstreicht diese These.

An das Problem des Kampfes für republikanische Freiheiten konnten vor allem die Spanier anknüpfen. Fernando Claudin, vor 12 Jahren im Exil aus der KP ausgeschlossen, formulierte seine ost-westliche Erfahrung: "Es gibt neue, nichtkapitalistische Formen, in denen der Klassenkampf der wesentliche Motor bleibt, und der wesentliche Motor des Klassenkampfes bleibt die Freiheit". Mit Claudin zusammen trat das Mitglied des Exekutivkomitees der spanischen KP, Comin auf, der sehr scharf auf den Widerspruch in der Politik der westeuropäischen KPs aufmerksam machte: auf der einen Seite setzen sie sich gegen die Unterdrückung der Opposition ein, auf der anderen besitzen sie diplomatische Beziehungen mit den Unterdrückern. Diesen Widerspruch produktiv zu machen, gelang auf Franz Mareks und unseren Vorschlag hin mit Hilfe der Genossen vom "Manifesto" und von Jiri Pelikan. Der Kongreß verabschiedete eine von Kommunisten, italienischen Gewerkschaftern und anderen Linken aus Ost wie West gemeinsam eingebrachte Resolution zur Freilassung Rudolf Bahros (siehe Kasten). Die sowjetischen Freunde Pljutsch und Weil schlossen sich unter dem Zusatz an, daß die politischen Kräfte, die Deutschland geteilt haben, für die autoritäre Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands verantwortlich seinen.

Die SB-Genossen hatten es übernommen, die theoretischen Ansätze, die durch die Arbeit Bahros ein bedeutendes Stück vorangekommen sind, aus beiden Teilen Deutschlands vorzustellen, ebenso wie auf die Besonderheiten unserer Geschichte hinzuweisen: Bei uns bildet der Antikommunismus ein wesentliches Element, auch auf Massenebene eine sozialistische Alternative zum Autoritären Staat der BRD wie zur preußischen Variante des "real existierenden Sozialismus" kaum vorstellbar zu machen. Während in der BRD die Krise des traditionellen Marxismus Voraussetzung war, in den sechziger Jahren neue soziale Kräfte für gesellschaftsverändernde Politik zu gewinnen, steht in manchen Ländern Westeuropas das Ende eines illusionären Sowjetunionbildes noch mehr auf der Tagesordnung als bei uns. Eine infame Unterstellung der bürgerlichen Presse hat in den letzten Wochen Furore gemacht: Meinungsumfragen hätten ergeben, daß die Parteibasis der Kommunistischen Partei Italiens stalinistisch denken würde. In den Zeiten des Faschismus und des Kalten Krieges ist allerdings bei vielen Arbeitern und Intellektuellen Westeuropas ein Mythos der fernen Sowjetunion entstanden. Die Tatsache des faschistischen Überfalls 1941 und der ständigen imperialistischen Drohungen nach 1945 haben die Hoffnung genährt, daß die erste siegreiche Revolution des 20. Jahrhunderts trotz Diffamierungen von bürgerlicher Seite und trotz aller unleugbaren Grausamkeiten eine Wendung in der Geschichte von Elend und Ausbeutung bedeutet. Die einzigartige Diskussion zwischen den osteuropäischen Oppositionellen und militanten Arbeitern aus Norditalien in Venedig brachte ein Fiat-Arbeiter auf den Begriff: "Auch in uns ist etwas zerbrochen."

Die politische Kritik an der Sowjetunion in den siebziger Jahren bedeutet im Westen wie im Osten einen Bruch mit der Tradition, mit der eigenen Geschichte. Louis Althusser, Mitglied der KPF, hat diese Erfahrung in seinem Beitrag engagiert auf sein eigenes Arbeitsgebiet, die Theorie, angewandt. Rückhaltlos stellte er seine eigenen Arbeiten in Frage, als er behauptete, daß die Krise des Marxismus vor allem zu einem Eingeständnis der Schwächen der marxistischen Theorie nötige. Althusser führte die Krise des Marxismus als politischer Theorie auf die dreißiger Jahre zurück, die man nicht allein mit dem Namen Stalin erklären könne. Ohne die Untersuchung der eigenen Geschichte, – jeder verstand, daß er diese Worte nicht zuletzt an seine eigene Partei, die KPF, richtete –, ohne das Begreifen der Widersprüche der kommunistischen Bewegung im Westen und ihrer Theorien könne es weder praktisch noch theoretisch einen Ausweg aus dieser Krise geben.

Das gemeinsame Bewußtsein dieser Krise bei den westeuropäischen Linken wie bei den osteuropäischen Oppositionellen machte einen sichtbaren internationalistischen Neubeginn möglich. Nicht eine "Internationale der Häretiker" (Corriere della Sera) ist in Venedig entstanden, sondern es war der Anfang einer internationalen Zusammenarbeit von osteuropäischer Opposition und westeuropäischer Linker auf der solidarischen Basis gemeinsamer Interessen. Die Wahl des Konferenzortes Barcelona, wo über 10 Jahre Prager Frühling beraten wird, dokumentiert die Einsicht in den notwendigen Zusammenhang von Kampf um republikanische Freiheiten und soziale Emanzipation in West und Ost. Die in kommunistisches und imperialistisches Lager gespaltene Welt existiert nicht mehr – Venedig war der sinnfällige Beweis, daß international sich neue politische Kräfte formieren, die in die Schemata des Kalten Krieges nicht mehr passen.

DETLEV CLAUSSEN

Bahro-Resolution

"Die Teilnehmer des Kongresses, der Demokraten, Sozialisten und Kommunisten aus West- und Osteuropa zusammengeführt hat, fordern die internationale öffentliche Meinung auf, bei der Regierung der DDR für die Freilassung Rudolf Bahros zu intervenieren, der unter der Falschanklage der Spionage eingekerkert wurde, in Wirklichkeit aber eine marxistische Kritik der politischen Ordnung und Klassenherrschaft in der DDR und den anderen Ländern Osteuropas geleistet hat."

Diese Erklärung wurde namentlich eingebracht von Giovannini (CG/L), Comin (PCE), Althusser (PCF), Lombardo Radice (PCI), Trentin (FLM), Rossanda (Manifesto) Pljutsch, Weil und anderen.

Ich möchte Euch eine wahre Geschichte erzählen ...

Nach einigen Monaten Arbeit im Studentensekretariat und in der Zulassungsstelle der Universität Hamburg wurde in guter Betriebsatmosphäre von den studentischen Hilfskräften, so auch von mir, veranlaßt, zum täglichen Nachmittagskaffee Kuchen zu backen. Als ich an der Reihe war, überraschte ich die Angestellten mit schönen bunten Keksen, die wegen ihres Aussehens und wegen ihres Geschmacks viel gelobt wurden. Es waren nämlich nicht einfach nur Kekse, sondern sie hatten die Form von politischen Symbolen (siehe Foto). Diese sollten jedoch zum Anlaß genommen werden, mich nicht weiter zu beschäftigen. Doch zunächst war davon keine Rede, obwohl es einige offen negative Reaktionen gab, z.B. wollte Herr Drewes keinen Keks essen. Offenbar befürchtete er eine kommunistische Infiltration.

Am 22.8.1977 ging ich in Urlaub, um mich auf mein Examen vorzubereiten und zu verreisen, mit der Zusicherung, danach, etwa Mitte September, wieder dort arbeiten zu können. Als ich zu diesem Zeitpunkt anrief, hieß es, es gebe momentan keine Arbeit. Ich glaubte das. Als ich jedoch in den nächsten vier Wochen nicht angefordert wurde (wie es üblich war), glaubte ich das nicht mehr so ganz. Inzwischen waren nämlich andere Hilfskräfte eingestellt worden. Darauf schrieb ich an den Chef des Studentensekretariats, Herrn Matusek, einen Brief, in dem ich den Grund für meine Nichtbeschäftigung wissen wollte und um die Aufklärung einiger Gerüchte bat.

Mittlerweile hatte ich von den anderen studentischen Hilfskräften erfahren, daß der Grund in den beschriebenen Keksen lag. Offenbar waren diese auf Anregung von Herrn Drewes Inhalt einer Besprechung gewesen. Die Reaktionen auf meinen Brief reichten vom Vorwurf der "radikalen" Kleinschreibung bis zum Sympathisantentum für Terroristen. Mein gesamtes bisheriges Verhalten und meine Äußerungen schienen unter die Lupe genommen worden zu sein, wenn auch die politische Einordnung meiner Person den Kollegen recht schwer fiel. Ich sei doch ganz normal gewesen.

Im folgenden wurde mein Mißtrauen eher entkräftet. Herr Matusek rief bei mir zuhause an, ich könne sofort am nächsten Tag wieder arbeiten. In einem klärenden Gespräch am 18.10 wunderte er sich zwar immer wieder, wie ich so (?) einen Brief schreiben könne, behauptete aber, es handele sich um ein Mißverständnis, selbstverständlich könne ich hier arbeiten, wenn Arbeit anliege. Daraufhin arbeitete ich vom 18.10. bis 31.10. in dem Glauben, es sei alles in Ordnung. Keiner der Angestellten verlor ein Wort über die "Affäre", alle waren ausgesprochen freundlich zu mir. Was freilich nichts besagte, wie ich hinterher erfahren mußte.

Als ich am 1.11. um 8.00 Uhr zur Arbeit erschien, wurde mir eröffnet, daß mein Vertrag nicht mehr verlängert worden sei. Herr Bien: "Jetzt ist Feierabend! Schluß!". Auf meinem Platz saß ein neu angeheuerter Student. Alle anderen studentischen Verträge waren jedoch verlängert worden. Man hatte mich offenbar bis Vertragsende beschäftigt, um mir keine juristische Handhabe zu geben, gegen das Studentensekretariat vorzugehen. Angeblich hätte man mir die Nichtweiterbeschäftigung schon vor Wochen angedeutet, deswegen könne ich nicht so überrascht sein. Leider hatte ich davon nichts gehört, weil mir auch nichts angedeutet worden war. Bei einer anderen Gelegenheit bemerkte Herr Matusek, daß ich ja wohl wegen meiner Examensvorbereitung sowieso keine Zeit gehabt hätte, hier zu arbeiten. Daß ich vielleicht währenddessen von irgendetwas leben muß, war nicht so von Interesse.

Soweit die Chronik der laufenden Ereignisse. Meine Phantasie wurde dadurch ungeheuer angeregt. Wie ist wohl dieser Vorgang in irgendwelchen Akten formuliert? Mein Vorschlag wäre: staatsgefährdende Tätigkeit: Backen von revolutionären Keksen. Und sind etwa die Angestellten, denen meine Kekse gefallen hatten, auch alles Kommunisten oder Schlimmeres? Nach gründlichem Nachdenken fordere ich das Verbot jeglicher Weihnachtsbäckerei, da doch diese auch manchmal die Form von Sternen haben.

Um weiterer Ignoranz und Kleingeistigkeit von Angestellten und Beamten mit solchen verheerenden Folgen vorzubeugen, will ich hier die Interpretation der Kekse liefern. Die Kekse entstanden innerhalb meiner künstlerischen Auseinandersetzung mit linken studentischen Gruppen, deren Politik, Verhalten, Mediengebrauch etc. Sie waren u.a. Gegenstand einer künstlerischen Abschlußprüfung an der Hochschule für bildende Künste (1. Staatsexamen für Kunsterziehung, Höheres Lehramt). Die Präsentation der von mir hergestellten Kunstobjekte (also auch die Kekse) erhielt die Note 1. Zur weiteren Auseinandersetzung mit meinen Kunstwerken empfehle ich einen Besuch in der 7. Produzentengalerie, Dieter Hacker, Schaperstr. 19, 1000 Berlin 15, wo diese auch käuflich erworben werden können. Außerdem verweise ich auf zwei Ausstellungen, die ebenfalls dort stattgefunden haben. (Einzelausstellung meines Prüfungsprojektes mit dem Titel „Ist diese Linke noch das Rechte?" vom 1.12.-20.12.75 und Beteiligung an der Ausstellung „Jedem Klotz den passenden Keil, Aufklärung und Agitation in der Kunst der Bundesrepublik" vom 20.4.-15.5.76, u.a. mit K.P. Brehmer, Klaus Staeck, Wolf Vostell).

Ich hätte es mir nicht träumen lassen, daß Kunst, in diesem Fall meine Kekse, ein Entlassungsgrund sein könnte. Sollte ich ihre Gefährlichkeit unterschätzt haben? Ratschlag: Für einen geschickten Konservativen wäre es ein leichtes gewesen, die Kekse für sich zu vereinnahmen, da sie sich gegen ein bestimmtes linkes politisches Verhalten richten. Aber Geschick und offene Diskussion waren in der Auseinandersetzung um das Problem nicht gefragt ...

Ich werde inzwischen versuchen, von 300 DM im Monat zu leben. Nieder mit der Antikeksfront! Weg mit dem konterrevolutionären Backverbot! Hoch die blauen, gelben, roten Kekse! Es lebe die 25. Keksinternationale!

HELGA EIBL

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/832593 • Redaktion "links" zur Zeit: Detlev Claussen, Egbert Jahn, Jan Kuhnert, Roland Roth (im Sinne des Pressegesetzes verantworlich für diese Ausgabe), Jutta Rücker, Hanfried Scherer • Verleger, Vertrieb und Anzeigen: Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, Hohe Str. 28, (Souterrain), 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/832593. Verlagssekretär: Klaus Vack • Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 2,00, Jahresabonnement DM 22,00 zuzüglich DM 6,00 Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH, 6050 Offenbach, Postscheckkonto PSA Frankfurt Nr. 61041-604 oder Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach Nr. 17412695 • Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in "links" wird kein Honorar bezahlt. Redaktionsschluß ist jeweils der 5. vor dem Erscheinungsmonat • Druck: hbo-druck, Einhausen • Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegen bei: Prospektkarte "links" + "express"; Prospektkarte "Jetzt abonnieren!"; "links"-extrablatt; Prospekt: Zeitschriften – SOAK Verlag und Vertrieb; Prospekt von "medico international" – Die Sahauris: In der Wüste vom Tod bedroht.